



# HESSISCHER LANDTAG

11. 12. 2001

## 90. Sitzung

Wiesbaden, den 11. Dezember 2001

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b>		Frage 588 – Abg. Peter Beuth . . . . .	6238
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	6233	<b>Schutz ehrenamtlicher Richter</b>	
Präsident Klaus Peter Möller . . . . .	6233	Peter Beuth . . . . .	6238
Stefan Grüttner . . . . .	6233	Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	6238
 		Frage 589 – Abg. Boris Rhein . . . . .	6239
1. a) <b>Fragestunde</b>		<b>Einnahmeverluste durch Steuerreform</b>	
– Drucks. 15/3330 – . . . . .	6233	Boris Rhein . . . . .	6239
<i>Behandlung begonnen</i> . . . . .	6240	Minister Karlheinz Weimar . . . . .	6239
Präsident Klaus Peter Möller . . . . .	6240	Karin Hartmann . . . . .	6239
Frage 580 – Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer . . . . .	6233	Prof. Dr. Bernd Hamer . . . . .	6239
<b>Transrapid Frankfurt – Hahn</b>		Frage 590 – Abg. Peter Beuth . . . . .	6239
Prof. Dr. Bernd Hamer . . . . .	6234	<b>Überstellung verurteilter Personen</b>	
Minister Dieter Posch . . . . .	6234	Peter Beuth . . . . .	6239
Frage 581 – Abg. Siegbert Ortmann . . . . .	6234	Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	6239
<b>Hochschulabschlüsse „Bachelor“ und „Master“</b>		b) <b>Regierungsbefragung</b> . . . . .	6240
Siebert Ortmann . . . . .	6234, 6235	<i>Abgehalten</i> . . . . .	6246
Ministerin Ruth Wagner . . . . .	6234, 6235	Sarah Sorge . . . . .	6240
Prof. Erika Fellner . . . . .	6235	Ministerin Ruth Wagner . . . . .	6240
Barbara Stolterfoht . . . . .	6235	Bernd Riege . . . . .	6240, 6241
Frage 584 – Abg. Armin Klein . . . . .	6235	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	6240, 6241
<b>Rating des Landes Hessen</b>		Frank-Peter Kaufmann . . . . .	6241
Armin Klein . . . . .	6236	Minister Dieter Posch . . . . .	6241
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	6236	Eva Kühne-Hörmann . . . . .	6241
Mark Weinmeister . . . . .	6236	Ministerin Ruth Wagner . . . . .	6241
Tarek Al-Wazir . . . . .	6236	Prof. Dr. Bernd Hamer . . . . .	6242
Frage 585 – Abg. Boris Rhein . . . . .	6236	Minister Dieter Posch . . . . .	6242
<b>Finanzielle Auswirkungen von Bundesgesetzen auf die Kommunen</b>		Dr. Walter Lübcke . . . . .	6242
Boris Rhein . . . . .	6237	Ministerin Karin Wolff . . . . .	6242
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	6237	Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	6242
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	6237	Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	6242
Tarek Al-Wazir . . . . .	6237	Dr. Walter Lübcke . . . . .	6242
Frage 586 – Abg. Hildegard Klär . . . . .	6237	Ministerin Karin Wolff . . . . .	6243
<b>Belästigungen durch Fluglärm</b>		Norbert Schmitt . . . . .	6243
Hildegard Klär . . . . .	6238	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	6243
Minister Jochen Riebel . . . . .	6238	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	6243, 6244
Frage 587 – Abg. Hildegard Klär . . . . .	6238	Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	6243, 6244
<b>Cello-Festival in Kronberg</b>		Bernhard Bender . . . . .	6244
Hildegard Klär . . . . .	6238	Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	6244
Ministerin Ruth Wagner . . . . .	6238	Ursula Hammann . . . . .	6244
		Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	6244
		Hildegard Klär . . . . .	6245
		Minister Dieter Posch . . . . .	6245

	Seite		Seite		
Lothar Quanz . . . . .	6245	7. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 (Nachtragshaushaltsgesetz 2001)</b> – Drucks. 15/3464 zu Drucks. 15/3022 – . . . . .	6257		
Ministerin Karin Wolff . . . . .	6245, 6246				
Angelika Scholz . . . . .	6246				
Minister Dieter Posch . . . . .	6246				
Präsident Klaus Peter Möller . . . . .	6246				
<b>2. Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend „Hessen – hier ist die Zukunft für die Jugend“ . . . . .</b>					
<i>Entgegengenommen und besprochen . . . . .</i>	<i>6257</i>			Hierzu: Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Drucks. 15/3473 bis 15/3478 – . . . . .	6257
Minister Dieter Posch . . . . .	6246			<i>Nach zweiter Lesung dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen . . . . .</i>	<i>6280</i>
Bernd Riege . . . . .	6249			Frank-Peter Kaufmann . . . . .	6257, 6263
Barbara Bergelt . . . . .	6252			Günter Rudolph . . . . .	6258
Michael Boddenberg . . . . .	6252			Stefan Grüttner . . . . .	6260
Rupert von Plottnitz . . . . .	6255			Heinrich Haupt . . . . .	6260
Michael Denzin . . . . .	6256			Christel Hoffmann . . . . .	6262
Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	6257			Manfred Schaub . . . . .	6262, 6279
<b>3. Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die <b>Nachwahl eines ordentlichen und eines weiteren stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses</b></b> – Drucks. 15/3359 – . . . . .					
<i>Gewählt als ordentliches Mitglied:</i> <i>Abg. Bernhard Bender</i>		Uwe Brückmann . . . . .	6268		
<i>Gewählt als weiteres stellvertretendes Mitglied:</i> <i>Abg. Dieter Nolte . . . . .</i>	<i>6257</i>	Tarek Al-Wazir . . . . .	6273		
Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	6257	Michael Siebel . . . . .	6274		
		Michael Denzin . . . . .	6275		
		Minister Karlheinz Weimar . . . . .	6277		
		Präsident Klaus Peter Möller . . . . .	6280		

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller  
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Jochen Riebel  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Udo Corts  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Herbert Landau  
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet  
Staatssekretär Frank E. Portz  
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler  
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach  
Staatssekretär Frank Gotthardt  
MinDirigin Cornelia Lange

Abwesende Abgeordnete:

Roland von Hunnius  
Dieter Nolte

(Beginn: 14.03 Uhr)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Ich eröffne die 90. Plenarsitzung des Landesparlaments und heiße Sie alle herzlich willkommen, die Abgeordneten, die Mitglieder der Landesregierung und vor allem die, die uns zuschauen und zuhören. Ich stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung vom 5. Dezember 2001 und ein Nachtrag von heute mit bisher erst 49 Punkten liegen Ihnen vor. Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung, den Tagesordnungspunkten 45 und 46, entnehmen können, sind zwei Anträge über eine Aktuelle Stunde eingegangen. Ich schlage vor, dass wir für jedes der beiden Themen eine halbe Stunde innerhalb der einen Aktuellen Stunde verwenden. – Dem widerspricht niemand, vor allem die nicht, die nicht zuhören; damit ist das so beschlossen.

Noch eingegangen sind drei Dringliche Anträge. Erstens ein Antrag von CDU und FDP betreffend Hochschulpakt 2002 bis 2005, Drucks. 15/3468. Ist die Dringlichkeit streitig? – Das ist nicht der Fall, dann wird das Tagesordnungspunkt 50 und mit Tagesordnungspunkt 15 aufgerufen, bei einer für dieses Gesamtpaket verlängerten Redezeit von 15 Minuten. – Einverstanden.

Zweitens ist ein Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion eingegangen, betreffend Stärkung der Sicherheit der Bevölkerung durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz der Bundesregierung, Drucks. 15/3470. Gibt es hier Streit über die Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall, dann wird das Tagesordnungspunkt 51.

Drittens ist ein Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP eingegangen, betreffend Qualitätsoffensive in der Landwirtschaft in Hessen in vollem Gange, Drucks. 15/3471. Streitpunkt? – Nicht, dann wird das Tagesordnungspunkt 52.

(Manfred Schaub (SPD): Mit 16 zusammen! – Stefan Grüttner (CDU): Der soll doch bestimmt mit 16 und anderen!)

Mit Punkt 16 zusammen? – Ja.

Es sind außerdem sechs Änderungsanträge eingegangen. Ich führe sie kurz an, sie brauchen nicht dringlich gemacht zu werden: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur zweiten Lesung des Nachtragshaushalts. Diese werden bei Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen und mit behandelt.

Mit Schreiben vom heutigen Tag hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 28 Abs. 3 GOHLT fristgemäß beantragt, für die Drucks. 15/3346, Antrag der Landesregierung betreffend Beteiligung des Landes Hessen an der Frankfurter Siedlungsgesellschaft, hier: Zustimmung durch den Hessischen Landtag nach § 65 Abs. 7 LHO, die Entscheidung des Landtags einzuholen. Die entsprechende Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ist in Vorbereitung; wenn sie gedruckt ist, wird sie verteilt und kann in den Nachtrag aufgenommen und beraten werden. Wird mit dieser Maßgabe die Tagesordnung genehmigt? – Dem widerspricht niemand. – Doch, zur Geschäftsordnung und zur Tagesordnung, Herr Abg. Grüttner.

**Stefan Grüttner (CDU):**

Herr Präsident, im Hinblick auf die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses, die entsprechend der Ge-

schäftsordnung des Hessischen Landtags in die Tagesordnung des Plenums aufgenommen wurde, beantrage ich im Namen der Fraktionen der CDU und der FDP die Behandlung dieses Punktes morgen vor dem Aufruf des Tagesordnungspunktes Petitionen, also als vorletzte Beschlussempfehlung.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Vor Petitionen – gibt es da Bedenken oder Einwände? – Okay, dann machen wir das so, wenn niemand widerspricht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, wie viel Uhr es dann ist! Aber erst müssen wir die Beschlussempfehlung einmal haben!)

– Na ja, das ist ja nun schon angekündigt.

Wird die Tagesordnung genehmigt? – Keiner widerspricht.

Zum Ablauf der Sitzung: Wir werden heute bis 19 Uhr tagen – hoffentlich nicht länger müssen – und beginnen gleich mit Fragestunde und Regierungsbefragung. Im Übrigen können Sie den weiteren Ablauf dem Zeitplan entnehmen.

Noch drei Hinweise: Auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Schreiben der Staatskanzlei vom 7. Dezember 2001 mit der Rahmenzielvereinbarung zur Sicherung der Leistungskraft der Hochschulen in den Jahren 2002 bis 2005, der so genannte Hochschulpakt, über den wir beraten wollen.

Zweiter Hinweis: Sie haben alle eine Einladung zur Ausstellungswiedereröffnung über die Modelle und Pläne zum Ausbau des Hessischen Landtags bekommen. Darüber soll am 18. Dezember 2001 in öffentlicher Sitzung Beschluss gefasst werden. Zur Vorbereitung der Beschlussfassung haben alle Abgeordneten drei Möglichkeiten: erstens die Presseerklärung durchzulesen, dort finden Sie alles über den prämierten Entwurf; zweitens die Modelle anzuschauen, da sehen Sie, was Sie unter Umständen verpassen; drittens bei der Ausstellung zugegen zu sein, dort können Ihnen Fachleute erläutern, was Sie noch wissen wollen. Dies ist ein mehrstufiges, aber gutes Verfahren.

Ein letzter Hinweis: Wir hatten gestern einen, wie ich meine, schönen Parlamentarischen Abend, und heute sieht nichts mehr danach aus, sondern es war heute Morgen schon wieder alles wunderbar hergerichtet für die Objekte des Architektenwettbewerbs. An dieser Stelle sprechen wir allen Hausarbeiterinnen und Hausarbeitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses unseren herzlichen Dank aus.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind wir in der Tagesordnung. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

**Fragestunde – Drucks. 15/3330 –**

Aus der letzten Fragestunde **Frage 580**, Herr Abg. Prof. Dr. Hamer von der CDU-Fraktion.

**Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welches wäre die kürzeste Fahrtzeit eines Transrapid zwischen dem Flughafen Frankfurt und dem Flughafen Hahn?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abgeordneter, die im Rahmen des Gesamtberichts zur Streckenauswahl erstellte Vorstudie zur Magnetschwebebahn Transrapid hat unter anderem das Projekt Frankfurt Hauptbahnhof – Flughafen Hahn untersucht. Die Gesamtreisezeit einschließlich der drei je zweiminütigen Zwischenstopps am Flughafen Frankfurt, in Wiesbaden/Mainz und in Bingen würde nach dieser Studie 39 Minuten betragen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zufrieden? – Zusatzfrage, Herr Abg. Prof. Dr. Hamer.

**Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):**

Herr Minister, welche schnelleren Alternativen hinsichtlich der Verkehrsmittel gäbe es zwischen dem Flughafen Frankfurt und dem Flughafen Hahn?

(Zuruf von der SPD: Fliegen! – Armin Claus (SPD): Untertunneln! – Weitere Zurufe)

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Hamer, es geht uns darum, eine gute Verbindung zwischen den beiden Flughäfen herzustellen, bei der man nicht durch die Luft reist. Mir fällt da kein schnelleres als das von Ihnen angesprochene Transportmittel Transrapid ein.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beamen!)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Abg. Hamer stellt noch eine Zusatzfrage.

**Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):**

Herr Minister, welche Planungszeit benötigt man für eine solche Verbindung zwischen dem Flughafen Frankfurt und dem Flughafen Hahn?

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Eine Antwort auf diese Frage entspräche fast der Quadratur des Kreises. Denn eine solche Planung würde zunächst voraussetzen, dass das, was dazu als Vorstudie vorliegt, einer intensiveren Untersuchung zugeführt werden

müsste. Darüber hinaus müsste die Frage der Raumordnung geklärt werden. Danach müssten die entsprechenden Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Wir könnten uns in etwa an dem Planungsrahmen orientieren, der für die damals in Aussicht genommene Strecke zwischen Hamburg und Berlin zugrunde gelegt wurde. Damals waren mehrere Jahre vorgesehen. Ich gehe auf jeden Fall davon aus, dass dies einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren in Anspruch nehmen würde.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Gut. – Es folgt **Frage 581** von Herrn Abg. Ortmann von der CDU.

**Siebert Ortmann (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die beabsichtigte Abschaffung der bisherigen Hochschulabschlüsse „Diplom“ und „Magister“ in Baden-Württemberg und die Ersetzung durch die Titel „Bachelor“ und „Master“?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abgeordneter, der Wissenschaftsminister Baden-Württembergs hat seine Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Hochschulstudiengänge in der Tat in mehreren Interviews dargestellt. Er hat dabei vorgetragen, dass er alle bisher bestehenden Diplom-Studiengänge an den Hochschulen möglichst weitgehend durch Bachelor- und Master-Studiengänge ersetzt sehen möchte. Wie in Amerika vorgesehen, soll der Abschluss als Bachelor der erste berufsqualifizierende Abschluss als Regelabschluss für die Mehrzahl der Studierenden sein. Der Abschluss als Master soll dann einer kleinen Gruppe qualifizierter Studierender vorbehalten sein.

Gleichzeitig hat er aber darauf hingewiesen, dass es in seinem Land einen staatlichen Dirigismus nicht gebe. Vielmehr liege die Entscheidung über die Art der Studiengänge letzten Endes wie bisher bei den Hochschulen selbst.

Insgesamt möchte ich für mich feststellen, dass ich glaube, dass wir noch nicht genügend Erfahrungen haben, um wirklich beurteilen zu können, ob das neue System der Bachelor- und Master-Studiengänge das durchaus bewährte und in der Welt angesehene Diplom ablösen sollte. Eine solche Beurteilung ist eigentlich erst möglich, wenn wir auf breiter Basis eine Akkreditierung der neuen Studiengänge und Abschlüsse bekommen. Das wurde durch die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz entsprechend angelegt. Auf dem gegenwärtigen Stand gibt es in der Bundesrepublik insgesamt etwa 800 Versuche mit Bachelor- und Master-Studiengängen. Davon sind 51 akkreditiert. 19 davon befinden sich an hessischen Hochschulen. Wie Sie wissen, erfolgt die Akkreditierung gegen Gebühren. Das heißt, die Hochschulen haben sehr wohl ein Interesse daran, auch auf eigene Kosten solche neuen Studiengänge mit diesem neuen internationalen Abschluss einzuführen. Bisher ist verabredet – das geschah auch noch einmal in der letzten Kultusministerkonferenz –



dass wir an dem Akkreditierungsrat festhalten, der für begrenzte Zeit eingeführt worden war, weitere Akkreditierungen durchführen und erst später vielleicht zu einer abschließenden vergleichenden Bewertung kommen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Danke. – Frau Abg. Prof. Fellner stellt eine Zusatzfrage.

**Prof. Erika Fellner (SPD):**

Ich frage die Landesregierung: Gibt es solche Überlegungen auch für die Lehrerausbildung in Hessen, auch wenn sie bisher noch nicht konzipiert sind?

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Nein. Bisher gibt es nur einen Modellversuch an der Universität Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Mit Frau Kultusministerin Wolff bin ich mir einig, dass wir an den Abschlüssen und an der Lehrerausbildung an den Universitäten nichts ändern wollen. Wir wollen erst einmal im allgemeinen Sinne abwarten, was das Modell der Universität Greifswald erbringt.

Wir überlegen im Augenblick, ob wir andere Möglichkeiten nutzen sollen, um den Nachwuchs für Berufsschullehrer zu verbessern. Dies soll durch Zusammenarbeit mit den Universitäten und Fachhochschulen geschehen, die in der Nähe sind.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege Ortman stellt eine Zusatzfrage.

**Siegbert Ortman (CDU):**

Frau Ministerin, könnten Sie sich vorstellen, dass diese möglichen neuen Abschlüsse als Beispiel im öffentlichen Dienst eingesetzt werden könnten und das vielleicht auch Auswirkungen auf die freie Wirtschaft haben könnte?

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Zunächst einmal muss man das aussprechen, was die meisten Menschen nicht richtig realisieren. Eigentlich haben wir in Hessen diese Abschlüsse seit der Gründung der Gesamthochschule Kassel.

(Barbara Stolterfoht (SPD): So ist es!)

Die Gesamthochschule Kassel hat abgestufte Studiengänge, die mit den Abschlüssen des Bachelors und Masters verglichen werden können. Das wird jetzt noch einmal verglichen werden. Die Gesamthochschule Kassel hat während all ihrer Feierlichkeiten zu ihrem 30-jährigen Bestehen darauf hingewiesen, dass sie sich freut, dass bundesweit begonnen wird, dieses Modell sozusagen unter anderem Namen einzuführen.

Ein anderer Fall ist aber Folgendes, das sage ich für die Kultusminister ganz eindeutig: Wir wehren uns entschieden dagegen, dass in der Innenministerkonferenz der Bundesländer versucht wird, diese Abschlüsse mit den bisher bestehenden beamten- und besoldungsrechtlichen Regelungen gleichzusetzen. Man will da nämlich sagen: Der Abschluss des Bachelors berechtigt eigentlich nur zum Eintritt in den gehobenen Dienst, während man mit

dem Master-Abschluss in den höheren Dienst kommt. – Wer das will, macht die Reform in Deutschland hin zu internationalen Hochschulabschlüssen zunichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Eine weitere Zusatzfrage stellt Frau Abg. Stolterfoht. Die letzte stellt dann Herr Ortman.

**Barbara Stolterfoht (SPD):**

Frau Ministerin, ich frage Sie als Kasseler Abgeordnete: Sind Sie mit mir der Meinung, dass die Gesamthochschule Kassel in diesem Fall innovativer war als andere und diesen sozusagen schon seit Jahren ein paar Schritte voraus ist?

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Ich glaube, dass ich persönlich nie Zweifel daran gelassen habe, und diese Landesregierung auch nicht. Wenn die Gesamthochschule Kassel aber einen Abschluss anbieten will, der nicht Abschluss mit Diplom 1 oder Diplom 2 heißt, dann muss sie die Akkreditierung durchlaufen wie alle anderen auch.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die letzte Zusatzfrage dazu stellt Herr Abg. Ortman.

**Siegbert Ortman (CDU):**

Frau Ministerin, Sie sprachen vorhin das Ansehen des Titels des Diploms im Ausland an. Sind Sie mit mir der Meinung, dass das deutsche Diplom im Ausland eigentlich gar nicht so anerkannt wird? Denn dort werden überall und allenthalben Diplome vergeben. Deshalb frage ich, ob eine Veränderung hin zum Abschluss als Master, auf internationaler Ebene betrachtet, nicht der bessere Weg wäre.

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Nein. Herr Abgeordneter, das Gegenteil ist der Fall. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass das deutsche Diplom ein in der Welt hoch angesehener internationaler Abschluss ist. Ich bin auch der Auffassung, dass die Habilitation, die die SPD und GRÜNEN auf Bundesebene jetzt abschaffen wollen, einen hoch angesehenen Abschluss darstellt, den man in Deutschland nach wie vor braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Nicola Beer (FDP))

Drittens bin ich der Auffassung, dass wir nicht jeder amerikanischen Mode hinterherlaufen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Es folgt **Frage 584** von Herrn Abg. Klein von der CDU.

**Armin Klein (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt die internationale Ratingagentur Standard & Poor's die Haushaltspolitik der Landesregierung?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Finanzminister.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, die Ratingagentur Standard & Poor's hebt in ihrer jüngsten Bestätigung des Triple-A-Ratings des Landes vom 14. August dieses Jahres bezüglich der Haushaltspolitik des Landes hervor, dass Hessen nunmehr im dritten Jahr in Folge einen Überschuss erwirtschaftet hat. Ich füge hinzu: Im Jahr 2000 waren dies robuste 3,2 %. Dies geschah, obwohl die Haushaltsergebnisse noch Mitte der Neunzigerjahre defizitär waren. Auch sei es dem Land gelungen, sein Defizit nach Investitionsausgaben auf 2,4 % der Gesamteinnahmen im Jahr 2000 zu reduzieren. Früher hat dies bei durchschnittlich 5,1 % gelegen.

Der stabile Ausblick bezüglich der Bonität des Landes wird neben der robusten Wirtschaftskraft mit dem anhaltenden Engagement der Landesregierung zur strikten Ausgabenkontrolle begründet. Auch wenn der Schuldenstand des Landes noch immer als zu hoch zu bewerten sei, könne die Verschuldung angesichts des gut verteilten Fälligkeitsprofils und der moderaten Zinslast von 7,4 % der laufenden Einnahmen im Jahre 2000 bewältigt werden. Die Haushaltsslage sei solide, insbesondere wenn man bedenke, dass das Land 16 % seiner laufenden Haushaltseinnahmen an den Länderfinanzausgleich abgebe.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Weinmeister, CDU.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Herr Finanzminister, das klingt zwar sehr positiv, aber wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass ein Mitglied der Landesregierung am gestrigen Abend in nur einem Spiel 54 DM verloren hat?

(Heiterkeit bei der CDU)

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, ich hoffe sehr, dass das bei unseren nächsten Ratinggesprächen Mitte des nächsten Jahres in Vergessenheit geraten ist und unsere Bonität nicht belastet.

(Heiterkeit bei der CDU)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Es ist allerhand, dass man bei einem solchen Abend noch zum Spielen kommt. – Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Finanzminister, sind die Untersuchungen, die die Ratingagentur Standard & Poor's durchgeführt hat, abgeschlossen worden, bevor Sie Ihren Nachtragshaushaltswurf geändert und dadurch die Neuverschuldung nach oben getrieben haben und bevor durch Änderungsanträge der Regierungsfractionen die Neuverschuldung für den Haushalt 2002 ebenfalls nach oben getrieben wurde?

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, wenn Sie es auf die Spitze treiben wollen – wie es offensichtlich der Fall ist –, muss ich Ihnen sagen: Ich habe den Nachtragshaushalt nicht „mehrfach korrigiert“, sondern die Tatsache, dass wir einen großen Betrag aus dem Länderfinanzausgleich zurückbekommen haben, in den Haushalt eingearbeitet und die neuesten Daten in die erneute Überarbeitung eingefügt. Das müsste Sie eigentlich freuen. Ich merke aber, dass Sie das nicht freut. Es ist schlecht für Sie, aber gut für diese Landesregierung, dass wir diesen finanziellen Spielraum an der Stelle haben.

(Zurufe von der SPD)

Zweitens. Diese Untersuchungen werden immer temporär durchgeführt. Wenn ich sage, dass dieser Bericht am 14. August dieses Jahres abgegeben worden ist, dann ergibt sich daraus von selbst, dass Ihre Frage mehr rhetorisch ist und sich von daher disqualifiziert.

(Zurufe von der SPD)

Im Grundsatz ist es so, dass diese Überprüfung jährlich vorgenommen wird und dass die Entwicklungen innerhalb eines laufenden Haushaltsjahrs, die in einem Bundesland zu verzeichnen sind, berücksichtigt werden. Ich sage Ihnen dazu, dass angesichts der allgemeinen Misere der öffentlichen Haushalte, die ausschließlich durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verursacht worden ist,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

das Wirtschaftswachstum in Hessen – darüber wird noch zu reden sein – sehr viel positiver als im Bundesschnitt ist und unsere Investitionen in die Zukunft gerichtet sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 0,2 % im nächsten Jahr! So schlecht war es noch nie!)

Ich gehe fest davon aus, dass dies trotz all der Probleme, die bei einer ansteigenden Verschuldung vorhanden sind, von den Ratingagenturen gewichtet und gewürdigt wird. Ich wünsche mir sehr, dass es uns weiterhin gelingt, die Benotung AAA zu erhalten. Ich bin nach heutigem Stand sehr optimistisch, dass das gelingt, aber das wird auch davon abhängen, wie die Bundesrepublik Deutschland insgesamt zu raten ist. Da habe ich mehr Sorgen bezüglich Berlin und Bundesfinanzminister Eichel als hinsichtlich des Landes Hessen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

**Frage 585, Herr Abg. Rhein, CDU.**

**Boris Rhein (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*In welcher Höhe schlagen auf kommunaler Ebene im Jahr 2002 die von der rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossene Steuerreform, das Familienentlastungsgesetz einschließlich Kindergelderhöhung, die Entfernungspauschale und das Altersvermögensgesetz (Rentenreform) zu Buche?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Finanzminister Weimar.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, bei den infrage stehenden Gesetzen zur Steuerrechtsänderung handelt es sich im Einzelnen um das Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000, wirksam ab 1999/2000/2002, um das Steuersenkungsergänzungsgesetz vom 19. Dezember 2000, wirksam ab 2001 – die so genannte Steuerreform –, um das Zweite Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, wirksam ab 2002, um das Gesetz zur Einführung einer Entfernungspauschale vom 21. Dezember 2000, wirksam ab 2001, und um das Altersvermögensgesetz vom 6. Juni 2001, wirksam ab 2001.

Die finanziellen Auswirkungen wurden im Gesetzgebungsverfahren für das Jahr 2002 für die kommunale Ebene wie folgt angegeben: Für die kommunale Ebene ergebe sich beim Steuersenkungsgesetz – vor KFA – insgesamt ein Plus von 98 Millionen DM und beim Steuersenkungsergänzungsgesetz ein Minus von 212 Millionen DM, bei der Steuerreform also insgesamt ein Minus von 114 Millionen DM. Die Familienentlastung, einschließlich der Kindergelderhöhung, führe zu einem Minus von 751 Millionen DM, die Einführung einer Entfernungspauschale zu einem Minus von 139 Millionen DM und das Altersvermögensgesetz zu einem Minus von 147 Millionen DM. Nach der Prognose, die gegeben worden ist, macht das – vor KFA – ein Minus von 1,151 Milliarden DM aus. Das würde für die hessischen Kommunen nach KFA also eine Belastung in Höhe von 286 Millionen DM bringen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Milde.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Finanzminister, können Sie uns auch sagen, wie hoch die geschätzte Belastung der Kommunen durch die Einführung der Ökosteuer ist? Gibt es da Schätzungen?

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, das kann ich nicht. Das wäre aber sicherlich unter dem Gesichtspunkt der Aufwendungen für Energie, die die Kommunen zu tragen haben, und der daraus erwachsenden Mehrbelastungen für die Volkswirtschaft insgesamt, die auf die Beteiligten zukommen, auszurechnen. Das kann nach Lage der Dinge nur eine grobe Zahl sein, aber ich will versuchen, Ihnen diese Zahl nachzuliefern. Ich muss prüfen, inwieweit wir hier auf Daten zurückgreifen können.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Finanzminister, wenn Sie der Meinung sind, dass dies unzweifelhaft eine Belastung der Kommunen ist, dann würde eigentlich dazugehören, zu sagen, dass es auf der anderen Seite eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bringt. Ich frage Sie, ob Sie angesichts dieser Zahlen die Meinung Ihres Chefs, des Ministerpräsidenten, teilen, dass man die weiteren Stufen der Steuerreform jetzt schnell vorziehen sollte.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, das sprengt zwar den Rahmen der Frage, die ich hier beantwortet habe, aber ich will Ihnen gern eine Antwort geben.

Die Tatsache, dass diese Steuerreform insoweit eine völlig einseitige Struktur hat, dass die Einnahmen aus der Vermögensteuer dramatisch abgesunken sind, während die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer weiter steigen, und die Tatsache, dass für den Mittelstand keine Entlastung eingetreten ist, die mittelständische Wirtschaft vielmehr zusätzlich durch die Ökosteuer und durch Abschreibungstabellen belastet worden ist – um nur zwei Tatbestände zu nennen –, führen schlichtweg dazu, dass diese Steuerreform in der Öffentlichkeit nicht so akzeptiert worden ist und sich nicht so ausgewirkt hat, wie das erwünscht war. Sie hat genau das Gegenteil gebracht. Das ist nicht zu diskutieren, sondern das ergibt sich schlicht daraus, dass bereits vor dem 11. September dieses Jahres die deutsche Volkswirtschaft auf einer massiven Talfahrt war und dass wir hinsichtlich der Wachstumsrate in Europa mittlerweile am Ende stehen. Das ist eine erbärmliche Bilanz.

(Beifall bei der CDU)

Dagegen muss man arbeiten. Dagegen zu arbeiten heißt, für diejenigen Gruppen in der Bevölkerung, die tatsächlich dazu beitragen, dass das volkswirtschaftliche Wachstum über die Nachfrage oder durch Investitionen anspringt, dramatische Entlastungen in der Lohn- und Einkommensteuer vorzunehmen. Nur dann tritt die Wirkung dieser Steuerreform überhaupt ein.

Deshalb muss man zweierlei dazu sagen. Erstens. Es muss etwas geschehen, und zwar durch das Vorziehen der Steuerreform. Zweitens. Es ist dringend notwendig, dass eine neue Bundesregierung eine richtige Steuerreform macht, in der eine gleichmäßige Entlastung der Bevölkerung vorgesehen ist. Wir brauchen kein solches Konvolut, wie es der Bundesfinanzminister auf den Tisch gelegt hat, wo man sieht, wie unsere Volkswirtschaft den Bach runtergeht, um es einmal salopp zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du lieber Gott!)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

**Frage 586**, Frau Abg. Klär.

**Hildegard Klär (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was meint Ministerpräsident Koch mit seiner Aussage im „Hanauer Anzeiger“ vom 22. September 2001, „eine Belästigung, auch gemindert durch geänderte Flugrouten, bleibt prinzipiell erhalten, soll aber tagtäglich erträglicher gemacht werden“?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Chef der Staatskanzlei, Minister Riebel.

**Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Präsident, Frau Abg. Klär! Der Ministerpräsident hat mit den von Ihnen zitierten Worten seiner Erwartung Ausdruck verliehen, dass nach der anstehenden Auswertung der Erfahrungen mit den seit dem 19.04.2001 geltenden neuen Flugrouten von der Deutschen Flugsicherung GmbH, der DFS, in Kooperation mit der Fluglärmkommission Detailänderungen an den Flugstrecken untersucht werden können, in denen sich auch eine Reihe von Bürgerwünschen wieder finden werden.

Es ist davon auszugehen, dass dieser Prozess wegen der auch flugtechnisch schwierigen Situation im Luftraum über Frankfurt einige Zeit beansprucht wird. Die Fluglärmkommission wird sich nach unserer Kenntnis in den nächsten Wochen mit den Auswirkungen der seit dem 19.04.01 gemachten Erfahrungen befassen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Klär.

**Hildegard Klär (SPD):**

Herr Minister, können Sie einen Zeitraum nennen, wann es zu Veränderungen dieser Routen kommen kann?

**Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:**

Einen Zeitraum kann ich nicht nennen. Es gibt mir Gelegenheit, Sie darauf hinzuweisen, dass es ausdrücklich keine Entscheidung der Landesregierung oder der Landesregierung nachgeordneter Behörden ist, sondern der DFS. Ich gehe davon aus, dass man dort sorgfältig seine Verantwortung wahrnimmt und Erkenntnisse, die aus diesem Verfahren gewonnen worden sind, so schnell wie möglich in die Wirklichkeit umsetzt.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

**Frage 587**, Frau Abg. Klär, SPD.

**Hildegard Klär (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*In welcher Form will sie unterstützend tätig werden, nachdem die Ministerin für Wissenschaft und Kunst auf dem Abschlusskonzert des Cello-Festivals in Kronberg am 29. Oktober 2001 gesagt hat, nun müsse sich die Landesregierung etwas überlegen?*

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Abg. Klär, wir stimmen in der Beurteilung dessen überein, was die Kronberger Akademie in den letzten Jahren auf die Beine gestellt hat. Sie hat mit internationalen Spitzenmusikern erfolgreich Konzerte durchgeführt. Sie hat Nachwuchsförderung junger Musiker in Sommer-Akademien betrieben.

Ich habe im Haushaltsjahr 1999 7.000 DM für die Meisterkurse im Rahmen des vierten internationalen Cello-Festivals gewährt. Im Jahre 2002 haben wir einen Zuschuss aus Lottomitteln für einen Preis in Höhe von 8.000 DM gewährt. Im Jahre 2001 gab es keine Anträge.

Gleichwohl will ich sagen, dass dieses wirklich internationale musikalische Ereignis, das weitgehend von Sponsoren und Mäzenen getragen wird, schon die Unterstützung der Landesregierung braucht. Ich habe im Frühjahr letzten Jahres Gespräche geführt. Darin kam zum Ausdruck, dass es sich nicht unbedingt nur um Geld handelt, sondern auch um Weiterentwicklungsmöglichkeiten, z. B. auch im Zusammenhang mit Schulen oder mit der Musikhochschule in Frankfurt. Da sind wir im Gespräch. Das ist aber noch nicht so konkret, dass ich das heute vortragen kann.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Jetzt sind wir bei den Neueingängen. **Frage 588**, Herr Abg. Beuth, CDU.

**Peter Beuth (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beabsichtigt sie, den Schutz ehrenamtlicher Richter am Arbeitsplatz zu verbessern?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Justizminister.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abg. Beuth, Bürgerinnen und Bürger werden nicht selten mit beruflichen Schwierigkeiten konfrontiert, wenn sie ein richterliches Ehrenamt ausüben. Dies ist im Hinblick auf die gesetzliche Verpflichtung, ein solches Ehrenamt zu übernehmen und auszuüben, und die besondere Bedeutung der Mitwirkung ehrenamtlicher Richter für die Rechtsprechung nicht hinnehmbar.

Die Landesregierung hat sich die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeit zum Ziel gesetzt. Sie wird deshalb darauf hinwirken, dass in das deutsche Richtergesetz eine für alle ehrenamtlichen Richterämter geltende Regelung aufgenommen wird, die Benachteiligungen und insbesondere Kündigungen wegen der Übernahme oder Ausübung des ehrenamtlichen Richteramtes verbietet.

Um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, werde ich eine Initiative unternehmen, mit der eine bereits in Vorbereitung befindliche Bundesratsinitiative des Freistaates Sachsen unterstützt wird. Diese Initiative von Sachsen sieht ein umfassendes Gesetz zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahrensvorschriften zur Wahl und Berufung ehrenamtlicher Richter vor und soll insbeson-



dere solche Vorschriften, wie ich sie eben angesprochen habe, vorsehen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

**Frage 589**, Herr Abg. Rhein, CDU.

**Boris Rhein (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*In welcher Höhe zieht die von der rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossene Steuerreform Einnahmeverluste für das Land Hessen in den Jahren 2002 bis 2005 nach sich?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Finanzminister.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, unter der Steuerreform wird das Steuersenkungsgesetz vom 23.10.2000 und das Steuersenkungsergänzungsgesetz vom 19.12.2000 verstanden. Es ist jetzt ausgesprochen schwierig, das gegenzurechnen, weil unter anderem der Länderfinanzausgleich in Gegenrechnung zu stellen ist. Wenn man das von den vorgegebenen Zahlen betrachtet, ist für das Land Hessen im Jahre 2002 mit 725 Millionen DM Mindereinnahmen, im Jahre 2003 mit 1,02 Milliarden DM, im Jahre 2004 mit 860 Millionen DM und im Jahre 2005 mit etwa 2 Milliarden DM Mindereinnahmen zu rechnen.

Das sind die bundesweiten Schätzwerte. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächlich eintretenden Steuerausfälle hiervon noch weiter abweichen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Erste Zusatzfrage, Frau Kollegin Hartmann.

**Karin Hartmann (SPD):**

Herr Finanzminister, gehen Sie davon aus, dass die von weiten Teilen Ihrer Partei geforderte Einführung eines Familiengeldes in Höhe von 1.200 DM ohne zusätzliche Belastung von Land und Kommunen erfolgen könnte?

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Abgeordnete, das ist jetzt wieder ein völlig anderer Bereich in diesem Zusammenhang. Soweit die Unterlagen dort vorgelegt werden bzw. sich das Konzept darstellt, ist aus Sicht der Bundestagsfraktion von CDU und CSU diese Finanzierung zu sichern. Das ist auch eine Frage der politischen Prioritäten, die man setzt.

Von daher bin ich der festen Überzeugung, dass das insgesamt gesehen auch im Hinblick auf die Schieflagen der Steuerreform eine gute Ergänzung in familienpolitischer Hinsicht wäre und durchaus von mir auch mitgetragen wird.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zweite Zusatzfrage, Herr Prof. Hamer.

**Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):**

Herr Minister, was kann die Landesregierung dazu beitragen, dass der Weltökonom Bundeskanzler Schröder nicht ständig das Märchen verbreitet, der Konjunkturreinbruch in Deutschland sei allein durch Weltbeeinflussungen verursacht und nicht durch hausgemachte Steuerreformgesetze und andere schädliche Wirtschaftsgesetze?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Dank dem Riesenstaatsmann Hamer!)

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, dazu ist zweierlei zu bemerken. Erstens ist immer wieder auf die Fakten hinzuweisen, die wir jetzt mit über 4 Millionen Arbeitslosen und der Entwicklung des Wachstums in Deutschland vorliegen haben – mit Schätzungen von 2,8 % im November vorigen Jahres haben wir einmal angefangen, jetzt sind wir bei 0,6 %.

Zweitens bin ich der festen Überzeugung, dass die Bürger ausgesprochen klug sind und sehen, dass diese Leistungen, die einmal angekündigt waren, so nicht eintreten werden, und daraus, wie schon 1999 hier in Hessen, die entsprechenden Schlüsse ziehen werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Jo, jo, jo!)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Letzte Frage für heute, **Frage 590**, Herr Abg. Beuth, CDU.

**Peter Beuth (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einem Ratifizierungs- und Ausführungsgesetz zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen vom 21. März 1983 bzw. zum Zusatzprotokoll, das der Europarat am 18. Dezember 1997 zur Zeichnung aufgelegt hat?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Minister der Justiz.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Herr Abg. Beuth, meine Damen und Herren! Mit dem von der Bundesrepublik Deutschland am 18. Dezember 1997 gezeichneten Zusatzprotokoll zum europäischen Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen sollen verurteilte ausländische Straftäter ohne deren Zustimmung dem Strafvollzug in ihrem Heimatland zugeführt werden.

Erst im Juli dieses Jahres hat die Bundesregierung den Landesjustizverwaltungen einen zweiten Entwurf eines Ratifizierungsgesetzes zur Abstimmung vorgelegt, nachdem ein erster Entwurf aus dem Jahre 1999 erheblich nachbesserungsbedürftig war. Der letzte Entwurf des Ausführungsgesetzes enthält Bestimmungen, die den Anwendungsbereich des internationalen Abkommens unnötig einschränken und das Verfahren erheblich verzögern. Das Gesetz ist vom Bundestag noch immer nicht verabschiedet.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die Fragestunde ist für heute beendet. Wir setzen sie am Dienstag, heute in einer Woche, fort.

Ich leite über zu **Punkt 1 b:**

**Regierungsbefragung**

Die erste Frage stammt von Frau Abg. Sorge, Stichwort: Seminarsharing.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Teilt die Landesregierung die Meinung der Vizepräsidentin der Frankfurter Goethe-Universität, dass das aus Platzmangel eingeführte Seminarsharing in den Lehramtsstudiengängen einen Beitrag zum selbstständigen Arbeiten leistet?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Da ich die Äußerungen gar nicht kenne – ich verstehe sie auch nicht –, kann ich mich dazu nicht äußern. Ich verstehe nicht, was sie da gesagt hat. Können Sie das erläutern?

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Wir auch nicht!)

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wenn ich darf, kann ich das gerne erläutern. An der Universität Frankfurt wird bei den Lehramtsstudiengängen, die überlaufen sind, ein so genanntes Seminarsharing eingeführt. Das besagt, dass die Studentinnen und Studenten nur noch die Hälfte der vorgesehenen Zeit in den Seminaren verbringen und die andere Hälfte den anderen Studentinnen und Studenten, die nicht zum Zuge kommen, zur Verfügung stellen. Das, was sie sonst hätten lernen sollen, müssen sie sozusagen zu Hause oder in der Bibliothek aufarbeiten.

Frau Vizepräsidentin Rang ist in der heutigen Zeitung damit zitiert, dass sie das für einen Beitrag zum selbstständigen Arbeiten hält.

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Ich bin schon der Auffassung, dass die einzelne Hochschule verantworten muss, wie sie das Abschlussziel, den Studienerfolg erreicht, der in einer Studienordnung vorgeschrieben ist. Ich gebe keine Weisungen, wie das zu machen ist. Wenn das in der schwierigen Situation von über 200 % Nachfrage ein Weg ist, durch Seminare und Vorlesungen Studierende so weit anzuregen, dass sie selbstständig lernen können, wäre das ein guter Hinweis. Die Mischung aus gemeinsamen Seminaren und Vorlesungen sowie Individuallernen ist eigentlich das, was wir uns vorstellen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Eine Zusatzfrage, Frau Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Wagner, sind Sie denn auch der Meinung, dass dieses Vorgehen gerade angesichts der kürzlich herausgegebenen PISA-Studie der richtige Weg ist, um diese Republik wieder auf einen höheren Rang bei den Bildungsumfragen zu bringen?

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Verehrte Frau Sorge, ich weiß nicht, ob Sie Gelegenheit hatten, die PISA-Studie zu lesen, die dieser Tage in den Buchhandlungen erscheint, oder ob Sie überhaupt die Chance hatten, hineinzugucken.

Ich hatte die Chance. Eines der Monita ist, dass deutsche Schüler im Vergleich zu finnischen, koreanischen, brasilianischen und anderen Schülern aus Ländern, die alle als so genannte Bildungsentwicklungsländer gelten, im selbstständigen Lernen schlechter sind. Eine der Hauptkonsequenzen wird sein, dass wir jungen Kindern, und zwar schon im Vorschulalter, beibringen, dass Lernen ein Wert ist. Deshalb sind alle neuen Formen wichtig, die auch hier erprobt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die zweite Frage kommt von Herrn Abg. Riege von der SPD und betrifft die Schonzeitregelung für Überläufer. – Herr Riege.

**Bernd Riege (SPD):**

Ich frage Herrn Staatsminister Dietzel:

*Wann werden Sie die Schonzeitregelung für Überläufer ändern?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Ich hatte eigentlich an das Innenministerium gedacht, aber es ist offensichtlich ein Jagdproblem.

(Heiterkeit)

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:**

Herr Abg. Riege, das ist sicherlich eine hochinteressante Frage. Wir haben im letzten Jahr mit dem Jagdgesetz eine Schonzeit von drei Monaten für Überläufer eingeführt. Die Jägerschaft ist nun an mich herangetreten und hat mich aufgefordert, diese Schonzeit aufzuheben, damit die Belastung durch die Wildschweinpopulation nicht so extrem wird, wie dies in diesem Jahr offensichtlich der Fall ist.

Ich habe in meinem Hause den Auftrag gegeben, für mich einen Vermerk dazu zu verfassen. Nach Diskussion über diesen Vermerk werde ich entscheiden.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Riege.

**Bernd Riege (SPD):**

Ich hatte gefragt: Wann werden Sie sie ändern? – Können Sie mir das auch beantworten?

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Nach der Regierungsbildung in Berlin!)

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:**

Nein, Herr Abg. Riege, ich kann Ihnen den genauen Tag noch nicht sagen. Es wird aber in den nächsten Tagen bei mir auf dem Schreibtisch sein. Dann werden wir darüber reden.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die dritte Frage stammt heute von Herrn Abg. Kaufmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und betrifft die WINGAS-Leitung.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung in Person des Wirtschaftsministers:

*Welche öffentlichen Belange von erheblichem Gewicht legt die Landesregierung ihrer Entscheidung im Abweichungsverfahren nach § 9 Abs. 4 Hessisches Landesplanungsgesetz betreffend das WINGAS-Leitungsprojekt zugrunde?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Kaufmann, Sie sprechen die Beanstandung an, die mein Haus gegenüber der Entscheidung der Regionalversammlung ausgesprochen hat. Bei dieser Beanstandungsentscheidung ist eine Abwägung sämtlicher Belange vorzunehmen, das wissen Sie. Von besonderer Bedeutung war hier natürlich die Frage der künftigen Energieversorgung. Diese Frage hat bei meiner Entscheidung eine besondere Rolle gespielt.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zweite Frage, Herr Kollege Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, da nur öffentliche Belange von erheblichem Gewicht eine Rolle spielen können und seitens des vorhandenen Gaslieferanten eine Versorgungssicherheit und auch eine Steigerung der Versorgungsmöglichkeiten gewährleistet war, frage ich: Wo sähen Sie die öffentlichen Belange verletzt, wenn auf die Leitung verzichtet würde?

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Kaufmann, genau in dieser Frage sind wir unterschiedlicher Auffassung. Ich habe gesagt, dass dabei sämtliche Belange zu beachten sind. Dabei hat auch eine

Abwägung der Belange stattgefunden, die sich beispielsweise im naturschutzfachlichen Bereich abspielen. Bei dem Abwägungsprozess sind wir am Ende zu einem anderen Ergebnis gekommen, als Sie das in Ihrer Fragestellung zum Ausdruck bringen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die vierte Frage stammt von Frau Kollegin Kühne-Hörmann, Stichwort: Professorenbesoldung.

**Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie das weiterhin starre Festhalten der Bundesregierung an der Kostenneutralität der Professorenbesoldungsreform?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Staatsministerin Wagner.

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Abgeordnete, wie Sie wissen, haben wir uns als Landesregierung vehement gegen diesen Vorschlag gewendet. Ich habe im Bundesrat und im Deutschen Bundestag die Meinung der Landesregierung vertreten. Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern im Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen. Das ist mehrheitlich geglückt, was heißt, dass ein nicht von CDU und FDP regiertes Land zugestimmt hat. Wir sind jetzt im Vermittlungsausschuss und hoffen, eine Lösung zu bekommen, die dann am 20. Dezember im Bundesrat beraten werden soll.

Trotzdem besteht das große Problem, das wir möglicherweise im Vermittlungsausschuss nicht lösen können, dass das Grundgehalt eines Hochschullehrers so angelegt werden soll, dass eine Leistungszulage benötigt würde, um das Niveau des heutigen Grundgehaltes zu erreichen. Das widerspricht eindeutig dem, was Frau Bulmahn erklärt hat, dass sie nämlich von der Bezahlung nach Dienstalter abgehen und eine leistungsbezogene Bezahlung einführen will. Das ist widersprüchlich, und schon deshalb lehnen wir es ab.

Die Entscheidung bestimmter Finanzminister – auch des Bundesfinanzministers –, zu glauben, dass das kostenneutral möglich sei, das ist die Quadratur des Kreises. Man kann nicht eine leistungsbezogene Besoldung neu einführen wollen und gleichzeitig sagen: Mehr darf sie nicht kosten.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) – Zuruf von der SPD: Das hängt auch von der Leistung ab!)

Deshalb wird das Land Hessen in dieser Sache weiterhin hart bleiben und erst am 20.12. entscheiden, ob wir einem Kompromiss zustimmen können oder das ganze Verfahren ablehnen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Jetzt kommt die nächste Frage von Herrn Hamer zum Sommerflugplan 2002.

**Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie wirkt sich die Einführung der Lärmkontingentierung auf den Sommerflugplan 2002 und insbesondere auf die Zeit zwischen 23 und 5 Uhr aus?*

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen wir doch schon!)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Das beantwortet Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Hamer, ich gehe davon aus, dass sich die eingeführte Lärmkontingentierung zum Sommerflugplan 2002 positiv auswirkt. Der Flugplankoordinator hat Mitte November die Koordination vorgenommen. Dabei stellt sich heraus, dass sich nach dem jetzigen Stand der Dinge die Flugbewegungen zwischen 23 und 5 Uhr – wenn ich es richtig im Kopf habe – um 9,2 bzw. um 9,8 % reduzieren werden.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Nächste Frage, Herr Dr. Walter Lübcke, und zwar zur Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler.

**Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche positiven Wirkungen zur Unterstützung der Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler will die Landesregierung mit der vorliegenden Schulgesetznovelle erreichen?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Dr. Lübcke, wie jetzt auch die in der letzten Woche veröffentlichte PISA-Studie gezeigt hat, haben wir in Deutschland besondere Probleme bei der Bildung von ausländischen Schülerinnen und Schülern, und dort bei speziellen Gruppen. Dies bestätigt die Vermutung, die unserer Schulgesetzgebung in dem jetzt vorliegenden Entwurf, der hier bereits in der ersten Lesung behandelt worden ist, zugrunde liegt.

Weil wir glauben, dass diese Probleme möglichst vor Eintritt in die Grundschule beseitigt werden müssen, haben wir in diesem Schulgesetzentwurf vorgesehen, dass Schülerinnen und Schüler schon im Herbst vor der Einschulung ein erstes Mal in der Schule vorgestellt werden sollten, damit dann festgestellt werden kann, wo sprachliche Probleme bestehen, und damit dann auch für solche künftigen Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit gegeben werden kann, an Kursen, sei es bei freien Trägern, sei es in Kindertagesstätten, sei es in der Grundschule, vorschulisch teilzunehmen.

Wenn dies nicht gelingt oder wahrgenommen wird, wird das Schulgesetz die Möglichkeit schaffen, dass diese Kinder um ein Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt werden, damit dann diese Kurse beim Bestehen der Schulpflicht tatsächlich auch verbindlich gefordert werden können und besucht werden müssen, damit das Kind dann mit einer Prognose in die Schule kommen kann, in die richtige Klasse 1, dass es dem Unterricht auch folgen kann.

Eine parallele Vorschrift wird für die Seiteneinsteiger in die Sekundarstufe I vorgesehen, damit auch dort gewährleistet wird, dass die Schülerinnen und Schüler nicht durch Nichtversetzung frustriert werden, sondern dass sie mit solchen Sprachkenntnissen in die Schule kommen, die es ihnen auch ermöglichen, den Abschluss zu erreichen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frage 7, Frau Abg. Zeimetz-Lorz, CDU; es handelt sich um das Fernmeldeanlagenengesetz.

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die Haltung der Bundesregierung, die auslaufende Regelung des Fernmeldeanlagenengesetzes, die Ermittlungsbehörden Auskünfte über Verbindungs- und Standortdaten zugänglich macht, nicht zu erweitern?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Justizminister.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Frau Abg. Zeimetz-Lorz, die Landesregierung bewertet diesen von Ihnen vorgetragenen Sachverhalt negativ.

(Hartmut Holzapfel (SPD): Nein!)

Die Landesregierung hat unter anderem im Bundesrat und in der Justizministerkonferenz dafür geworben, dass zumindest die bisherige Regelung des § 12 Fernmeldeanlagenengesetz über den 31.12.2001 weiterhin in Kraft bleibt. Dies hätte eines entsprechenden Beschlusses bedurft. Die jetzt von der rot-grünen Bundesregierung vorgesehene Nachfolgeregelung bedeutet eine erhebliche Einschränkung für die Verbrechensbekämpfung in Deutschland.

(Günther Becker (Gießen) (SPD): Schade, dass es keine Zusatzfrage gibt!)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Erledigt. Dann ist der nächste Fragesteller wiederum Herr Dr. Walter Lübcke: Sprachkompetenz ausländischer Jugendlicher. – Sie haben Losglück bei der Frau Vizepräsidentin.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ungerechte Vorteile!)

**Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Ich frage die Landesregierung, auch im Hinblick auf meine vorherige Frage:

*Wie fördert sie zurzeit die Sprachkompetenz ausländischer Jugendlicher bei uns im Lande Hessen?*



**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Ministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Dr. Lübcke, derzeit haben wir im Haushalt 880 Stellen für diese Förderungen eingeplant. Im nächsten Jahr werden sie auf, ich glaube, 886 Stellen steigen. In dem bestehenden Rahmen von 880 Stellen haben wir die Fördermaßnahmen, die Zahl der Kurse, vom vorletzten auf das letzte Schuljahr durch einen effizienteren Einsatz um 88 % steigern können. Das heißt, jetzt gehen sehr viel mehr Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen in Vorlauf- und Intensivkurse. Ich denke, dort wird im Wesentlichen die Sprachkompetenz angebahnt, die für den in Ihrer vorigen Frage beschriebenen Zweck erforderlich ist.

Weiterhin haben wir eine Partnerschaft mit einer bekannten Stiftung. Diese soll im Bereich der Grundschule versuchen, Modelle zu entwickeln, um in den Hauptfächern durch Teilung der Gruppe eine gute Möglichkeit zum Erwerb der Sprachkompetenz zu schaffen, damit dann nach Möglichkeit in der weiterführenden Schule keine weiteren Fördermaßnahmen mehr benötigt werden.

Des Weiteren ist, wenn ich es recht im Kopf habe, im Haushaltentwurf 2002 im Bereich des Sozialministeriums eine Summe von 2,5 Millionen DM vorgesehen, um bereits im vorschulischen Bereich Angebote durch Träger verschiedenster Art machen zu können.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die nächste Fragestellerin ist nicht da. Frau Winterstein, wir brauchen gleich neue Fragen. – Jetzt aber die Frage von Herrn Norbert Schmitt, SPD, zum Hessischen Ried.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Ich habe eine Frage an Herrn Minister Dietzel:

*Warum lässt die Landesregierung das Klimaschutzprojekt Hessisches Ried auslaufen?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:**

Herr Abg. Schmitt, Sie wissen, dass die letzte Landesregierung ein Abkommen mit den Städten getroffen hat. In Verhandlungen mit diesen Städten haben wir erreicht, dass die Fördersumme in beiderseitigem Einvernehmen reduziert wurde.

Ich denke, im Augenblick sind die Klimaschutzziele in diesen Bereichen erreicht. Ich habe auch schon in anderem Zusammenhang gesagt, dass es nicht in erster Linie auf das Geld ankommt, sondern dass eine Veränderung im Kopf stattfinden muss. Ich glaube, dass gerade in diesen Städten in erheblichem Maße über dieses Thema diskutiert wird und dass das im Zusammenhang mit der kommunalen Agenda 21 aufgenommen worden ist.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schmitt.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Minister, jetzt haben wir aber durch eine Studie des Ifo-Institutes in Heidelberg festgestellt, dass dieses Programm sehr erfolgreich ist. Angesichts der in der vorvergangenen Woche stattgefundenen Klimakonferenz, die durch Ihr Ministerium ausgerichtet wurde, und der dort erfolgten Betonung des Klimaschutzes als einem zentralen Wert in der Politik ist es doch sicherlich auch aus Ihrer Sicht sehr bedauerlich, dass dieses erfolgreiche Projekt nicht fortgeführt werden kann.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:**

Herr Abg. Schmitt, der Klimaschutz ist in unserem Hause dadurch gestärkt worden, dass wir ein eigenes Klimaschutzreferat eingerichtet haben, das sich mit dieser Gesamthematik beschäftigt. Ich habe eben auch gesagt, dass diese Dinge grundsätzlich nicht nur mit Geld erreicht werden können, sondern dass wir in vielen Bereichen eine Anschubfinanzierung sehen, um auf diese Probleme aufmerksam zu machen – damit sich die Menschen damit beschäftigen. Ich glaube, dass dieses Drei-Städte-Projekt in Südhessen sehr erfolgreich war und in Zukunft dazu führen wird, dass Klimaschutzprojekte in den Städten durchgeführt werden.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die nächste Frage kommt wiederum von Herrn Kaufmann, GRÜNE: Wiesbaden-Erbenheim.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung in Gestalt des Ministerpräsidenten:

*Welche eigenen Recherchen hat die Landesregierung aktuell unternommen, um die Einschätzung zu begründen, dass Wiesbaden-Erbenheim für zivile Nutzung nicht zur Verfügung steht?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Abgeordneter, zu dieser Frage hat mein Amtsvorgänger Eichel vor einigen Jahren – ich weiß das Jahr nicht aus dem Kopf, aber da Sie den Brief kennen, auf den Sie Bezug nehmen und den ich dem Regionalen Dialogforum geschrieben habe, werden Sie es möglicherweise wissen – eine ausführliche Recherche gemacht, ob eine Chance besteht, bei künftigen Planungsentscheidungen der US-Armee auch eine Verlagerung des Flugplatzes Wiesbaden-Erbenheim und der dort bestehenden technischen Einrichtungen der US-Armee zu erreichen.

Diese damaligen Erörterungen haben beispielsweise dazu geführt, dass eine Verlagerung des Frankfurter US-Flughafens nach Ramstein und Spangdahlem wieder zu dem Bereich des Möglichen gehörte. Die US-Armee hat er-

klärt, dass aus Gründen, die fortbestehen und die etwas mit dem Krankenversorgungs- und dem Notfallsystem der amerikanischen Streitkräfte zu tun haben, für sie der Flughafen Wiesbaden-Erbenheim zu den im Augenblick nicht disponiblen Bestandteilen gehört.

An dieser Position hat sich, wie wir aus vielen Gesprächen mit der US-Armee wissen – nicht in Washington, sondern in Deutschland –, bis zum heutigen Zeitpunkt nichts geändert. Im Gegenteil, durch die Entscheidung der Streitkräfte, eine Panzerdivision auf den Flughafen Erbenheim zur Nutzung dieses Feldes zu verlagern – sie zieht gerade erst dort ein; sie wird, wenn ich es richtig weiß, von Bad Kreuznach dorthin verlagert –, ist davon auszugehen, dass die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika auch in Zukunft diesen Platz nutzen werden.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Eine Zusatzfrage von Herrn Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Ministerpräsident, habe ich Ihre Antwort richtig verstanden, dass für die Formulierung der Antwort auf die Anfrage des Regionalen Dialogforums – darauf beziehe ich mich in der Tat – jetzt aktuell keine neuerlichen Recherchen angestellt wurden?

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Abgeordneter, die Recherchen sind jetzt ausschließlich bei den Zuständigen der US-Streitkräfte in Europa durchgeführt worden, aber nicht bei der US-Regierung in Washington. Wir haben keinen Anlass – ich denke, es ist auch nicht angemessen –, ohne Veränderung der Sachlage immer die gleiche Frage zu stellen. Ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass der Kollege Eichel die Frage korrekt gestellt hat.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Bender, SPD. Sie betrifft die Personalentwicklungsbörse.

**Bernhard Bender (SPD):**

Ich frage Herrn Minister Dr. Wagner:

*Hat die Personalentwicklungsbörse dazu beitragen können, den bestehenden Mangel im Wachtmeisterdienst zu beheben?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Staatsminister Wagner.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Herr Abgeordneter, wie Sie wissen, gibt es im Wachtmeisterdienst traditionell Engpässe. Die Landesregierung ist darum bemüht, diese Engpässe durch entsprechende Personalmaßnahmen Schritt für Schritt abzubauen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Herr Staatsminister, könnten Sie präzisieren, welche Schritte Sie konkret unternehmen wollen, diese Engpässe im Wachtmeisterdienst abzubauen?

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Die Landesregierung bemüht sich – wie ich bereits gesagt habe –, durch Personalmaßnahmen und den Einsatz von Personalmitteln entsprechende Stellen auch im Wachtmeisterdienst zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die nächste Frage kommt von Frau Kollegin Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie betrifft den Dottenfelder Hof.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ist es richtig, dass die Domäne Dottenfelder Hof, die ökologisch betrieben wird, verkauft werden soll, um das Gelände des Bad Vilbeler Golfklubs zwecks Neubaus einer Bahntrasse zu schonen?*

(Zurufe von der SPD: Was?)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:**

Der Dottenfelder Hof ist keine Landesdomäne. Denn wir haben Streubesitz an die Bewirtschafter verpachtet, und zwar etwa 120 ha. Soweit ich weiß, ist der Pachtvertrag vor zwei oder drei Jahren um noch einmal 18 Jahre verlängert worden. Das heißt, der Pachtvertrag läuft noch 15, 16 Jahre. Da Pacht vor Kauf geht, wird es in dem Bereich keinen Verkauf geben.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hammann.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ist daran gedacht, die Staatsdomäne Dottenfelder Hof selbst wenn sie Streubesitz und keine originäre Staatsdomäne ist, tatsächlich zu verkaufen? Wenn ja, in welche Kategorie fällt sie dann – Kategorie Sonderfunktionen, Vorzeigedomäne, strategische Bodenbevorratung oder Verkauf von Domänen?

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:**

Frau Abgeordnete, sie fällt in die Kategorie Streubesitz. Denn die Gebäude sind nicht in unserem Besitz. Wir haben ausschließlich Ländereien an die Betreiber verpach-

tet. Wie ich gesagt habe, ist die Domäne auf 15, 16 Jahre verpachtet, sodass sich die Frage um einen Verkauf hier nicht stellt.

(Zuruf des Abg. Günther Becker (Gießen) (SPD))

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die nächste Frage kommt schon wieder von Frau Kollegin Sorge, und zwar zu Seminarsharing.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das hat sich erledigt, weil ich die Nachfrage bereits bei der ersten Frage gestellt habe.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die nächste Frage kommt von Frau Kollegin Klär und betrifft das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens.

**Hildegard Klär (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Kriterien für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird die Landesregierung für das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main festlegen?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Abg. Klär, zur Klärung der Frage, wer im Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu beteiligen ist, muss zunächst die Frage beantwortet werden, wer davon betroffen ist. Betroffen sind auf jeden Fall zunächst einmal sämtliche Träger öffentlicher Belange – ich nehme jetzt gar keine Wertung vor –, d. h. alle Behörden, die die unterschiedlichsten Belange zu vertreten haben.

Darüber hinaus geht es darum, die Bürger im Planfeststellungsverfahren zu beteiligen. Im Zusammenhang mit dem Raumordnungsverfahren haben wir Kriterien festgelegt. Ich kann Ihnen aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht den räumlichen Einzugsbereich – ich glaube, das ist der Hintergrund Ihrer Frage – für das Planfeststellungsverfahren benennen. Das werden wir zu gegebener Zeit machen. Ich kann Ihnen nur von der Tendenz her sagen: Wir werden die Bürger, soweit es geht, beteiligen. Das hängt natürlich auch von den Lärmbeeinträchtigungen, von den Werten, die wir zugrunde legen, ab. Das heißt, ich gehe davon aus, dass eine weit gehende Beteiligung sowohl der Träger öffentlicher Belange als auch der Bürger im Rhein-Main-Gebiet gewährleistet ist. Eine exakte räumliche Abgrenzung kann ich Ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber noch nicht nennen, zumal wir mit den Vorbereitungen des Planfeststellungsverfahrens noch nicht befasst sind, sondern uns zunächst mit dem Raumordnungsverfahren befassen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zusatzfrage von Frau Kollegin Klär.

**Hildegard Klär (SPD):**

Herr Minister, in welcher Form gedenken Sie diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht unmittelbar in dem Bereich befinden, an dem Planfeststellungsverfahren zu beteiligen? Wie weit können sie an den Erörterungsterminen teilnehmen? Inwieweit können sie, sollte es dazu kommen, klagen?

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Die Klageberechtigung hängt immer davon ab, inwieweit von dem jeweiligen Kläger die Beeinträchtigung eigener Rechte geltend gemacht wird. Das kann ich nur so abstrakt beantworten. Weiter gehende Aussagen kann ich im Moment nicht machen.

Ansonsten schreiben die Verfahrensgesetze des Bundes und des Landes vor, wie auszulegen ist. Sie können davon auszugehen, dass wir im Grundsatz in gleicher Weise wie bei dem Raumordnungsverfahren vorgehen, das wir in den betroffenen Kommunen und Landkreisen anstrengen werden. Die Landkreise eröffnen dann den Bürgern, die räumlich nicht unmittelbar betroffen sind, die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Verfahrensakten.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Quanz und betrifft Bebra, das Staatliche Schulamt.

**Lothar Quanz (SPD):**

*Welche politischen Gründe waren für die Wahl des neuen Standortes Bebra für das Staatliche Schulamt der Landkreise Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg entscheidend?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Ministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Quanz, ich darf die Frage modifizieren. Es waren keine politischen Gründe entscheidend, sondern es waren Gründe der Funktionalität, des Preises und der Lage für das neue Schulamt entscheidend. Es sollte nach Möglichkeit zwischen den beiden bisherigen Standorten liegen. Daher hat man sich in der Gesamtabwägung der Gründe für Bebra als für das preisgünstigste und insgesamt günstigste Angebot entschieden.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Zweite Frage von Herrn Kollegen Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Sie teilen sicherlich die Einschätzung, dass das Schulamt eine Serviceeinrichtung des Landes darstellt und deshalb

besonders nah an Schulen sein sollte, nah an Eltern sein sollte. Weshalb wurde dann Bebra ausgewählt, in dessen Umfeld sehr wenige Schulen liegen?

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Quanz, wenn ein Schulamt zwei Kreise erfasst, ist die Maßgabe, dass das Schulamt nach Möglichkeit in der Mitte liegen soll, d. h. knapp an der Grenze der beiden Kreise. Dafür kamen zwei Standorte in Frage, nämlich Sontra und Bebra. Aufgrund der genannten Abwägung sind wir zu dem Ergebnis Bebra gekommen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Die letzte Frage dieser Regierungsbefragung kommt von Frau Kollegin Scholz, und zwar betreffend Sanierung von Städten und Gemeinden.

**Angelika Scholz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie sieht die finanzielle Förderung der Landesregierung zur Sanierung von Städten und Gemeinden aus?*

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Abg. Scholz, wir sanieren über die unterschiedlichsten Programme. Wir sanieren, wenn Sie so wollen, bereits über die Mittel des Dorferneuerungsprogramms. Wir sanieren über das gemeinsame Programm des Bundes und der Länder zur Altstadtsanierung, und wir sanieren über den Bereich der einfachen Stadterneuerung. Ich bitte um Nachsicht, dass ich nicht die Gesamtbeträge, weder addiert noch einzeln, hier nennen kann. Ich bin gerne bereit, dies schriftlich nachzureichen.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Meine Damen und Herren, das war die Regierungsbefragung.

Ich leite zu **Tagesordnungspunkt 2** über:

**Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend „Hessen – hier ist die Zukunft für die Jugend“**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Vergangenheit haben wir mehrmals im Jahr über die Ausbildungssituation junger Menschen diskutiert. In diesem Jahr war dies so nicht der Fall – offensichtlich, weil sich die Situation insgesamt verbessert hat. Gleichwohl bin ich der Meinung, dass wir im Hessischen Landtag über die Ausbildungssituation junger Menschen diskutieren sollten. Insbesondere sollten wir uns bei denen bedanken, die mit dazu beigetragen haben, dass wir

heute ein insgesamt positives Bild der Ausbildungssituation zeichnen können. Das ist der Sinn dieser Regierungserklärung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ausbildungsstatistik der letzten drei Jahre beweist es: In Hessen haben ausbildungswillige Jugendliche eine Zukunft.

Die Daten der letzten drei Jahre stellen sich wie folgt dar: Im Jahr 1999 kamen auf 2.010 freie Stellen 2.130 Bewerber. Im Jahr 2000 hat sich die Situation erstmals verändert. 1.949 Stellen standen 1.495 Bewerber gegenüber. Im Jahr 2001 haben wir erneut eine Verbesserung zu verzeichnen, und zwar standen 1.956 freien Stellen 1.033 Bewerber gegenüber. Damit haben wir zum zweiten Mal unter unserer Regierungsverantwortung mehr Ausbildungsstellen als Bewerber.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wie ich bereits gesagt habe, sind zum Ende des Berufsberatungsjahres noch 1.033 Jugendliche unvermittelt. Ihnen stehen zu diesem Zeitpunkt fast doppelt so viele freie Ausbildungsstellen gegenüber. Damit gibt es zum Ende des Berufsberatungsjahres deutlich mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unvermittelte Jugendliche für Ausbildungsberufe des dualen Systems. Dies hat mehrere Ursachen, auf die ich eingehen will.

Erstens. Es ist das Verdienst insbesondere der mittelständischen Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen bewusst sind. Der Anteil der mittelständischen Unternehmen an der Ausbildung beträgt rund 80 %. Damit wird einmal mehr deutlich, dass die mittelständischen Unternehmen, die von der Bundesregierung nicht so behandelt werden, wie es sich eigentlich gehört – davon war eben schon die Rede –, die Träger der Ausbildung in Hessen sind. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist auch das Verdienst des Handwerks, insbesondere der im Dienstleistungssektor tätigen Unternehmen und der Freiberufler, die wissen, dass Ausbildung eine Investition in Humanressourcen und damit eine Investition in die Zukunft ist.

Zweitens. Es sind die Unternehmen, die überzeugt sind, dass die Politik der Landesregierung ihre Arbeit erleichtert, und die deshalb trotz aller aktuellen Schwierigkeiten optimistisch in die Zukunft schauen. Wir werden noch an anderer Stelle darüber zu diskutieren haben.

Die gleichen Gründe, die dazu geführt haben, dass wir beim Wirtschaftswachstum und beim Arbeitsplatzzuwachs die Nummer eins in Deutschland sind, führen zu einer gesteigerten Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Positive Rahmenbedingungen für die Unternehmen führen eben dazu, dass sie bereit sind, mehr Jugendliche auszubilden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Arbeits- und dem Ausbildungsmarkt. Deswegen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an diese Unternehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer, wie die Landesregierung, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen erleichtert und verbessert, erreicht eine höhere Ausbildungsbereitschaft. Ich bedanke mich aber nicht nur bei den Unternehmen, beim Handwerk, beim Dienstleistungssektor und bei den Freiberuflern.



Vielmehr bedanke ich mich auch sehr bewusst bei all den Akteuren, die in der Vergangenheit nicht in ihrem Bemühen nachgelassen haben, dass Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Deswegen bedanke ich mich ganz ausdrücklich bei der Arbeitsverwaltung, bei den Kammern, bei den Gewerkschaften, bei den Arbeitgebern und bei den Kommunalen Spitzenverbänden, die in schwierigen Zeiten nicht aufgehört haben, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will aber auch die Probleme nicht ausklammern. Eine Blitzumfrage, die wir durchgeführt haben, liefert folgende Daten: Die Industrie- und Handelskammern konnten ihr Ergebnis noch um fast 650 Plätze steigern. Im Handwerk dagegen zeichnet sich leider ein leicht gegenläufiger Trend ab. Ihr Ergebnis muss um ca. 800 Plätze nach unten korrigiert werden. Das heißt nicht, dass ich dem Handwerk hieraus einen Vorwurf mache, denn ich kenne die Bemühungen, die gerade dort unternommen worden sind, was die Ausbildung anbetrifft. Das Handwerk war über ein Jahrzehnt lang Vorreiter in Sachen Ausbildungsbereitschaft.

Wenn wir dort jetzt eine Veränderung zu verzeichnen haben, dann liegt das daran, dass das Handwerk in doppelter Weise betroffen ist: zum einen durch die steuerliche Ungleichbehandlung und die Politik der Bundesregierung und zum anderen dadurch, dass ein Teil der Berufe, die ursprünglich zum Handwerk gehörten, nun in den Dienstleistungssektor hineingeleitet und damit in den Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern fällt. Das heißt, diese Zahlen sind keine echten Zahlen. Ein Teil der Unternehmen, die in der Statistik früher dem Handwerk zugerechnet worden sind, fällt jetzt in die Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern. Es handelt sich um einen Austausch zwischen beiden Bereichen.

Drittens. Grund für die Zuwachsraten ist ferner die positive Bereitschaft unserer jungen Menschen, auch Erschwernisse in Kauf zu nehmen – z. B. sich fernab des Heimatortes ausbilden zu lassen –, um einen qualifizierten Beruf zu ergreifen. Wir haben häufig darüber diskutiert, ob junge Menschen bereit sind, lange Wege auf sich zu nehmen. Ich werde noch darauf zurückkommen. Die Regionalkonferenzen, die wir durchgeführt haben, haben belegt, dass junge Menschen durchaus bereit sind – mittlerweile notgedrungen, das gebe ich zu –, z. B. von Eschwege ins Rhein-Main-Gebiet zu ziehen, um hier eine qualifizierte Ausbildung beginnen zu können. Ich stelle fest, dass die jungen Menschen eher als in der Vergangenheit bereit sind, die notwendige Flexibilität an den Tag zu legen. Deswegen bedanke ich mich auch bei den jungen Menschen, die eine solche Mobilität unter Beweis stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die Bildungs- und Ausbildungspolitik dieser Landesregierung führt bei jungen Menschen zu der Erkenntnis, dass nur derjenige, der gut und – ich füge hinzu – mehrfach qualifiziert ist, auf Dauer eine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat.

Viertens – diesen Bereich nenne ich ganz bewusst am Schluss – sind es die finanziellen Hilfen, die die öffentliche Hand zur Verfügung stellt und auch weiterhin zur Verfügung stellen wird, wobei wir die veränderten Rahmenbedingungen – Stichwort: Regionalisierungen und Ausgleich von Benachteiligungen – stärker berücksichtigen müssen.

Meine Damen und Herren, wenn ich schon bei der Frage der Finanzierung der Ausbildungsverträge durch die öffentliche Hand bin, muss ich auch kritisch hinterfragen, wie die Situation aussieht. Deswegen ein Wort zum Verhältnis zwischen den Ausbildungsverträgen, die von den Unternehmen finanziert werden, und denjenigen, die öffentlich finanziert bzw. mitfinanziert werden. In Hessen wurden im Jahr 2000 über 42.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. 487 Jugendliche befanden sich in einer außerbetrieblichen Berufsausbildung im Rahmen der Sofortprogramme der Arbeitsverwaltung, und 2.546 wurden betrieblich mit finanzieller Unterstützung des Landes ausgebildet.

Meine Damen und Herren, wir sollten auch wissen, dass dies einer Subventionsquote von ca. 7,2 % entspricht. Aber 1999 betrug die Subventionsquote noch 10,5 %. Die Reduzierung von 10,5 % auf 7,2 % macht deutlich, dass die Unternehmen ihrer Ausbildungsverpflichtung wieder in stärkerem Maße nachgekommen sind. 1999 befanden sich noch 1.554 Jugendliche in einer außerbetrieblichen Berufsausbildung im Rahmen der Arbeitsverwaltung, und fast 3.000 Jugendliche wurden vorwiegend betrieblich mit finanzieller Unterstützung des Landes ausgebildet. Der Rückgang der Subventionsquote ist auch darauf zurückzuführen, dass hier die richtige Politik zugunsten der Unternehmen gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Künftig wird es bei der Frage der Subventionsquote, d. h. dem Anteil der Landesmittel, die wir zur Verfügung stellen, darum gehen, nach Möglichkeit zu reduzieren, bzw. diese Mittel noch gezielter in strukturschwachen Regionen und für schwächere Jugendliche einzusetzen. Wir wissen nicht, wie sich die wirtschaftliche Situation entwickelt. Sollte sie sich positiv entwickeln, wird die Investitionsquote weiter rückläufig sein können. Auf jeden Fall wird es einen Bedarf geben, regional zu unterstützen und insbesondere lernschwächere und schwächere Schüler zu unterstützen, um einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Dazu gehören selbstverständlich nicht nur die Lernschwächeren, sondern auch die Benachteiligten. Hier besteht nach wie vor die Verpflichtung der öffentlichen Hand, Hilfestellung zu leisten. Ich gehe davon aus, dass sich das in absehbarer Zeit nicht ändern wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wie stellt sich die Situation innerhalb der hessischen Regionen dar? Während im Rhein-Main-Gebiet den 439 unvermittelten Jugendlichen über dreimal mehr, also über 1.300 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüberstehen, ist die Situation in Nordhessen nicht so positiv. Dort stehen 424 unvermittelten Jugendlichen nur knapp 200 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Ich glaube nicht, dass dies ausschließlich durch öffentliche Förderprogramme zu beseitigen ist. Es geht darum, die Politik der Landesregierung fortzusetzen, die den strukturschwachen Räumen die Hilfestellung gibt, damit dort Unternehmen angesiedelt werden können. Denn wer Unternehmen ansiedelt, der schafft auch die Voraussetzungen für Ausbildung. Das ist der richtige Weg. An dieser Stelle für Nordhessen nach neuen Programmen zu rufen, wäre nach meiner Einschätzung der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir müssen die Voraussetzungen schaffen. Ich könnte jetzt eine ganze Rede darüber halten, was wir in Nordhessen getan haben. Das will ich nicht tun.

(Michael Denzin (FDP): Mach mal!)

Das ist der richtige Weg. Nur so können wir die Probleme, die wir dort ohne Zweifel noch haben, lösen.

Positiv ist die Lage in Mittelhessen. Zum ersten Mal ist dort die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen fast zweimal so hoch wie die Zahl der unvermittelten Jugendlichen – ein Beweis dafür, dass die Aufholjagd in Mittelhessen gegenüber dem Rhein-Main-Gebiet erfolgreich war und hier in erheblichem Umfang Boden gutgemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Ihnen ist bekannt, wir haben es Ihnen mitgeteilt, dass wir infolge dieser regionalen Unterschiede drei Konferenzen in Nord- und Mittelhessen bzw. in Südhessen abgehalten haben. Ständen in Nord- und Mittelhessen die regionalen Probleme im Vordergrund der Diskussionen, so haben wir uns in Südhessen, unter Leitung der Sozialministerin, primär – darauf werde ich noch zu sprechen kommen – mit dem Thema Integration ausländischer Jugendlicher befasst. Bei allen Konferenzen, in Nord-, Süd- und Mittelhessen, waren sich alle Akteure einig, Arbeitgeber genauso wie Kammern und Gewerkschaften, dass das Angebot des Landes an Ausbildungsförderungsprogrammen hinreichend groß und ausreichend ist. Es ist in keiner Weise eine Forderung erhoben worden, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Einzelnen wird bei der Durchführung der Richtlinien mehr Flexibilität gewünscht.

Die zentralen Fragen gehen in Richtung einer engen Koordination und Optimierung der Zusammenarbeit der Arbeitsverwaltung und der Landesbehörden. Ich glaube, dass diese Regionalkonferenzen auch dazu beigetragen haben, hier Probleme aufzuzeigen, die wir lösen müssen. Diskutiert wurde die Notwendigkeit einer besseren Vorbereitung der Jugendlichen auf die Berufsarbeitwelt durch die allgemein bildenden Schulen und die für die berufliche Bildung verantwortlichen Akteure.

Dass das Land Hessen auf diesem Gebiet seine Hausaufgaben gemacht hat, beweisen die Einstellungszahlen in diesem Bereich. Seit Regierungsübernahme wurden 754 Berufsschullehrer und 129 Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer neu eingestellt. Das sind überzeugende Einstellungsergebnisse.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Betriebspraktika sollen früher und gut vorbereitet angeboten werden. Die Eltern, speziell ausländischer Jugendlicher, sollten durch muttersprachliche Informationen verstärkt in die Berufswahl einbezogen werden. In Nord- und Mittelhessen war eine Frage von besonderer Bedeutung, nämlich die Frage der Mobilität der jugendlichen Bewerber. Deshalb ist zu Recht auf den erforderlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs hingewiesen worden. Diese Frage hat insbesondere in Nordhessen eine Rolle gespielt. Mit ihm soll den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, auch tatsächlich räumlich so flexibel zu sein, wie es notwendig ist. Ein Argument mehr – hierüber haben wir an anderer Stelle diskutiert –, sich intensiv für die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordhessen rund um Kassel einzusetzen. Ich kann nicht Mobilität von Jugendlichen verlangen, wenn die Voraussetzungen für diese Mobilitätsnutzung nicht gegeben sind.

Die Ergebnisse dieser Konferenzen werden in der nächsten Runde unter Leitung des Ministerpräsidenten bewert-

tet werden. Sie wissen, dass wir von der zentralen, unter Leitung des Ministerpräsidenten durchgeführten Konferenz auf die regionalen übergegangen sind. Ich nehme diese Hinweise, die bei den Regionalkonferenzen gegeben wurden, sehr ernst und werde meinen Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Bedingungen leisten.

Lassen Sie mich auch ein Wort zur Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung sagen. Dort gibt es den runden Tisch des Bündnisses für Arbeit zum Ausbildungskonsens beim Landesarbeitsamt. Dieser runde Tisch des Bündnisses für Arbeit zum Ausbildungskonsens teilt meine Einschätzung: Es gibt eine Entspannung in weiten Bereichen des Ausbildungsmarktes. Ein besonderes Augenmerk muss den Schwächeren gelten und die regionalen Probleme berücksichtigen.

Ziele für die Zukunft müssen sein: Weiterentwicklung und Stärkung des Schulsystems, insbesondere der beruflichen Schulen; eine zielorientierte Weiterentwicklung der Berufsvorbereitungsmaßnahmen und die Einwirkung auf die Sozialpartner, sich neuen Berufen für Schwächere zu öffnen und nicht länger auf Modellversuchsebene zu verharren. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Diskussion, die wir hier im Hessischen Landtag geführt haben und die zu einem einstimmigen Landtagsbeschluss im Januar dieses Jahres geführt hat, der die Sozialpartner auffordert, „einfache Berufe bzw. Ausbildungsberufe zu ermöglichen“.

Ich habe darauf hingewiesen, dass die Ausbildungsplatzförderprogramme des Landes im Wesentlichen fortgesetzt werden. Die Zahlen, ca. 2.400 Ausbildungsplätze durch das Land, habe ich im Einzelnen erläutert. Erlauben Sie mir, auf ein umstrukturiertes Programm in besonderer Weise hinzuweisen. Es geht um das Programm „Ausbildung in der Migration“. Wir wollen eine Antwort auf die spezifischen Benachteiligungen zugewandelter junger Menschen geben. Der Prozess der Zuwanderung ist unumkehrbar. Die Bürgerfreiheiten in der Europäischen Union, wachsende Mobilität und die weltweite Vernetzung sowie zunehmender globaler Wettbewerb werden Zu- und Abwanderungen verstärken. Den Zuwandern, die bei uns sind, müssen wir verstärkt helfen.

Mit dem Programm „Ausbildung in der Migration“ geht es nicht darum, dass Jugendliche einer bestimmten Nationalität in einem Betrieb des gleichen Landes eine Ausbildung absolvieren nach dem Motto: Türkischer Sohn geht zu türkischem Vater im türkischen Lebensmittelladen zur Ausbildung. – Es geht um weitaus mehr: Ausländische Firmen sollen an die Vorteile des dualen Ausbildungssystems herangeführt werden und so einen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses liefern. Wir wollen, dass diese ausländischen Unternehmen sich mit diesem System identifizieren und auf diese Art und Weise selbst verstärkt ausbilden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo!)

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt hat ein Modellprojekt durchgeführt. Innerhalb eines Jahres konnten 300 zusätzliche Ausbildungsplätze bei ausländischen Unternehmen akquiriert werden. Dieses Projekt wird jetzt hessenweit ausgedehnt. In diesem Herbst haben die Industrie- und Handelskammern in Frankfurt, Offenbach, Gießen, Friedberg und auch die Handwerkskammer in Kassel mit dem Vorhaben begonnen. Mit diesem Programm „Ausbildung in der Migration“ wollen wir auch

das gesellschaftliche Miteinander zwischen Einheimischen und Ausländern ermöglichen bzw. verbessern.

Wir haben die Broschüre „Unternehmensstart für Ausländer“ aufgelegt. Sie trägt schließlich auch dazu bei, Ausländern die Möglichkeit der Betriebsgründung zu erleichtern, um sie letztendlich damit auch zur Ausbildung zu veranlassen.

Mit diesem Beispiel habe ich die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Programme und insbesondere des Programms „Ausbildung in der Migration“ hervorgehoben. Ich will jedoch auch sagen, dass die Förderprogramme von zentraler wirtschaftspolitischer Bedeutung sind. In unserem Land mit einem hohen Anteil von Ausländern und Aussiedlern sehe ich eine prosperierende Zukunft für alle nur durch die Einbindung in die vorhandenen Strukturen unseres dualen Ausbildungssystems. Da gehören die Einheimischen und die Ausländer gleichermaßen dazu.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich glaube, die Zahlen beweisen eindrucksvoll: „Hessen – hier ist die Zukunft für die Jugend.“ – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung. Die erste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Riege. Er spricht für die SPD-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nur, wenn er eine so gute Stimme wie der Minister hat!)

Vor allen Dingen sollte er auch die Redezeit so gut einhalten. Ein Lob an die Landesregierung. Herr Staatsminister, Sie endeten punktgenau.

#### **Bernd Riege (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ankündigung, es werde eine Regierungserklärung des Wirtschaftsministers mit dem Titel „Hessen – hier ist die Zukunft für die Jugend“ geben, hat bei meiner Fraktion zunächst Ratselraten ausgelöst. Das will ich Ihnen gar nicht vorenthalten. Wollen Sie mit dem Slogan „Hessen – hier ist die Zukunft“, der mit dem guten Namen der Regierung von Ministerpräsident Eichel und Wirtschaftsminister Klemm verbunden ist, eventuell die Politik der von CDU und FDP geführten Regierung verkaufen?

(Lachen der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Heinrich Heidel (FDP) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Traum weiter!)

Sie haben es zumindest versucht. – Wollen Sie hier in der fünften Auflage eine Debatte über Ihre „wirtschaftspolitischen Großtaten“ abhalten? Ich hatte eigentlich Herrn Reif hier erwartet. Oder wollen Sie tatsächlich Ideen und Konzepte für die Zukunft dieses Landes vortragen, bei denen insbesondere die Jugendlichen angesprochen werden? Dann hätte uns schon gewundert, dass Sie den Rest der an der Zukunft Beteiligten nicht dabei haben wollen.

Nachdem wir Ihren Vortrag gehört haben, ist es nun heraus. Sie haben den Blick auf den Ausbildungsstellenmarkt bevorzugt. Wir hatten mehr erwartet. Da bin ich ganz ehrlich. Das will ich von diesem Pult aus auch einmal gesagt haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn hinter diesem großen Etikett verbarg sich doch relativ viel statistisches Material. Herr Präsident, mit Verlaub, ich muss Ihnen hinsichtlich einer Feststellung widersprechen, die Sie gestern Abend getroffen haben. Meine Aufgabe als Abgeordneter der Opposition sehe ich nicht darin bestehend, die Regierung zu bekämpfen. Vielmehr kann ich den Zahlen, die Sie vorgelegt haben, nur zustimmen. Ich freue mich genauso wie alle anderen, dass sich der Ausbildungsstellenmarkt entspannt hat.

(Beifall)

Herr Minister, es ist allerdings schon merkwürdig, dass Sie mit keinem Wort auf die wichtigste Ursache dieser Entspannung zu sprechen gekommen sind. Es ist nämlich die Zahl der jugendlichen Schulabgänger um genauso viel gesunken, wie sich die Situation am Markt entspannt hat. Dass die Zahl der Schulabgänger so stark abgenommen hat, ist der eigentliche Grund. Damit erklärt sich eigentlich schon alles. Das ist also nicht auf die Tüchtigkeit der Landesregierung zurückzuführen. Das haben Sie auch nicht behauptet. Von daher wird Herr Reif keine Gelegenheit haben, sich dafür feiern zu lassen. Das aber hatte ich eigentlich heute von Ihnen erwartet.

(Clemens Reif (CDU): Das kommt noch!)

Herr Posch, ich will später noch auf ein paar Dinge zu sprechen kommen, die Sie ausgeführt haben. Aber ich will die Gelegenheit, dass wir eine Debatte unter dem Titel „Hessen – hier ist die Zukunft“ führen, auch nutzen,

(Clemens Reif (CDU): Hessen vorn!)

darzulegen, welche Anforderungen wir an eine solche Debatte stellen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zwei Wochen vor Weihnachten sage ich ganz bewusst, dass wir uns gewünscht hätten, dass die Regierung einmal darstellt, mit welchen wirtschaftlichen Veränderungen in Hessen in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Wir nehmen uns für diese Debatte immerhin mehr als eineinhalb Stunden Zeit. Wir hätten gerne gewusst, wie insbesondere die nachwachsende Generation damit umgehen wird und wie die Landesregierung Einfluss nehmen will, um den Anpassungsprozess günstig zu gestalten. Wir haben nichts zu diesen drei Themen gehört. Vielmehr hat Herr Posch das, was wir normalerweise aus dem Wirtschaftsministerium als Ausbildungsbericht bekommen, etwas früher hier vorgetragen.

Ein Lob hätten Sie noch an Ihre eigenen Mitarbeiter loswerden können. Ich hätte das gemacht. Denn die haben dafür gesorgt, dass die Landesprogramme so gut wie immer umgesetzt worden sind. Aber dazu möchte ich später noch mehr sagen.

Für die Beantwortung der Fragen, wie man auf solch eine zu erwartende Prognose und die Veränderungen reagieren sollte, wie die junge Generation reagieren wird und was die Landesregierung machen wird, hätte man allerdings Ideen gebraucht. Offenbar haben Sie die nicht. Es genügt nicht, dass man ab und zu einmal nach den Ländern des Südens oder nach Wisconsin schaut. Vielmehr hätten Sie nur einmal in unser Konzept „Hessen – hier ist



die Zukunft“ schauen müssen – das gab es doch –, um zu erfahren, welche Überlegungen man da anstellen muss.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig: Hessen steht wirtschaftlich gesehen besser da als Brandenburg. – Aber in den Meldungen der Zeitungen können wir allenthalben lesen: „Die Konjunkturkrise erwischt jetzt die Kleinen“, so titelte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 7. Dezember 2001. „Klagen über die Auftragslage“, so konnte man in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 8. Dezember 2001 lesen. Dann gab es die Tatarenmeldung über den Abbau von Tausenden von Stellen bei den Banken in Frankfurt. Heute wiederum war zu lesen, dass mehr als 1.000 Stellen bei der Bundesbank in Frankfurt abgebaut würden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ernst Welteke macht das!)

All das beeinträchtigt unsere Zukunftsaussichten nachhaltig. – Herr Hahn, ich möchte mich im Moment gar nicht damit auseinandersetzen, wer das macht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das glaube ich Ihnen bei diesem Beispiel!)

Denn ich habe genauso wenig wie Sie Einfluss darauf, dass die Commerzbank oder die Deutsche Bank Stellen abbaut.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber ihr macht das immer nur dann, wenn es nicht eure sind!)

Aber natürlich wollen wir, dass auch bei der Bundesbank wirtschaftlich gearbeitet wird. Das werfe ich Herrn Welteke gar nicht vor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Posch, mit dem Hinweis darauf, dass es anderswo schlechter als in Hessen sei, trösten Sie nicht die 200.000 Arbeitslosen, die wir nach wie vor haben. Zwar ist die Tendenz seit 1997 rückläufig. Aber hier gibt es einen wichtigen Zusammenhang zu Ihrer Erkenntnis, dass sich auch der Ausbildungsstellenmarkt wieder etwas günstiger entwickelt. Natürlich hängt der Arbeitsmarkt unmittelbar mit dem Ausbildungsmarkt zusammen. Wenn Personal abgebaut wird, wird auch kein Personal ausgebildet.

Aber ich möchte noch einmal zu dem Vorhergehenden zurückkommen. Es tröstet niemanden, wenn Sie sagen: Hessen ist Spitze und ragt heraus. – Der Herr Präsident hat gestern Abend auch gesagt: Die Arbeitnehmer der Pleite gehenden Unternehmen in Hessen tröstet das genauso wenig wie die jetzt noch immer 200.000 Arbeitslosen in Hessen. – Sie haben im Namen aller ihrer hochkarätigen Kolleginnen und Kollegen diese Erklärung hier abgegeben. Das wollte ich noch einmal festhalten.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Wir erwarten von einer Hessischen Landesregierung, dass sie aufzeigt, wie sie unseren unbestritten vorhandenen Vorsprung auch in Zukunft aufrechterhalten will.

(Stefan Grüttner (CDU): Wir bauen ihn aus!)

Das ist die Frage, um die wir uns alle Mann Gedanken machen sollten. Sie sollten da nicht über die Rahmenbedingungen lamentieren. Ich zitiere da gerne Ihre Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene. Die Rahmenbedingungen spielen keine Rolle. Sie haben den Auftrag, mit den vorhandenen Bedingungen umzugehen. Dafür sind Sie gewählt. Jetzt handeln Sie einmal.

(Beifall der Abg. Armin Clauss und Barbara Bergelt (SPD))

Mir ist völlig klar, dass Sie mit der Ausflucht auf die Politik in Berlin hier versuchen, zu schildern, warum die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen nicht so gut ist, wie Sie das gerne hätten.

(Heinrich Heidel (FDP): Was die in Berlin produzieren, ist das Problem!)

Sie müssen mit den Bedingungen arbeiten, die Sie hier vorfinden.

Ich habe von dieser Stelle aus schon einmal gesagt, dass Sie, als die Bedingungen noch besser waren, den Eindruck zu erwecken versucht haben, das hohe Wachstum in Hessen sei Ihr Verdienst. Wenn die Bedingungen jetzt schlechter werden, muss man festhalten, dass das schlechtere Wachstum auch in Ihre Verantwortung fällt. Meine Damen und Herren, das werden wir Ihnen immer wieder in Erinnerung rufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Ihnen an Beispielen deutlich machen, welche wirtschaftlichen Folgen Ihre Untätigkeit für unser Land haben wird. Ich meine damit die Untätigkeit der Landesregierung und nicht nur die des Wirtschaftsministers allein.

Erstens. In den Haushalten der letzten Jahre dieser Regierung gab es schon den Titel „Zukunftsoffensive“. Hierzu gab es den Begriff: „Vermögen gegen Vermögen“. Damit sollten Investitionen getätigt werden, die unsere Zukunft sicherer machen sollten. Haben Sie einmal nachgerechnet, welche „Impulse“ Sie gesetzt haben und welche „Lawinen“ wirtschaftlicher Aktivitäten damit ausgelöst wurde? Wenn alles gut geht, werden mit Ablauf dieses Haushaltsjahres ganze 2 Millionen DM an Filmförderung an den Mann bzw. an die Frau gebracht sein. 15 Millionen DM waren vorgesehen. Heute habe ich sogar gelesen, es seien 25 Millionen DM gewesen. Herr Posch, wenn solche Mittel im Haushalt stehen, geschieht dadurch im Lande noch gar nichts. Erst wenn das Geld marktwirksam wird und die Schaffung von Arbeitsplätzen auslöst oder sichert, haben Sie erreicht, was Sie mit diesem Programm erreichen wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Punkt. Unter dem Titel „Zukunftsoffensive“ stopfen Sie mit dem Programm „Schule@Zukunft“ die Schulen ohne Maß und Ziel mit Computern voll.

(Heinrich Heidel (FDP): Oh!)

Weder Netzwerkaufbau, Netzwerkpflge noch die Wartung der PCs sind irgendwie geklärt. In spätestens fünf Jahren wird das alles veraltet und unbrauchbar sein. In diesem Land gibt es kluge Schulträger, die derweil die Computer leasen. Denn sie denken etwas weiter in die Zukunft als diese Landesregierung.

Drittes Beispiel. Ihr Konzept „IT-Akademie“, Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, hat eine Finanzierung, für die man sich schämen muss, wenn sie bekannt wird. Wir verwenden dafür EU-Geld aus dem Sozialfonds. Entwicklungsland Hessen. Wie passt das zu den Reden der stolzen Hessen, die sich hier an die Brust klopfen und sagen: „Wir sind die für die Zukunft des Landes kompetenten Volksvertreter“? Ich würde gern von der Regierung wissen, ob sie sich traut, öffentlich zu sagen, dass sie



Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds verwendet, um in Hessen Lehrer weiterzubilden.

Weiteres Beispiel. In den nächsten Jahren rollt eine Verkehrslawine auf uns zu – mit erheblichen Steigerungsraten beim Personen- und Güterverkehr. 60 % mehr Güter auf der Straße und Millionen zusätzlicher PKW – für das Transitland Hessen eine besondere Herausforderung. „Hessen. Hier ist die Zukunft.“

Während frühere Regierungen in Hessen darauf mit Stichworten wie Cargo City, Flughafenbahnhof, Telematik, Güterverkehrszentren, City-Logistik-Konzepten, Verkehrsverbänden und Ähnlichem reagiert und bundesweite Markenzeichen für die Bewältigung von Verkehrsproblemen in Hessen gesetzt haben, ist von dieser Regierung in dieser Frage nichts zu hören. „Hessen. Hier ist die Zukunft.“

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hindert Sie, über die Aufstockung von Mitteln für den Landesstraßenbau hinaus Lösungen für unsere Infrastrukturprobleme vorzuschlagen? Hessen: Hier wäre die Zukunft.

Weiteres Beispiel. Die Wirtschaftsmotoren Mittelstand und Handwerk, die wir in Hessen immer mit Dorferneuerungsprogrammen gefüttert haben, stottern, weil die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen die dafür zuständige Landesverwaltung dermaßen derangiert haben, dass keine Bewilligungsbescheide mehr herauskommen und dadurch kein einziger Arbeitsplatz mehr gesichert oder gestärkt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hindert Sie daran, die bürokratischen Hemmnisse des Leader-Plus-Programms, die wir alle beklagen, durch kraftvollen Einsatz von Landesmitteln zu überwinden, wenn doch sogar Polizeiautos aus der Zukunftsoffensive bezahlt werden können?

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel, wo Sie sich mit der Zukunftsfähigkeit unseres Landes beschäftigen könnten: Tausende von Schulgebäuden in Hessen befinden sich in beklagenswertem Zustand. Bei international vergleichenden Studien, z. B. PISA, fragt niemand danach, warum das so ist. Wer hindert die Landesregierung daran, ein Personal- und Gebäudemanagement zu initiieren, das gleichzeitig Investitionen zur wirtschaftlichen Belebung des Landes vornehmen und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler schaffen könnte? „Hessen. Hier ist die Zukunft für die Jugend.“ Dieses Etikett hätte hierzu gepasst. Zu diesen Fragen sollten Sie einmal etwas ausführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich mit den Ausführungen von Herrn Posch an zwei, drei Punkten konkret beschäftigen, bevor ich zum Schluss komme. Herr Minister, Sie haben völlig richtig wiedergegeben, dass sich Ihre Administration redlich Mühe gibt, allen Jugendlichen, die keinen Platz gefunden haben, Hilfestellungen zu geben. Die Zahl der geförderten Jugendlichen ist in den fünf Jahren seit Erfindung dieser Programme nahezu konstant geblieben.

Wir fragen: Wie wollen Sie die über 2000 unbesetzten Stellen im Ballungsraum Rhein-Main mit Jugendlichen besetzen – für die Infrastruktur unseres Landes ist es wichtig, dass hier Ausbildung stattfindet –, ohne dass Sie den nordhessischen Jugendlichen 5 DM in die Hand drücken und sagen: „Fahrt einmal da runter, da ist ein Platz für euch“? Wir müssen das Problem vor Ort lösen. Ich hätte gerne einmal gewusst, welche Ansätze Sie haben. Mittel wären da, denn wir haben ja noch das Jump-Programm, über das Sie kein Wort verloren haben und zu dem ich einige Fragen hätte. Was wollen Sie denn da tun?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gewinnen wir Jugendliche – ich denke, Herr Boddenberg wird jetzt wieder zuhören – für die Berufe Metzger, Maurer und Schlosser, für die wir im Moment nicht genügend Interessenten finden? Das ist eine Aufgabe der Landesregierung. Das darf man nicht dauerhaft nur konstataren. Wenn Sie hier über den Ausbildungsstellenmarkt ein großes Referat halten, erwarte ich, dass Sie zu dieser entscheidenden Frage etwas mehr sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich teile Ihre Auffassung: Wir dürfen die Jugendlichen weder aus Thüringen noch aus Nordhessen in den Ballungsraum Rhein-Main locken, um dort einen Ausbildungsplatz zu besetzen, denn sonst bleiben sie dauerhaft in diesem Ballungsraum, und auf diesem Wege werden die strukturschwachen Regionen eher schwächer denn stärker.

Wir hätten von Ihnen gerne eine Antwort auf die Frage: Was geschieht zurzeit innerhalb des Bundesprogramms, das unter dem Titel Jump bekannt geworden ist? Die Bundesregierung beabsichtigt, auch im kommenden Jahr die Mittel in gleicher Höhe auszugeben. Nach meinem Kenntnisstand ist mit dem dort bisher verausgabten Geld eine Infrastruktur für Jugendliche geschaffen worden, die wir von der Straße holen wollten. Diese ist schon jetzt nicht mehr richtig ausgelastet, und sie wird in Zukunft noch viel weniger ausgelastet sein. Ich wüsste gerne, welche Überlegungen Sie anstellen, diese Infrastruktur für Bildung, Ausbildung und Qualifizierung in Hessen nutzbar zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist gut angelegtes Geld, aber nur dann, wenn es auch ausgegeben wird. Es sind viele Maschinen, Geräte, Büroausstattungen usw. gekauft worden, die zum Teil nicht mehr genutzt werden. Wir könnten sie beispielsweise für die Berufsschulen, auf die Sie in dem Zusammenhang kurz zu sprechen gekommen sind, sehr gut gebrauchen.

Herr Posch, wenn ich schon bei den Berufsschulen bin: Ich finde es ein bisschen dürftig, wenn Sie feststellen, dass wir 754 Berufsschullehrer eingestellt haben. Wie viele sind denn in dem gleichen Zeitraum ausgeschieden? Das waren mehr. Deshalb hat sich die Situation an den beruflichen Schulen durch Ihre Tätigkeit nicht verbessert. Das ist nicht Ihre Schuld, denn sie finden nicht genug Personal, um die ausscheidenden Berufsschullehrer zu ersetzen. Es ist aber doch kein besonderer Tatbestand, dass die ausscheidenden Lehrer zumindest durch gleichwertig viele Lehrer ersetzt werden. Von daher finde ich, Sie sollten ein bisschen tiefer in die Materie einsteigen, wenn Sie uns schon etwas über die Berufsausbildung an den Schulen mitteilen.

Ich hätte von Ihnen gern eine Antwort auf die Frage, wie effektiv die einzelnen Programmteile sind, die das Land macht. Wir haben von Ihnen im Wirtschaftsausschuss gehört, dass Sie das flexibel stricken, je nachdem, wie sich die Bedürfnisse ändern. Aber: An welchen Stellen sehen Sie, dass das Programm überflüssig wird? Ich habe hierzu schon mehrfach um eine Antwort gebeten. Wir wollen doch nicht auf Dauer eine Landesförderung einführen.

Es ist zwar schön, wenn Sie sagen, dass der Anteil der subventionierten Ausbildungsplätze von 10 % auf 7 % gesunken ist, ich möchte aber auf 0 % kommen, denn es ist nicht Aufgabe des Landes, den Ausbildungsstellenmarkt ständig mit staatlichen Mitteln zu subventionieren. Wie wollen Sie diesem Ziel näher kommen? Dass wir von 10 % auf 7 % heruntergekommen sind, das hat einfach damit zu tun, dass es jetzt mehr Lehrstellen als 1999 und in den Jahren davor gibt.

(Clemens Reif (CDU): Wir haben auch schwer dafür gearbeitet!)

Von daher haben diese Zahlen für mich nur eine relative Aussagekraft. Sagen Sie uns bitte, wann und wie wir vollständig davon wegkommen, dass der Staat die Ausbildung subventionieren muss, weil die Wirtschaft ihrer Pflicht, Ausbildung ohne Staatsknete zu machen, nicht nachkommt.

(Clemens Reif (CDU): Wir hätten schon viel früher da sein können, wenn Sie etwas getan hätten!)

Das hätte ich gerne von Ihnen gehört.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ein abschließender Satz, damit auch Sie, Herr Reif, etwas zum Schmunzeln bekommen. Ich gebe gerne zu, dass ernsthafte Anstrengungen zur Zukunftssicherung viel Kraft erfordern, die Sie vielleicht nicht haben. Für unser Land wäre jedoch zu wünschen, dass sich der Regierungschef und seine Kollegen für eine Regierungserklärung etwas mehr interessieren würden, vor allen Dingen wenn es um die Frage geht, wie wir den Vorsprung unseres Landes auch in Zukunft sichern.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege, lassen Sie eine Frage von Frau Bergelt zu?

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

#### **Barbara Bergelt (SPD):**

Herr Riege, was schließen Sie daraus, wenn Sie sehen, dass bei einem so hochtrabenden und wichtigen Thema wie der Regierungserklärung, die heute hier diskutiert wird, die Regierung durch die Präsenz zweier Mitglieder zeigt, wie wichtig ihr ihre eigenen Erklärungen sind?

#### **Bernd Riege (SPD):**

Ich schließe daraus, dass das Interesse so groß ist, wie ich es eben schon bemängelt habe. Ich freue mich, dass wenigstens das Haus ordentlich besetzt und wohl in derselben Erwartung hier geblieben ist wie ich, als ich gelesen habe, es gebe eine Regierungserklärung zum Thema „Hessen – hier ist die Zukunft“. Die Mitglieder der Landesregierung wussten offensichtlich schon vorher, dass

nichts Gescheites herauskommen würde, und haben sich bessere Beschäftigungen gesucht. Das spricht aber eher gegen als für sie.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte versprochen, noch einmal auf den Ministerpräsidenten zurückzukommen. Ich habe ihn immer sehr bewundert, als er hier vor Jahren gegenüber dem vorhergehenden Ministerpräsidenten regelmäßig angemahnt hat, wichtige Dinge solle man zur Chefsache machen. Ich fordere ihn dazu auf, diese wichtige Frage, wie Hessen seine Zukunft und die Vorsprünge, die wir jetzt noch haben, auch in Zukunft sichert, zur Chefsache zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe gerne zu, es ist zweifellos einfacher, gelegentlich als Beteiligter an der K-Frage bundesweit Schlagzeilen zu machen, als sich um die Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen zu kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Niemand bedauert das mehr als meine Fraktion. Herr Präsident – ich komme noch einmal darauf zurück –, wir bekämpfen nicht die Regierung, sondern wir möchten sie nachdrücklich dazu auffordern, sich öffentlich – wenn es geht, in diesem Hause – um die Zukunft unseres Landes mehr Gedanken zu machen, als es in dieser Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen ist. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Boddenberg für die Fraktion der CDU.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Riege, wenn Sie den Wirtschaftsminister hier auffordern, dass er sich beim Thema Zukunft Hessen nicht mit dem Schwerpunkt Ausbildung, sondern den vielen anderen Beispielen der Landespolitik beschäftigen soll, dann können wir das gerne nachholen. Herr Riege, ich befürchte halt nur, dass es Ihnen immer wieder peinlich sein wird, wenn wir das breite Fass an Themenfeldern in dieser Landespolitik aufmachen, die in den letzten zwei Jahren hervorragend und mit Blick auf die Zukunft mit großer Erwartung gelaufen sind,

(Zurufe von der SPD)

während vorher ziemlich viel liegen geblieben ist.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Wir können uns gerne darüber auseinander setzen!)

Herr Riege, wir können z. B. mit Ihnen darüber sprechen – Sie haben es kurz angedeutet –, dass wir im Bereich der Sozialhilfe zukunftsweisende Programme und Schritte unternommen haben.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Riege und Kollegen von der SPD, wir sind sehr gespannt, was Ihr Votum im Bundesrat zu den Vorschlägen der Hessischen Landesregierung sein wird. Meine Damen und Herren, wir können auch darüber reden, dass das Bundesland Hessen wie kein zweites Bundesland in den

letzten zweieinhalb Jahren in die Zukunft, in die Jugend, investiert hat. Wir reden von einem Zuwachs von 7,1 % neuer, zusätzlicher Ausgaben in der Bildung. Auch darüber können wir sehr gerne reden.

Herr Riege, denn bei aller Freundschaft kann es nicht sein, dass Sie hier meinen, eine Landesregierung anmahnen zu müssen, die sich auf nahezu allen Feldern von mittleren Plätzen auf den ersten oder zweiten Platz im Vergleich der Länder bewegt hat, während Sie selber in der Vergangenheit und auch noch heute alles schuldig geblieben sind.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Meine Damen und Herren, da Sie Ankündigungen des Ministerpräsidenten angefordert haben, muss ich Sie leider enttäuschen. Von Ankündigungen lebt in dieser Republik nur einer, und das ist unser Bundeskanzler. Das Ergebnis ist allseits bekannt.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Herr Riege, wenn Sie über Zukunft reden, dann können wir über die zusätzlichen Investitionen im Straßenbau sprechen. Wir können über Hochschulen und Forschung sprechen, wo unvergleichbar hohe Zuwächse in den jeweiligen Etats vorgesehen sind. Wir können aber auch, wenn wir über Zukunft reden, über die Haushaltspolitik dieser Landesregierung sprechen, die erstmalig verfassungskonforme Haushalte umsetzt – das, was Sie zwar in acht Jahren immer wieder angekündigt haben, was Ihnen aber so gut wie nicht ein einziges Mal gelungen ist. Auch das heißt Zukunft, nämlich eine stabile haushaltswirtschaftliche Lage.

Herr Riege, wir können uns über Zukunft unterhalten, wenn wir über Technologie und Umsetzung von technologischen Entwicklungen sprechen. Wir können gerne noch einmal das Thema Transrapid aufrufen. Sie haben eben mehrfach Herrn Reif gebeten, dass er vielleicht einmal wieder etwas in Richtung Zukunftsoffensive und der vielen Dinge von sich gibt, die wir von ihm kennen und die er mit großer Bravour vorträgt. Aber ich glaube – nun einmal ganz im Ernst –, wir haben heute tatsächlich unter diesem Stichwort einen Schwerpunkt, und der heißt Bildung, Ausbildung, was mit unserer Jugend passiert und wo die Perspektiven für unsere Jugend sind.

Da sind vom Minister zu Recht nicht nur die vielfältigen Maßnahmen seines Hauses und seine Initiativen angesprochen worden. Herr Minister, ich möchte Ihnen sehr herzlich dafür danken, dass nicht nur rege gearbeitet wird, dass nicht nur Konferenzen stattfinden, sondern am Ende die Summe aller Aktivitäten des Wirtschaftsministers zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Das betone ich. Sie haben zu Recht festgestellt, dass Sie nicht für sich allein in Anspruch nehmen, dass wir in Hessen eine sehr erfreuliche Situation auf dem Ausbildungsmarkt haben.

Herr Riege, wenn Sie schon einzelne Branchen herausgreifen und einmal wieder die Metzger herhalten müssen, dann sage ich Ihnen auch als Betroffener: Ich erwarte von einer Landesregierung eben nicht, dass sie Jugendliche an die Nase fasst und in Lehrstellen steckt, wo sie nicht hin wollen. Ich erwarte zunächst von der Wirtschaft selbst, dass sie für die notwendige Attraktivität sorgt. Aber ich erwarte von einer Landesregierung, dass sie zu einer Stimmungslage führt und beiträgt, die Eltern, Lehrer und die betroffenen Jugendlichen selbst nachdenklicher stimmt, was die Perspektiven der von ihnen bevorzugten Ausbildungsberufe anbelangt.

Sie haben einige Beispiele genannt. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Es sind eben nicht nur die White-Collar-Jobs in Banken und den großen Hochhäusern der Stadt Frankfurt und Hessens insgesamt, sondern man muss immer wieder darauf hinweisen, dass Stabilität tatsächlich auf lange Sicht mehr oder weniger nur im Mittelstand stattfindet.

Der Minister hat zu Recht angesprochen, dass die Bundesregierung in der Mittelstandsförderung, im Bereich des Handwerks, viel schuldig bleibt, um nicht zu sagen: alles schuldig bleibt. Herr Riege, wenn Sie schon – bleiben wir beim Thema Bildung – in Zweifel ziehen, dass in der beruflichen Bildung sehr viel passiert, dann kennen Sie die Zahl nicht. Denn auch Ihnen müsste mittlerweile doch bekannt sein, dass wir auf dem Weg zur Unterrichtsgarantie weit über 90 % dieses Wahlversprechens eingelöst haben.

(Hildegard Pfaff (SPD): Dann reden Sie doch einmal über die Berufsschulen!)

Auch Ihnen müsste bekannt sein, dass das nicht nur an allgemein bildenden Schulen stattfindet – eine Lehrerrzuweisung, wie sie dieses Land noch nicht erlebt hat –, sondern auch in den beruflichen Schulen per Saldo über 500 neue, zusätzliche Stellen geschaffen worden sind. Herr Riege, wenn Sie ebenfalls zu Recht feststellen, dass es schwierig ist, alle Stellen in den beruflichen Schulen zu besetzen, dann wissen Sie, woran das liegt. Das liegt nämlich daran, dass Ihr Parteifreund und früherer Kultusminister irgendwann Anfang/Mitte der Neunzigerjahre die Bedarfsermittlung vollends eingestellt hat und ins Blaue hinein regiert wurde, mit dem Ergebnis, das wir alle leider heute mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen.

Meine Damen und Herren, wir reden nicht nur über 4.500 neue Lehrer und Referendare. Damit meine ich nicht nur Neueingestellte, sondern im Saldo zusätzliche Stellen. Wir reden nicht nur über einen Hochschuletat, der innerhalb von zwei Jahren von rund 2 Milliarden DM auf rund 2,26 Milliarden DM angestiegen ist. Wir reden auch und gerade über qualitative Verbesserungen in verschiedenster Hinsicht.

Ich will einen markanten Punkt herausstellen, Stichwort: Hauptschule. Wenn wir über Bildung, Weiterbildung und Ausbildung sprechen, spielt die Hauptschule nach wie vor eine große Rolle. Nur spielt sie jetzt wieder eine neue zentrale Rolle, wo wir der Hauptschule mit aller Kraft ein neues qualitätsverbesserndes Image und auch einen tatsächlich qualitativ wesentlich besseren Abschluss zuweisen wollen, Stichwort: qualifizierender Hauptschulabschluss.

Herr Riege, Unternehmen des Mittelstandes, des Handwerks warten auf gute Abgänger von Hauptschulen und Realschulen. Die haben sie leider in dem gewünschten Umfang, wie sie ihn brauchten, in der Vergangenheit nicht vorgefunden.

Der Vergleich ist sicher statthaft, auch wenn es ein anderes Bundesland betrifft. Es ist doch bezeichnend, dass die „Neue Presse“ gestern schreibt – das kann man auch nachfragen, und das ist verifizierbar –, dass in Berlin im Lebensmitteleinzelhandel 10 % der Stellen nicht besetzt werden können, weil die eklatantesten Mängel bei Hauptschulabgängern, wie nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können, auftauchen. Deswegen sind und bleiben wir der Meinung: Zuerst kommt die Pflicht, und dann



kommt die Kür. Mit unserer Unterrichtsgarantie werden wir diesen Mangel massiv beseitigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir reden morgen über PISA. Wir reden morgen sicherlich über Ursachen. Wir reden sicherlich auch über die richtigen Konzepte und wahrscheinlich auch über die falschen Konzepte in der Vergangenheit. Ich will dem nicht vorgreifen. Ich möchte aber heute schon feststellen, dass wir – und das ist das, was wir alle parteiübergreifend dieser Studie entnehmen müssen – zu einer neuen Lernkultur in dieser Gesellschaft kommen müssen. Das ist nicht nur eine Phrase, sondern das ist – wie es eben schon einmal angesprochen wurde – die Vermittlung eines neuen Wertebewusstseins für Lernen als tief sinngebend und lebensweisend für junge Menschen.

Zu dieser neuen Lernkultur gehören vielleicht da und dort veraltete – das apostrophiere ich dreimal – Begriffe wie die so genannten Sekundärtugenden. Wir müssen jungen Menschen wieder vermitteln, dass es eine Freude an der eigenen Leistung geben kann. Das gilt für Schule, für Ausbildung wie für das Berufsleben.

Meine Damen und Herren, damit ist die Spaßgesellschaft nicht zu Ende. Aber ich möchte Sie bitten, alle gemeinsam daran zu arbeiten, dass die Spaßgesellschaft einige neue Akzente bekommt, dass Lernen und Arbeiten und sich dadurch in der Gesellschaft zu integrieren genauso viel Spaß macht wie das, was junge Menschen heute weitgehend unter ihrer Spaßgesellschaft verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Dann stimmt es mich schon bedenklich, dass 9 % der Neuntklässler sagen, dass ihnen Lesen keinen Spaß bereitet. Auch das ist ein Ergebnis der PISA-Studie. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, wo wir zentral beginnen müssen, nämlich dort, wo Elternhäuser in der Sozialisation, in der Erziehung und der Ausbildung ihrer Kinder Prioritäten neu setzen müssen.

Zwar haben wir in Hessen durch die wesentlich bessere Versorgung mit Lehrern die Lehrer wieder in die Lage versetzt, dass sie sich mehr und individueller um ihre Schüler kümmern können. Aber am Ende bleibt es die wesentliche und zentrale Aufgabe von Elternhäusern, ihre Kinder auf ihrem Lebensweg bis ins Erwachsenenalter hinein zu begleiten. Das können Lehrer nicht leisten, wie es Familie und Eltern, wie es Vater und Mutter leisten können und auch müssen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Ich möchte dennoch den Lehrern danken. Es gab einmal den bösen Spruch Ihres Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers von den faulen Säcken. Ich habe mich darüber deswegen maßlos geärgert, weil der Spruch genau die Falschen trifft. Ich habe damals immer gesagt: Wenn man dort von faulen Säcken reden darf – ich darf das mit Genehmigung des Präsidenten hier hoffentlich zitieren –, dann muss man darauf hinweisen, dass es auch eine menschliche Tugend gibt, die Faulheit heißt. Aber die gibt es nicht nur bei Lehrern, die gibt es auch bei Politikern, bei Unternehmern und in vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen.

(Beifall des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es hat deswegen die Falschen getroffen, weil genau diese Berufsgruppe von uns zum großen Teil mit den Erzie-

hungsdefiziten der Elternhäuser allein gelassen wurde. Umso schlimmer fand ich damals diese Entgleisung, und umso mehr bitte ich Sie, dass Sie gemeinsam mit uns und der Landesregierung dazu beitragen, dass nicht nur das Image der Lehrer besser wird, sondern dass auch ihre Arbeitsbedingungen zukünftig noch weiter verbessert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Riege, ein paar Dinge kann ich Ihnen nicht ersparen. Sie haben es angesprochen, der Bund spielt in Bezug auf das Klima eine entscheidende Rolle. Wenn Sie das Handwerk ansprechen und der Herr Minister leider zu Recht anführen muss, dass das Handwerk diesmal keine Ausbildungszuwächse oder weniger als die anderen Wirtschaftszweige hat, dann muss man sich nach den Gründen fragen. Herr Riege, ich sage Ihnen aus meinem eigenen Umfeld: Die Stimmung im Handwerk und im Mittelstand war in den letzten 20 Jahren noch nie so schlecht wie zurzeit.

Meine Damen und Herren, das hat Gründe. Einige hat der Minister angesprochen. Das beginnt mit der eklatanten steuerlichen Benachteiligung.

(Gerhard Bökel (SPD): Ach du lieber Gott!)

Das fährt damit fort, dass wir – Konjunkturpolitik kann man nicht sagen; denn sie findet nicht statt – uns tief in einer Rezession bewegen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ein Schwachsinn!)

Herr Riege, wenn wir von Zukunft reden, dann reden wir mit Blick auf die nahe Zukunft von einer Rezession, die nicht erst im nächsten Jahr einsetzt, sondern die schon eingesetzt hat. Wenn man das Bundesland Hessen herausrechnet, dann stecken wir schon tief drin. Meine Damen und Herren von der SPD, wir reden insgesamt von einer völlig verfehlten Steuerreform. Ich nenne nur ein Beispiel, um das zu relativieren, was häufig vorgetragen wird. Sie führt unter anderem dazu

(Gerhard Bökel (SPD): Ökosteuer!)

– genau, Herr Bökel –, dass gerade handwerkliche Unternehmen von diesen Steuern, sowohl bei der Mineralölsteuer, der so genannten Ökosteuer, als auch der Besteuerung von Strom und anderem, immer negativer betroffen waren als die großen Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Um nur einen Etatposten herauszugreifen: Die Hilfen des Bundes für den Mittelstand im Einzelplan 09 sind innerhalb von zwei Jahren von 1,3 Milliarden auf 0,5 Milliarden DM zurückgeführt worden – insgesamt mit dem Ergebnis, Herr Bökel, dass der Bundeskanzler auch hier wieder „leider“ sein Ziel nicht erreichen wird. Oder soll man besser sagen: zum wiederholten Male seinen vielen Ankündigungen kein positives Ergebnis folgen lassen kann?

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist und bleibt für diese Landesregierung – das hat sehr viel mit Ausbildung und Perspektive und Zukunft zu tun – das zentrale Thema Nummer eins.

Herr Riege, um letztmalig deutlich zu machen, dass man landespolitisch sehr wohl eine Menge bewegen kann, möchte ich Ihnen ein paar Daten nennen, die verifizierbar und evaluierbar sind, wie Sie es wollen, wo Hessen in der Entwicklung wesentlich positiver abschneidet als alle anderen Bundesländer bzw. der Bund im Durchschnitt. Da führe ich das Wirtschaftswachstum dieses Bundeslandes an. Das hat doch nichts mit dem Wetter zu tun, Herr



Riege, sondern das hat etwas mit einer positiven, konjunkturpolitisch förderlichen Politik dieser Landesregierung zu tun, dass wir dort weit über dem Bundesdurchschnitt liegen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Trotz dieser Landesregierung, nicht wegen dieser Landesregierung!)

Nach den Prognosen wird es auch im nächsten Jahr schneller und höher steigen als der Schnitt.

Herr Riege, es hat auch nichts mit dem Wetter zu tun, dass im ersten Halbjahr des Jahres 2001 Hessen beim Schaffen neuer Arbeitsplätze 2,5 % zugelegt hat – ebenfalls weit über dem Bundesdurchschnitt – und von 1998 bis Anfang 2001 von Rang sieben auf Rang eins vorgerückt ist.

Es hat auch etwas damit zu tun, dass wir ein Klima geschaffen haben, in dem sich Existenzgründungen wieder in Zahlen messen lassen. Auch hier sind wir mittlerweile die Nummer eins. Wir haben im letzten Jahr auf 10.000 Einwohner 100 Existenzgründungen gehabt. Insgesamt sind in Hessen weit über 100.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden. Das alles ist kein Zufall, Herr Riege.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden im nächsten Jahr im Bundestagswahlkampf und erst recht im Landtagswahlkampf niemandem erzählen können, dass solche wirtschaftliche Prosperität nichts mit Politik zu tun hätte. Wenn wir eben von Ihnen, Herr Riege, hören mussten, dass der Aufschwung der des Wirtschaftsministers war und der Abschwung demnach auch der des Wirtschaftsministers sei, dann kann ich nur sagen, dass ich dazu eine ganz andere Geschichte im Kopf habe. Es gab einmal einen Kanzlerbewerber Schröder, der schon ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 1998 gesagt hat: Dieser Aufschwung ist meiner.

Damals war er in der Opposition, jetzt ist er Bundeskanzler, und wir haben eine Rezession. Jetzt frage ich Sie, Herr Riege: Wohin gehört denn dieser Bundeskanzler? Ich glaube, das liegt auf der Hand.

(Zuruf des Abg. Bernd Riege (SPD))

Seien Sie sicher, wir werden im nächsten Jahr alles daran setzen, auch die CDU Hessen, dass das eintritt, was diese Republik dringend braucht: nämlich ein Regierungswechsel in Berlin.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): So eine desolante CDU! – Bernd Riege (SPD): Löst doch erst einmal die K-Frage!)

Meine Damen und Herren, eine allerletzte Bemerkung. Hessen wird diesen Kurs fortsetzen. Bildung, Jugend und Zukunft haben oberste Priorität. Dies tun wir, weil Jugend Perspektive braucht und Jugend unsere gemeinsame Zukunft ist.

Ich schließe mich dem letzten Satz des Wirtschaftsministers an. Ich bin sicher, dass die Menschen dieses Bundeslandes erkennen werden: Hessen unter CDU und FDP – hier ist die Zukunft. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Gerhard Bökel (SPD): Uiuuiui!)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Nächster Redner, Herr Kollege von Plottnitz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kollege Riege hat vorhin in seinem Beitrag dem Herrn Landtagspräsidenten widersprochen, der gestern gemeint hat, es sei die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu bekämpfen. Wir halten es da anders. Wir schließen uns der Position des Landtagspräsidenten an und wollen die Regierung auch bekämpfen. Allerdings sind wir heute nach dieser Regierungserklärung in großer politischer Verlegenheit; denn selbst beim besten Bekämpfungswillen gibt das, was der Wirtschaftsminister hier vorgetragen hat, keine 20 Minuten Bekämpfung der Regierung her – so viel Armlichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das war Statistik statt Politik, Vergangenheit statt Zukunft. Wie schlimm das Ganze war, konnte man gerade an dem verdienstvollen Beitrag des Kollegen Boddenberg ersehen, der versucht hat, das Ganze zu retten, indem er die Debatte vorgezogen hat, die wir übermorgen über Wirtschaftspolitik im Lande Hessen und auf Bundesebene führen wollten, und verzweifelte Ausflüge in Themen wie Transrapid, PISA, Schulpolitik, und was der Dinge mehr sind, gemacht hat.

Nein, ich finde ganz ernsthaft: So kann man eigentlich nicht mit dem Thema umgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister Posch, entschuldigen Sie bitte, es war im Übrigen auch eine Regierungserklärung ohne Regierung. Während Sie gesprochen haben, war außer der verehrten Staatsministerin Wolff, die dankenswerterweise uns und Ihnen die Ehre gegeben hat, zumindest nach meinen Beobachtungen überhaupt niemand von der Regierung anwesend. Das zeigt doch, in welchem Ausmaß dieses wichtige Thema im Rahmen dieser Regierungserklärung untergegangen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun haben auch wir vor allen Dingen im Advent keinerlei Probleme, Ihnen dort zuzustimmen, wo Sie Recht haben. Das hatte zwar wenig mit der Landespolitik und der Regierungspolitik zu tun, aber viel mit den Vorgängen im Lande. Natürlich verdienen Wirtschaft, Unternehmen und Handwerk in Hessen Dank für ihr Engagement bei der Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen, die von Beschäftigungs- und Ausbildungslosigkeit bedroht sind, weil der Markt das eben nicht hergibt, was sie an Bedürfnissen haben. Sie verdienen alle Dank. Auch die Vermittlungsinstitutionen, die es da gibt, verdienen Dank.

Herr Staatsminister, bei dem Selbstlob aber, das Sie meinen hier der Landesregierung erteilen zu können, müssen wir Ihnen massiv widersprechen. Sie haben die These vertreten, das hätte etwas mit der Politik der Landesregierung zu tun. Jetzt bitte ich Sie, schauen Sie sich doch noch einmal den Text Ihrer „Regierungserklärung“ an. Sie haben ihn dankenswerterweise den Kolleginnen und Kollegen verteilt. Lesen Sie es noch einmal durch. Sie werden keinen Hinweis auf irgendeine konkrete Maßnahme oder Handlung Ihrer Landesregierung finden, die das erklären könnte, was Sie sich zugute schreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das zeigt doch schon, dass wir es hier mit Vorgängen zu tun haben, die man richtiger mit „Statistik statt Politik“ beschrieben hätte.

Deswegen bleibt uns eigentlich auch nur, Ihnen ein bisschen Wasser in das zu gießen, was Sie uns als Wein verkaufen wollten. Fangen wir mit der in der Tat erfreulichen Entwicklung bei den Ausbildungsangeboten und bei der Ausbildungsnachfrage in Hessen an. Da gibt es die statistischen Verbesserungen, die Sie uns vorgetragen haben.

Meine Damen und Herren, wer aber glaubt, das sei eine hessische Besonderheit, der irrt. Diese Entwicklung haben wir seltsamerweise seit dem Amtsantritt von Rot-Grün, seit zwei Jahren, bundesweit. Insbesondere in den neuen Bundesländern gibt es Engpässe, aber bezogen auf den Gesamtbereich der Bundesrepublik Deutschland halten sich das Angebot von Ausbildungsplätzen und die Nachfrage danach die Waage. Mit anderen Worten: aus Hessen nichts Neues. Das gibt es überall, das ist auch gut so. Dafür können wir alle dankbar sein. Allerdings sollte man sich als Wirtschaftsminister in Hessen nicht eines Umstandes berümen, der gar nichts Besonderes in Hessen ist.

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, zum Zweiten. So rosig, wie der Wirtschaftsminister die Lage für Hessen geschildert hat, ist sie nun leider Gottes gar nicht. Schauen wir uns einmal den Bereich derjenigen an, die unter 25 Jahre alt sind. In diesem Bereich ist in Hessen im Zeitraum von November 2000 bis November 2001 die Arbeitslosigkeit um 13,2 % gestiegen. Das ist schlimm, das ist bitter. Das ist sicherlich nicht nur der Tatenlosigkeit der Landesregierung in diesem Bereich anzulasten, so vermessen sind wir nicht. Aber das unterscheidet Hessen nachteilig von der durchschnittlichen Entwicklung der übrigen Republik – denn dort ist die Arbeitslosigkeit für diejenigen, die unter 25 Jahre alt sind, „nur“ um 10,8 % gestiegen.

Das heißt, wenn man als Landesregierung hier schon so tut, als ob man die wirtschaftspolitische Weisheit mit Löffeln gefressen habe – Entschuldigung, bitte schön: gegessen habe –, dann haben wir es hier mit einem Befund zu tun, der eklatant im Widerspruch zu diesem Gestus steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Drittes. Schauen wir uns einmal den Nachtragshaushalt an und dort den Kostenposten Förderung überbetrieblicher Ausbildung. Das sind die Mittel, die für das laufende Haushaltsjahr veranschlagt worden sind. Da stellt man plötzlich fest, dass dort locker vom Hocker um 3,8 Millionen DM gekürzt worden ist. Auch das wirft nun kein besonders positives Licht auf das Engagement der Landesregierung, für die sich der Wirtschaftsminister geäußert hat, bei der Förderung von Ausbildung und Beschäftigung junger Leute. Das ist ein Negativposten.

Herr Staatsminister, nun können Sie sagen: Natürlich mussten wir das kürzen, denn diejenigen, die mit der Umsetzung und Durchführung solcher Programme betraut sind, haben nicht im erforderlichen Umfang die vorhandenen Förderungsmittel in Anspruch genommen. – Wenn aber dieser Einwand käme, dann bliebe immer noch, dass Sie offensichtlich nicht selbst kregel genug gewesen sind, um dafür zu sorgen, dass die ursprünglich verfügbaren Mittel auch abgerufen worden sind.

Alles in allem also sieht das hessische Bild mitnichten sonderlich rosig aus. Entweder haben wir es mit Entwicklungen zu tun, die bundesweit zu verzeichnen sind, oder

wir haben es sogar mit Entwicklungen zu tun, bei denen sich Hessen negativ von dem abhebt, was ansonsten im Bundesdurchschnitt zu beobachten ist.

Herr Riege hat nun schon zu Recht darauf hingewiesen – und ich finde, darüber sollte man doch noch ein Wort mehr verlieren, als das bisher in der Debatte geschehen ist –: Was man tun kann, wenn man es mit dem Engagement für Ausbildung und Beschäftigung von jungen Leuten ernst meint, das zeigt doch das Programm, das als Jump-Programm bekannt geworden und das von der Bundesregierung mit jährlich 2 Milliarden DM aus der Taufe gehoben worden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich meine, das darf hier nicht unterschlagen werden, denn von diesem Programm hat die Jugend in Hessen, von der heute so hochtrabend die Rede gewesen ist, durchaus und nachweisbar sehr viel mehr bei Fragen von Beschäftigung und Ausbildung profitiert als von jedem Programm der amtierenden Landesregierung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allem auch mehr als von jeder Regierungserklärung!)

Der Herr Staatsminister Posch hat die Zahlen vorgetragen, die bei den Landesfördermitteln für Ausbildungsverhältnisse eine Rolle spielen. Vergleicht man das einmal mit den Zahlen, die aus dem Jump-Programm herkommen, dann wird man feststellen, mit Landesmitteln wurden, wenn man das addiert, was Sie uns heute vorgetragen haben, knapp 3.000 Ausbildungsverhältnisse gefördert. Mit Bundesmitteln aus dem Jump-Programm im Umfang von 110 Millionen DM zugunsten von Hessen im vergangenen Jahr – ich beziehe mich auf den Bericht des Landesamtes für das Jahr 2000 – wurden 19.778 jungen Leuten Ausbildungsangebote unterbreitet, und aufgrund dieser Angebote wurden gut 6.600 dieser Maßnahmen konkret gefördert.

Meine Damen und Herren, das sind Zahlen – das ist das Doppelte dessen, was die Landesregierung geschaffen hat –,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

die sich sehen lassen können. Deswegen bleibt es bei dem, was ich gesagt habe: Diese Regierungserklärung gibt manches her, aber keine 20 Minuten, selbst beim besten politischen Bekämpfungswillen. Meine Damen und Herren, Herr Staatsminister Posch, deswegen bleibt mir nur zu sagen: Nehmen Sie sich daran ein Beispiel. Man kann sehr viel mehr tun, man kann sehr viel Besseres tun, als Sie es tun, wenn man der Jugend in Hessen eine Zukunft geben will. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Denzin hat das Wort für die FDP-Fraktion.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! 93 % unserer Ausbildungsverhältnisse werden ohne unmittelbare Unterstützung des Landes geschlossen, und

das ist gut so. Ich freue mich, dass der Wirtschaftsminister uns vortragen konnte, dass wir hier ein ganzes Stück zurückschrauben konnten. Warum? Die Aufgabe des Landes kann sich doch nur in Fällen stellen, in denen eine Ausbildung in einem normalen Vertragsverhältnis nicht funktioniert. Genau dafür sind Programme da.

Herr von Plottnitz, Programme sind nicht dazu da, jedes Jahr 2 Milliarden DM in den Haushalt zu schreiben, dann äußerst aufwendige Ausstattungen zu machen – Herr Riege hat hierzu Andeutungen gemacht –, um im Endeffekt 1.000 von den Ausgebildeten, die Sie genannt haben, ins Berufsleben überzuleiten.

Es kommt wesentlich darauf an, was ich mit einem Programm erreichen will. Genauso wichtig ist, wie effizient der Mitteleinsatz ist. Hierzu können wir gerne noch über dieses Jump-Programm reden. Ich glaube, der Bund wird sich selbst bald davon verabschieden, zumindest in dieser Form, in der er es bisher angelegt hat.

2 Milliarden DM jährlich können es nicht sein. Sie sind es nicht, und sie werden es auch nie sein. Meine Damen und Herren, dieses Thema haben wir nun fast jedes Jahr diskutiert, mit viel ernüchternderen Zahlen, als das heute der Fall ist. Was wir brauchen – und dabei unterscheiden wir uns in unserer konkreten Arbeit in der Landesregierung und in der Koalition von Ihnen –, ist eine ganzheitliche Herangehensweise. Wir müssen die Schulen entsprechend ausstatten, damit sie lernfähige Auszubildende entlassen, damit wir endlich einmal den Klagen, die das Handwerk zu Recht Jahr für Jahr vorgetragen hat und zum Teil heute noch vorträgt, gerecht werden und die Qualität des Ausbildungsniveaus bzw. des Standes, mit dem man die Ausbildung beginnt, gehoben wird.

Zweiter Punkt: die Berufsschulen. Wir haben knapp 1.000 Lehrer in die Berufsschulen gelenkt, mein lieber Herr Riege – was Sie nicht getan haben. Sie haben 10, 20 Jahre die Berufsschulen aushungern lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir besetzen die Lehrerstellen in den Berufsschulen. Wir staten die Berufsschulen aus. Das, was in 20 Jahren hängen geblieben ist, kann man nicht von einem Jahr auf das andere aufholen. Aber es geht Stück für Stück, genauso wie wir in der gesamten Schulpolitik und bei der Ausstattung unserer Schulen insgesamt vorangehen.

(Zuruf des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD) – Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Siehe PISA!)

Die viel wichtigere Aufgabe des Landes ist es, die Jugend so vorzubereiten, dass sie dann in das Berufsleben gehen und aus der Berufsausbildung etwas mitnehmen kann.

Meine Damen und Herren, zwei Drittel der jungen Menschen gehen im Normalfall in eine Ausbildung über das duale System. Je besser die Ausbildung funktioniert – ich wiederhole mich –, umso weniger müssen wir uns kümmern. Das ist gut so. Deshalb ist es richtig, dass der Minister hier eine Regierungserklärung gegeben hat, die das ganz deutlich dargestellt hat. Es ist richtig, dass der Minister insbesondere auf drei Punkte in dem Bereich, in dem wir handeln müssen, eingegangen ist, zum einen auf die regionale Differenzierung. In Nordhessen haben wir immerhin ein Verhältnis von offenen Stellen zu Stellenbewerbern von 1 : 2. In der Rhein-Main-Region haben wir ein Verhältnis von 3 : 1 und in Mittelhessen von 2 : 1. Das heißt, es ist ganz eindeutig erkennbar, dass wir in Nordhessen mit unserer Strukturpolitik und mit der Nordhes-

senförderung, so wie wir sie angelegt haben, gezielt weitermachen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Minister hat zum anderen Ausführungen zu dem Migrationsprogramm gemacht. Dies ist ein hervorragender und wichtiger Ansatz, der uns sehr, sehr viele Folgeschäden von vornherein abfängt. Es ist richtig, dass in der Arbeit der Ausbildungsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung sehr gezielt gruppenspezifisch gefördert und geholfen wird. Genau da sind wir wieder bei dem Aufgabenfeld, das sich uns hier stellt. Es ist nicht die Aufgabe, über die ganze Jahrgangsbreite oder über die drei Jahrgänge einer Ausbildung zu rasonieren und zu überlegen, mit welchen Förderprogrammen man noch etwas machen kann.

Meine Damen und Herren, zum zweiten Mal hintereinander haben wir jetzt mehr offene Stellen als Bewerber. Das ist eine gute Entwicklung. Was diese Entwicklung besonders unterstreicht, ist, dass auch die beruflichen Vollzeitschulen eine rückläufige Tendenz haben. Über Jahre hinweg hatten wir immer mehr Jugendliche, die in der beruflichen Vollzeitschule eine Warteschleife gefahren haben. Wenn wir jetzt feststellen, dass auch das zurückgeht, dann ist das die Bestätigung eines Gesamtbildes. Herr von Plottnitz, es gibt doch einen Unterschied. Auch dieses Bild hebt sich in Hessen besonders positiv von dem Gesamtentwicklungstrend ab. Ich will uns nicht mit Mecklenburg-Vorpommern oder anderen strukturschwächeren Ländern vergleichen. Aber auch insgesamt liegen wir weit über dem Bundesdurchschnitt. Das ist ein Verdienst dieser Politik, und das ist das Ergebnis des konkreten und sehr differenzierten Handelns unseres Wirtschaftsministers. – Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Regierungserklärung wurde abgegeben und besprochen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 3** auf:

#### **Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Nachwahl eines ordentlichen und eines weiteren stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses – Drucks. 15/3359 –**

Mit Schreiben vom 21. und 29. November 2001 teilt die Fraktion der SPD mit, dass der Abg. Dieter Nolte sein Amt als ordentliches Mitglied des Ausschusses sowie der Abg. Bernhard Bender sein Amt als weiteres stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses niederlegen. Dadurch wird die Nachwahl eines ordentlichen sowie eines weiteren stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses erforderlich. Vorgeschlagen ist von der SPD-Fraktion der Abg. Bernhard Bender als ordentliches Mitglied sowie der Abg. Dieter Nolte als stellvertretendes Mitglied. – Gibt es weitere Vorschläge? – Nein.

Dann möchte ich über den Wahlvorschlag abstimmen lassen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen. Herr Kollege Bernhard Bender wurde zum ordentlichen und Herr Kollege Dieter Nolte zum stellvertretenden Mitglied des Hauptausschusses gewählt.



Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 4 auf, erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur der hessischen Polizei – –

(Stefan Grüttner (CDU): Entschuldigung, Frau Präsidentin!)

– Entschuldigung, ich habe mich vertan.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 (Nachtragshaushaltsgesetz 2001) – Drucks. 15/3464 zu Drucks. 15/3022 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Kaufmann. – Er kommt.

(Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betritt den Plenarsaal. – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Kaufmann erstattet den Bericht.

#### **Frank-Peter Kaufmann, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Darüber hinaus empfiehlt der Haushaltsausschuss dem Plenum, zu den Einzelplänen eine Reihe von Beschlüssen zu fassen, die in der Drucks. 15/3464 ausgedruckt sind und Ihnen vorliegen, sodass ich sie Ihnen hier nicht zu wiederholen brauche.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 87. Plenarsitzung am 13. November 2001 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss am 4. Dezember 2001 vom Präsidenten überwiesen.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen schriftlich angehört.

In seiner Sitzung am 5. Dezember 2001 hat der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge hierzu behandelt und mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ihnen von mir gerade vorgetragene Beschlussempfehlung gefasst.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Ebenfalls noch aufzurufen sind die

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 15/3473, 15/3474, 15/3475, 15/3476, 15/3477, 15/3478 –**

Die Abstimmung über die Einzelpläne findet erst am Ende der Beratung über alle Einzelpläne statt. Die Redezeit für den gesamten Tagesordnungspunkt beträgt 30 Minuten pro Fraktion ohne Begrenzung der einzelnen Rednerinnen und Redner. Das heißt, jede Fraktion hat die Redezeit nach Gusto eingeteilt.

Ich rufe jetzt die Einzelpläne auf. Zunächst rufe ich den Einzelplan 01 auf. Hierzu ist keine Aussprache vorgesehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir reden über alle gemeinsam!)

Wir reden über alle Einzelpläne gemeinsam. Dann rufe ich jetzt die erste Wortmeldung auf. Herr Kollege Rudolph hat das Wort zu Einzelplan 03 für die SPD-Fraktion.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Einzelplan 03 des Innenministers ein paar Bemerkungen machen, anknüpfend an die Debatte, die wir bei der ersten Lesung hatten. Herr Innenminister Bouffier, was die innere Sicherheit anbetrifft, so haben wir in den letzten Wochen und Monaten feststellen können, dass die Personalnot bei der hessischen Polizei ein markantes Markenzeichen Ihrer Sicherheitspolitik für Hessen ist. Die Besuche der Kolleginnen und Kollegen in den Polizeistationen haben deutlich gemacht,

(Lachen bei der CDU und der FDP)

dass wir es mit motivierten Polizeibeamtinnen und -beamten zu tun haben, die trotz dieser Landesregierung bereit sind, weit Überdurchschnittliches zu leisten. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben weiterhin festzustellen, dass in Hessen nahezu 1.000 Vollzugspolizeibeamtenstellen nicht besetzt sind. Herr Innenminister, es ist relativ unstrittig, dass 800 Stellen nicht besetzt sind.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublicher Vorgang!)

Weitere Stellen sind durch die Einführung von SAP, des neuen Steuerungsmodells, gebunden. Es wäre sicherlich sinnvoll, diese Arbeit nicht von Polizeivollzugsbeamten, sondern von Angestellten leisten zu lassen; denn die Polizeivollzugsbeamten gehören in der Tat nach draußen auf die Straße, wo sie für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar sein müssen, statt in Büros zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben weiterhin feststellen können, dass Ihre Nervosität angesichts unserer Besuche in den Polizeistationen groß war. Es gab sofort entsprechende Erlasse, damit die SPD nicht auf die Idee kommt, Pressekonferenzen in diesen Räumen durchzuführen. Das ist ja alles ganz „gefährlich“, was dort gemacht wird. – Meine Damen und Herren, so viel zum Thema Transparenz.

(Zurufe von der SPD)

Dass die Landesregierung ihre offiziellen Verlautbarungen dort abgibt, ist ein ganz anderer Tatbestand. Wir haben trotzdem das, was wir sagen wollten, in die Öffentlichkeit transportieren können. Die Öffentlichkeit hat zur Kenntnis genommen, dass die hessische Polizei von Ihnen eindeutig nicht so behandelt wird, wie es richtig wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, fangen wir mit den einzelnen Positionen an. Wir haben festgestellt, dass die gesamte Organisationsreform entgegen anders lautender Versprechungen nicht dazu geführt hat, dass auch nur ein Polizei-



beamter mehr zur Verfügung steht, um draußen seinen Dienst zu tun. Wir haben festgestellt, dass es mehr Bürokratie gibt und dass mehr Wasserköpfe entstanden sind, ohne dass auch nur ein einziger Polizeibeamter hinzugekommen wäre, der draußen seinen Dienst tut. Das ist ganz eindeutig, und das haben wir zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben weiterhin zu kritisieren, dass Sie in den fast drei Jahren Ihrer Regierungsverantwortung bei der technischen Ausstattung der Polizei wenig bzw. fast gar nichts geleistet haben. Dass Sie jetzt ein Programm zur Modernisierung des Fuhrparks aufgelegt haben, ist keine Gnade dieser Landesregierung, sondern es handelt sich einfach um die Bereitstellung des für die Polizei notwendigen Handwerkszeugs. Die Polizei muss schließlich mit Fahrzeugen umherfahren können, die funktionstüchtig sind. Sparen Sie sich also ihre Lobeshymnen an die eigene Adresse; denn Sie beseitigen schlicht und ergreifend Mängel. Das ist kein Grund zum Triumph, sondern wir können feststellen: Das, was nötig ist, wird jetzt endlich gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was die innere Sicherheit anbelangt, argumentieren Sie, dass die Videoüberwachung ein Renner sei. Wenn man sich einmal die Praxis der Videoüberwachung vor Ort anschaut, kommt man möglicherweise zu dem Ergebnis, dass sie das Land nichts kostet, weil in aller Regel die Kommunen dafür zahlen müssen. Aber man muss die Frage, ob sie tatsächlich etwas bringt, sehr kritisch diskutieren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Allerdings!)

In der Praxis scheint sie nämlich möglicherweise nicht so viel zu bringen, jedenfalls nicht so viel, wie Sie angekündigt haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Wir werden uns mit der Videoüberwachung noch einmal gründlich auseinander setzen, denn offensichtlich besteht in diesem Bereich ein Hang zur Verdrängung. Wir haben auch festgestellt, dass der Personalaufwand der Polizei an den Orten, die mit Videokameras überwacht werden, genauso hoch wie vorher ist. Deswegen müssen wir uns die Frage stellen, ob sie wirklich sinnvoll ist.

Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass Sie, was die Polizei anbetrifft, mit Ihrem so genannten Sicherheitspaket von 400 Millionen DM eine gigantische Mogelpackung aufgelegt haben. Das haben alle Besuche der Kolleginnen und Kollegen vor Ort sehr deutlich gemacht. Deswegen ist es auf die Dauer nicht hinnehmbar, dass Polizeibeamte zwischen 300 und 400 Überstunden vor sich herschieben. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Die 5 Millionen DM für den Überstundenausgleich reichen nicht aus. Die Polizeibeamten wollen auch einmal Freizeit in Anspruch nehmen können. Deswegen fordern wir in diesem Punkt entsprechende Nachbesserungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Polizeiarbeit weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten. Daran werden wir uns auch durch Ihre Erlasse nicht hindern lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen zweiten Aspekt ansprechen, nämlich die angeblich kommunalfeindliche, die kommunalfreundliche Politik – –

(Lachen bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

– Herr Kollege Lortz, Sie haben völlig Recht. Diese freud-sche Fehlleistung haben Sie sofort erkannt. Korrekt muss es natürlich heißen: „kommunalfeindliches Verhalten der Landesregierung“.

Warum? Meine Damen und Herren, allein die diversen Kürzungen im Landeshaushalt 2002 führen dazu, dass die Kommunen 500 Millionen DM weniger einnehmen: 100 Millionen DM weniger alleine durch den Finanzausgleich, Kürzungen bei den Betriebskostenzuschüssen für die Gemeinden. Das ist Geld, das sinnvollerweise auf die kommunale Ebene gehört, denn dort kann es investiert werden. Deswegen ist dies ein weiterer Beleg für Ihr kommunalfeindliches Verhalten.

(Zuruf von der CDU: Bei Ihnen lacht doch keiner mehr; die sind schon alle ganz still!)

Verehrter Herr Innenminister, wo ist denn die Verankerung des Konnexitätsprinzips? Sie sagen bei jeder Gelegenheit, wie kommunalfreundlich Sie seien. Dabei handeln Sie genau entgegengesetzt, nämlich kommunalfeindlich. Wann kommt die Verankerung des Konnexitätsprinzips? Kommt sie zur Bundestagswahl, im Rahmen einer Volksabstimmung? Wie ist sie ausgestaltet? Wann legen Sie dem Parlament einen Entwurf vor? Das sind ganz konkrete Ansätze, die wir überprüfen müssen. Daran zeigt sich, wie kommunalfreundlich bzw. kommunalfeindlich Sie an dieser Stelle sind.

Ich möchte einen letzten Punkt im Rahmen dieser kurzen Erörterung ansprechen. Die Feuerwehren haben einen offenen Brief mit der Überschrift „Sicherheitsdefizite beim Brand- und Katastrophenschutz. Der Landesfeuerwehrverband mahnt bei Ministerpräsident Koch Zukunftskonzepte an“ an die Abgeordneten des Hessischen Landtags geschickt. In diesem offenen Brief werden etliche Fragen aufgeworfen. Die Rückmeldungen, die wir aus den Reihen der Feuerwehr haben, zeigen, dass bei den Feuerwehren – bei den vielen Ehrenamtlichen – eine äußerst schlechte Stimmung herrscht. Es reicht eben nicht aus, das Ehrenamt in Sonntagsreden hoch zu loben. Man muss es vielmehr mit konkreten Inhalten ausfüllen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

– Ja, das wollen Sie nicht hören, aber es bleibt trotzdem wahr. Ich erneuere für die SPD-Fraktion die Forderung, die Feuerwehren mit öffentlichen Mitteln aus dem Landeshaushalt zu unterstützen. Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer reichen hierfür nicht mehr aus. Wie wir wissen, unterliegen sie viel zu starken Schwankungen. Herr Innenminister, wenn Sie keine öffentlichen Mittel hineingeben wollen, sagen Sie einmal, wie Sie die dringend nötigen Mittel beschaffen wollen. Sagen Sie, welche Initiativen Sie ergreifen wollen, damit wir Planungssicherheit bekommen.

So, wie Sie mit den Feuerwehren umgehen, geht es nicht. Es herrscht eine starke Missstimmung bei den Betroffenen, die sagen, dass sie sich im Stich gelassen fühlen. Auch das ist ein Beleg dafür, wie man die Arbeit der Ehrenamtlichen kaputt machen kann. Sie können nicht immer auf andere verweisen. Dort, wo Sie Handlungskompetenz haben, mahnen wir sie an. Auch das ist ein Beispiel dafür, wie „kommunalfreundlich“ Sie in dieser Hinsicht sind und welchen „Dienst“ Sie dem Ehrenamt erweisen. Hier müssen konkrete Ansätze erfolgen. Auch für den Katastrophenschutz mahnen wir die entsprechende Bereitstellung von Landesmitteln an.

(Armin Klein (CDU): Sie haben aufgezählt, was Sie alles nicht getan haben!)

Meine Damen und Herren, das sind die drei Felder, die ich in der zweiten Lesung ansprechen wollte. All das sind Mängel. Wir werden Ihre Politik weiterhin kritisch begleiten. Es ist nachvollziehbar, dass wir den Haushalt des Innenministers aus diesem Grund ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das war der Beitrag des Herrn Kollegen Rudolph zu Einzelplan 03. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan? – Dann frage ich: Gibt es Wortmeldungen zu Einzelplan 04?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So haben wir das nicht vereinbart!)

– Es tut mir Leid, Herr Kaufmann. Wir haben das eben so abgeklärt. – Gibt es zu Einzelplan 04 Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es zu Einzelplan 05 Wortmeldungen?

(Stefan Grüttner (CDU) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So haben wir das nicht vereinbart! – Gegenruf des Abg. Manfred Schaub (SPD): Eben habt ihr doch gesagt, ihr wollt anschließend reden! – Wortmeldung des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

– Herr Kollege Grüttner, zur Geschäftsordnung.

#### **Stefan Grüttner (CDU):**

Frau Präsidentin, wir haben 30 Minuten Redezeit pauschal für alle Einzelpläne verabredet, ohne darüber hinaus zu vereinbaren, dass Einzelpläne im Einzelnen aufgerufen werden. Insofern kann jeder Redner, der sich gemeldet hat, zu allen Einzelplänen das Wort ergreifen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass sich noch jemand meldet, um zu einem vorangegangenen Einzelplan Stellung zu nehmen.

(Manfred Schaub (SPD): In Ordnung, aber es muss doch einen Aufruf geben!)

Ich denke, wir gehen einfach nach der Rednerfolge vor. Die einzelnen Abgeordneten, die das Wort ergreifen, sollen dann sagen, zu welchem Thema sie sprechen wollen, ohne dass das aufgerufen werden muss.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Grüttner, ich hatte nur das Problem, dass mir Wortmeldungen zu den Einzelplänen 03, 06 und 09 vorliegen. Ich wollte ein bisschen Struktur in die Diskussion bringen und habe deshalb gefragt, ob zu diesen Plänen noch Wortmeldungen vorliegen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 7. Ich dachte, dass die anschließend kommen. Wir können es aber auch anders machen. – Bitte schön, Herr Grüttner.

#### **Stefan Grüttner (CDU):**

Frau Präsidentin, ich sage ja nicht, dass es nicht löblich von Ihnen sei, sondern ich versuche nur, eine Struktur hinzubringen. Ich denke, die Fraktionen haben vereinbart, wie die Struktur der Debatte aussehen soll. Daran haben sich auch diejenigen, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, beteiligt. Sie sollen dann eben sagen, zu welchem Einzelplan sie reden.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

In Ordnung. – Ich rufe den Kollegen Haupt, SPD, auf, der zu Einzelplan 06 sprechen möchte.

#### **Heinrich Haupt (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Haushaltsausschuss hatten wir eine langwierige und mühsame kursorische Lesung des Nachtragshaushalts. Ich kann mir denken, was der Kollege Lortz gleich sagen wird: Warum fragt ihr denn als Opposition so viel? Selber schuld.

(Armin Klein (CDU): Warum habt ihr keine Anträge eingebracht?)

Wir mussten so viel fragen, weil die Erläuterungen im Haushaltsplan so sparsam waren. Da steht dann lapidar: „Kürzung infolge Einsparung“. Mit diesen Anmerkungen können wir herzlich wenig anfangen. Sie sind in der Sache nicht hilfreich, und teilweise waren sie auch unrichtig. Wir hoffen gemeinsam, dass es nach der Zusage des Finanzministers in den nächsten Haushaltsplänen anders sein wird.

(Günter Rudolph (SPD): Wer es glaubt, wird selig!)

Die kursorische Lesung im Haushaltsausschuss hat das bisherige chaotische Bild von der Aufstellung dieses Nachtrags leider nicht verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalitionsfraktionen konnten ihre zahlreichen eigenen Anträge kaum oder nur unzureichend begründen.

(Manfred Schaub (SPD): Haben sie auch nicht selber geschrieben!)

Der Finanzminister schweigt beharrlich auf mehrmaliges Nachfragen zu der von uns begrüßten und geforderten Wiedereinsetzung des Haushaltsabteilungsleiters, Herrn Noe, in seine bisherige Funktion.

Herr Finanzminister Weimar, wir hätten schon gerne gewusst, wo denn nun die Verantwortlichkeiten für das Chaos bei der Aufstellung dieses Nachtrags liegen. Die vom Kollegen Kahl mehrfach geforderten Zahlen über das bisherige Aufkommen der verschiedenen Steuern im Jahre 2001 wurden uns vom Finanzminister ebenfalls nicht zur Verfügung gestellt.

Auch der erste Entwurf des Nachtragshaushaltsplans, der vom Kabinett beschlossen und vom Minister in der Presse angekündigt und vorgestellt wurde, der dann aber durch einen neuen Entwurf ersetzt wurde, wird uns weiterhin vorenthalten.

Fragen über Fragen im Haushaltsausschuss, auf die es keine Antworten, dafür aber einen offensichtlich genervten Finanzminister gab. Der Kollege Günter Rudolph hat schon die Kommunalfeindlichkeit dieser Landesregierung angesprochen. Da alle drei Kommunalen Spitzen-

verbände protestiert haben, darf ich das hier noch einmal ansprechen.

Wir unterstützen die Forderung, die 100-Millionen-DM-Kürzung der Schlüsselmasse rückgängig zu machen, weil die Geschäftsgrundlage dafür entfallen ist. Das Ungleichgewicht nach der Steuerreform bei der Entwicklung der Einnahmen zwischen den Kommunen und dem Land wird so nicht eintreten, weil die erwarteten Gewerbesteuern in dem Umfang nicht eingehen. Wenn der Kollege Denzin zu der Forderung der drei Kommunalen Spitzenverbände lapidar erklärt: „Das schreiben die doch immer so da hinein“, und der Finanzminister noch eins draufsetzt und gleich zu Beginn dieser Diskussion über dieses Thema ultimativ feststellt: „Das hat die Regierung so vorgeschlagen, die Koalition hat es so beschlossen, und dabei bleibt es“, dann macht das in eklatanter Weise deutlich, dass weder die Regierung noch die Koalitionsfraktionen die großen finanziellen Sorgen und Probleme vieler Kommunen wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind nicht bereit, über eine Rücknahme überhaupt zu diskutieren und sich sachlich, inhaltlich und ernsthaft mit der Kritik der Kommunalen Spitzenverbände auseinander zu setzen. Sie begegnen dieser Kritik mit Ignoranz und Uneinsichtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die gesamte Landesregierung und die Koalitionsfraktionen predigen landauf, landab Kommunalfreundlichkeit. Was haben Sie getan? Sie nehmen aus der Schlüsselmasse jährlich 100 Millionen DM heraus. Sie haben zu Beginn Ihrer Amtszeit bereits den Zuschuss gestrichen, den die alte Regierung jährlich aus originären Landesmitteln zur Schlüsselmasse hinzugegeben hat, nämlich weitere 100 Millionen DM. Das macht in der Summe 700 Millionen DM für Ihre Regierungszeit aus, die Sie den Kommunen weniger geben, die den Kommunen nach unserer Auffassung zustehen. Der Gipfel des Ganzen ist dann, dass Sie draußen immer noch erzählen, es habe noch nie so hohe Zuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich gegeben wie unter dieser Regierung.

(Günter Rudolph (SPD): Steuereinnahmen!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie wissen doch genauso gut wie wir, dass den Kommunen seit Jahren ein gleich bleibender – er ist einmal geringfügig erhöht worden, das hat aber andere Gründe – Prozentsatz vom Aufkommen der Landessteuern zufließt. Wenn das insgesamt in der Bundesrepublik und auch in Hessen stark steigt, dann steht den Kommunen auch ihr Anteil zu.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Das wissen die doch nicht!)

Zu diesen Zahlen – es sind in der Tat die höchsten, weil das Steueraufkommen das höchste war – hat diese Landesregierung null, ich wiederhole, null D-Mark beigetragen.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, das, was Sie als die höchsten Zahlungen im Kommunalen Finanzausgleich anpreisen, wäre um 700 Millionen DM höher, wenn Sie nicht diesen unverschämten Griff in die kommunalen Kassen getan hätten.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD) – Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)

– Ja, Unverschämtheit. – Das kritisieren nicht nur die kommunalen Wahlbeamten von SPD und GRÜNEN, sondern auch die von CDU und FDP.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Die FDP hat doch gar keine!)

Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände, die 100-Millionen-DM-Kürzung in diesem Nachtrag 2001 rückgängig zu machen.

Meine Damen und Herren, in diesem Nachtragshaushaltsplan stehen auch 98 Millionen DM erhöhte Kosten der Beamtenversorgung. Der Finanzminister hat erklärt, dass diese Kosten bei der Aufstellung bzw. Verabschiedung des Haushaltsplanes noch nicht erkennbar gewesen seien. Das sehen wir anders. Sicherlich waren diese Mehrkosten nicht absehbar, als in den Ministerien im Frühjahr und im Sommer die Zahlen für den Haushalt zusammengestellt wurden. Als wir aber den Haushalt diskutiert haben, im November und Dezember des vergangenen Jahres, war längst absehbar, dass es zu erheblichen Mehrkosten kommen würde; denn wir haben bereits im Sommer und im Herbst hier über die große Zahl von Lehrerinnen und Lehrern diskutiert, die vorzeitig in den Ruhestand gegangen sind. Wir haben die Kultusministerin dafür kritisiert, dass sie den Weg in den Ruhestand für die Lehrerinnen und Lehrer noch wesentlich erleichtert hat, so wie sie das nun einmal getan hat. Die finanziellen Auswirkungen davon sehen wir heute.

Herr Finanzminister Weimar, die Aufstellung und die Beratung dieses Nachtragshaushaltsplanes sind ein Trauerspiel.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben lange Zeit geglaubt, all Ihre Finanzprobleme in der öffentlichen Diskussion auf den Länderfinanzausgleich abschieben zu können. Von dieser Idee, immer dem Bund und dem Finanzminister Hans Eichel eins auszuwischen zu wollen, waren Sie offensichtlich so fasziniert, dass Sie Ende Oktober noch nicht einmal mehr bereit waren, die neuesten Mitteilungen des Bundesfinanzministeriums über die Steuereinnahmen des dritten Quartals und zum Länderfinanzausgleich abzuwarten.

In einer Zeit großer quartalsmäßiger Schwankungen bei den Steuereinnahmen haben Sie zwei bis drei Tage vor Eingang der neuesten Zahlen des dritten Quartals dem Kabinett einen Nachtragshaushaltsplan vorgelegt. Das ist schon sträflicher Leichtsinns, wie Sie inzwischen hoffentlich eingesehen haben. So geht es dann, nach so vielem und so häufigem Dem-Bund-eins-auswischen-Wollen hat es Sie erwischt, Herr Finanzminister, gemäß der alten Weisheit: Blinder Eifer schadet nur.

Innerhalb einer knappen Woche mussten Sie sich, was den Finanzausgleich angeht, um 1,4 Milliarden DM korrigieren. All dies sind keine Zeichen von Seriosität und Solidität in der Finanz- und Haushaltswirtschaft dieses Finanzministers und dieser Landesregierung. Zu all dem kommt noch hinzu, dass die Nettoneuverschuldung höher ist als die Investitionen und die Investitionszuschüsse des Landes. Nur durch die Vermögensumschichtung von Anteilen aus Wohnungsbaugesellschaften in Helaba-Beteiligungen, die im Grunde aber nichts mit der laufenden Haushaltswirtschaft zu tun haben, sondern nur ein durchlaufender Posten sind, hält diese Regierung rein rechnerisch die Verfassungsgrenze bei der Nettoneuverschuldung ein. Im Kern jedoch, bezogen auf die reine Haus-



haltungswirtschaft des Jahres 2001, ist dieser Nachtrag verfassungswidrig.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, die Aufstellung dieses Nachtragshaushaltsplanes ist und bleibt ein chaotisches Schauspiel, wie es der Landtag bisher noch nicht erlebt hat.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Hoffmann für die SPD-Fraktion zum Einzelplan 09.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Die Koalition verweigert sich der Einzelplanberatung!)

**Christel Hoffmann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit der einzigen erfreulichen Zahl im Nachtragshaushalt des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten beginnen. Ich bedauere es sehr, dass der Minister hier nicht anwesend ist.

(Bernhard Bender (SPD): Er ist schon zurückgetreten!)

Es ist eine Ausgabenreduzierung von 1 Million DM im Kapitel Atomaufsicht und Strahlenschutz zu verzeichnen. Nach Aussagen des Ministers im Haushaltsausschuss in der kursorischen Lesung gehen wegen des Atomausstiegs die Gerichts- und Gutachterkosten zurück,

(Manfred Schaub (SPD): Wo ist der Herr Minister wieder?)

sodass weniger Gutachten in Auftrag gegeben werden müssen. Meine Damen und Herren, diese erfreuliche Nachricht ist allerdings auch die einzige erfreuliche Nachricht dieses Einzelplans.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Es gibt noch mehr, Frau Kollegin!)

Es werden zur Abdeckung von Haushaltslöchern ganz ungeniert die Rücklagen geplündert, und es erstaunt von daher auch nicht, dass zur Sanierung der Tri-Halde in Stadallendorf auf die Rücklage aus der Grundwasserabgabe zurückgegriffen wird. Natürlich sind wir nicht gegen die Sanierung der Tri-Halde, aber statt eines politischen Steuerungsinstrumentes zum Grundwasserschutz ist die Grundwasserabgabe bei Ihnen inzwischen zu einem Steinbruch zum Stopfen von Haushaltslöchern geworden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der große Verlierer bei diesem Nachtragshaushalt wird die Landwirtschaft sein. Von den 23,9 Millionen DM, die Sie echt einsparen, werden fast 16 Millionen DM aus den Kapiteln „Allgemeine Bewilligungen im Bereich Landwirtschaft“ –

(Manfred Schaub (SPD): Herr Grüttner, was ist denn mit Euren Ministern? Was ist denn das für ein Zustand? Vielleicht muss man einmal kurz das Ganze anhalten! Es kann doch nicht sein, dass der Landwirtschaftsminister nicht da ist, wenn über seinen Haushalt verhandelt wird! Kein einziger ist da! Was ist das für ein Zustand! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dabei hat dieses

Ministerium sogar zwei Staatssekretäre! – Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege Schaub spricht zur Geschäftsordnung.

**Manfred Schaub (SPD):**

Frau Präsidentin, nicht genug ist die Tatsache, dass dieses Ministerium zwei Staatssekretäre hat. Aber kein einziger lässt sich hier während der Beratung des Einzelplanes 09 blicken. Ich denke, wir sollten jetzt warten, bis der Minister da ist. Denn die ganzen Ausführungen haben keinen Sinn, wenn er nicht mitbekommt, worin die Kritik an seinem Haushalt besteht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Ich gehe davon aus, dass der Herr Minister verständigt wird.

Frau Kollegin, wollen Sie einen Moment warten?

(Manfred Schaub (SPD): Vielleicht bringt ihr Frau Hoffmann noch ein Wässerchen in der Zeit, einen Longdrink! – Stefan Grüttner (CDU): Was ist jetzt?)

Ich denke, wir geben den Vertretern des Ministeriums die Gelegenheit, noch hier hereinzukommen. Sie sind bestimmt in der Nähe.

(Manfred Schaub (SPD): Nur als Ankündigung: Danach kommt der Einzelplan von Frau Wagner, Hochschule!)

Hat sie überhaupt jemand verständigt?

(Zuruf: Ja!)

– Der Herr Minister oder ein Vertreter des Hauses ist verständigt und wird dann auch kommen.

(Manfred Schaub (SPD): Ich will gleich noch etwas anderes anfügen!)

– Bitte schön.

**Manfred Schaub (SPD):**

Frau Präsidentin! Ich will gleich Folgendes anmerken. Es wurde eine Woche zuvor klar kundgetan, in welcher Reihenfolge die Beratungen erfolgen werden. Es wäre deshalb ganz praktisch, wenn jetzt organisiert würde, dass zu der danach folgenden Diskussion über die Hochschulen wenigstens die Hochschulministerin da ist.

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Minister Dietzel ist jetzt angekommen. Frau Kollegin Hoffmann hat das Wort.

**Christel Hoffmann (SPD):**

Frau Präsidentin, vielen Dank.

(Zurufe von der SPD: Von vorne anfangen!)



Meine Damen und Herren, die zweite Lesung dieses Nachtragshaushaltsgesetzes ist genauso chaotisch, wie das Verfahren zur Einbringung war.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, ich will nicht alles wiederholen, was ich hier schon ausgeführt hatte.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Doch, doch!)

Ich möchte nur auf eine sehr erfreuliche Zahl hinweisen, die aber auch die einzige erfreuliche Zahl in dem Einzelplan 09 des Nachtragshaushaltsgesetzesentwurfs ist. Das betrifft die 1 Million DM, die bei der Atomaufsicht und dem Strahlenschutz eingespart werden. Sie haben ausgeführt, dass wegen des Atomausstiegsgesetzes weniger Gutachten und Gerichtskosten anfallen.

Allerdings ist damit auch das positiv zu Bewertende schon am Ende. Denn der große Verlierer mit Ihrem Nachtragshaushaltsgesetz wird die Landwirtschaft sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von den 23,9 Millionen DM, die Sie echt einsparen, werden fast 16 Millionen DM aus den Kapiteln 09 81 – Allgemeine Bewilligungen im Bereich Landwirtschaft – und 09 82 – Gemeinschaftsaufgabe/Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes – erbracht. Wir alle kennen die derzeitige Zurückhaltung bei den Investitionen in der Landwirtschaft, insbesondere hinsichtlich des Rindfleisches. Was Sie aber darüber hinaus als Erklärung dafür angegeben haben, dass die Mittel der EU nicht ausgeschöpft wurden, ist schon recht abenteuerlich. Ich möchte das an dieser Stelle nicht vertiefen. Denn wir werden am Donnerstag dazu noch eine Diskussion haben. Ich möchte nur so viel dazu sagen: Hessen hinkt bei der Notifizierung von EU-Programmen hinterher. Dass das europäische Haushaltsjahr bereits im Oktober endet, ist nichts Neues.

Sie haben ebenfalls 500.000 DM für die Extensivierung im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms gestrichen.

Ein weiterer Punkt ist der Naturschutz. Die Ausgaben für Naturschutz haben im Haushaltsplan des Jahres 2001 ohnehin ihren historischen Tiefstand erreicht. Sie haben in der Sitzung des Haushaltsausschusses dazu erklärt, weil der Ausgabenstand im Oktober 2001 so niedrig gewesen sei, werde halt munter gekürzt. Dies betrifft zum einen Gutachten hinsichtlich der Schutzwürdigkeit. Zum anderen betrifft es die Frage von Entschädigungen. Ebenfalls davon betroffen ist der Bereich „Pfleßmaßnahmen im Biosphärenreservat Rhön“. Natürlich kann man darüber streiten, ob eine Kürzung im Kapitel 09 71 – Naturschutz, Landschaftspflege – um 400.000 DM erheblich ist. Allerdings zeigt diese Kürzung eines sehr deutlich: Von Ihnen gehen keine Impulse für den Naturschutz aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn wenn keine Schutzwürdigkeitsgutachten hinsichtlich des Naturschutzes erstellt werden, werden natürlich auch keine Entschädigungsmaßnahmen ausgelöst. Der Naturschutz ist bei Ihnen als Steinbruch zum Füllen von Haushaltslöchern hoch willkommen. Herr Minister, wenn die veranschlagten Ausgaben im Haushaltsplan immer auch für inhaltliche Ziele stehen, dann ist an diesem Entwurf des Nachtrags ganz deutlich abzulesen, dass Sie sich noch nicht einmal an den von Ihnen selbst gesetzten Zielen orientieren. Das gilt für den Naturschutz, und das gilt für die Landwirtschaft. – Vielen Dank.

len orientieren. Das gilt für den Naturschutz, und das gilt für die Landwirtschaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Üblicherweise werden die Redebeiträge zwischen Regierungsseite und Oppositionsseite gemischt. An dem Ablauf dieser Debatte fällt deshalb schon auf, dass es den Vertretern der Koalition ganz offensichtlich die Sprache verschlagen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, soweit mir bekannt ist, liegt aus Ihren Reihen keine einzige Wortmeldung vor. Ich habe dafür durchaus Verständnis. Denn über die Peinlichkeit dieses Nachtragshaushaltsentwurfs wollen Sie lieber nicht reden. Das wird Ihnen aber nicht erspart bleiben.

Ich kündige gleich an: Ich werde über sämtliche Einzelpläne und den Gesamtkomplex des Entwurfs des Nachtragshaushaltsgesetzes reden. Denn ich denke, man kann das alles nur zusammen sehen. Das ist zumindest aus unserer Sicht so.

(Beifall der Abg. Tarek Al-Wazir und Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so sehr uns die Adventszeit auf die Ankunft des Erlösers einstimmt, muss man doch sagen: Hessen kann leider keine frohe Botschaft erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Finanzpolitik dieser Landesregierung zeigt nur eines auf: tiefste Düsternis. Die Zukunft wird in rasantem Tempo verzockt. Das Nachtragshaushaltsgesetz und das Haushaltsgesetz für das Jahr 2002, das wir morgen beraten werden, werden zusammen genommen jedem Hessen und jeder Hessin zusätzlich 432 DM Schulden aufbürden, und zwar vom Greis bis zum Baby oder umgekehrt. Wenn wir den Nachtragshaushaltsgesetzesentwurf am nächsten Dienstag verabschieden werden, wird dies innerhalb von acht Tagen geschehen. Eine solche Finanzpolitik kann man nur mit sehr großen Wohlwollen desaströs nennen. Für eine zutreffende Beschreibung gibt es leider keinen parlamentarisch zulässigen Ausdruck.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Barbara Bergelt (SPD))

Nach 33 Monaten der Regierung Koch sind alle finanzpolitischen Versprechungen gebrochen worden. Das Gegenteil eines Konsolidierungskurses ist Alltag. Das großmüßige Selbstlob einer rekordverdächtigen Reduzierung der Nettoneuverschuldung hat sich als glatte Lüge entpuppt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es übrigens nicht nur hinsichtlich der Finanzpolitik mit einer Regierung zu tun, die eine Mikrobe ist, wenn es um Handlungsfähigkeit geht. Sie ist aber wie ein Elefant in der Propaganda. Nahezu nichts von dem, was an Ankündigungen und Versprechungen von Ihnen kommt und lautstark propagiert wird, hat Substanz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Siebel (SPD))

Bei dem Allermeisten handelt es sich um glatte Lügen. Es handelt sich nämlich um wissentliche Falschdarstellungen. Es ist bei Ihnen noch nicht einmal erkennbar der Wille festzustellen, den Ankündigungen auch wirklich Handlungen folgen zu lassen. Vielmehr handelt es sich bei dem, was Sie vorgeben zu tun, um vorsätzliche Verschleierung des Regierungshandelns und um die gezielte Verbreitung von Unwahrheiten.

Meine Damen und Herren, wir wissen, einen Finanzminister wie Karlheinz Weimar muss man sich leisten können. Er tut sich bei dieser Verschleierungskampagne besonders hervor. Zur Präsentation des Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs erklärte er mit Nachdruck, die vorübergehende Erhöhung der Nettoneuverschuldung bedeute keine Abkehr von dem seit 1999 erfolgreich betretenen Weg der Haushaltskonsolidierung. – Herr Kollege Lortz, jetzt müssten Sie eigentlich klatschen. Offensichtlich hat aber auch er beschlossen, lieber nicht zuzuhören, damit er die Wahrheit nicht erfährt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Haushalt des Jahres 2001 ist eine Nettoneuverschuldung von rund 1,3 Milliarden DM vorgesehen. Mit dem Nachtragshaushalt sollen jetzt weitere 510 Milliarden DM draufgepackt werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Millionen DM! – Weitere Zurufe)

– Entschuldigung, es sind 510 Millionen DM. – Das macht zusammen 1,8 Milliarden DM.

(Frank Lortz (CDU): Ich helfe dir ja!)

– Gut, danke schön. – Im nächsten Jahr, für den Haushalt 2002, sind es 651 Millionen Euro, also ungefähr die gleiche Summe in DM wie in diesem Jahr. Nach den Änderungsanträgen sollen jetzt weitere 166 Millionen Euro, also ungefähr 325 Millionen DM, draufgepackt werden. Das macht 1,6 Milliarden DM Neuverschuldung für das nächste Jahr.

Wie war das mit der „vorübergehenden Erhöhung“? Das ist bei Ihnen doch ganz eindeutig eine Kontinuität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese „vorübergehende Erhöhung“ geht wahrscheinlich erst vorüber, wenn die Hessinnen und Hessen diese Landesregierung haben vorübergehen lassen. Das wird nach Lage der Dinge erst im Jahre 2003 sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dass wir der Meinung sind, dass wir uns diesen Finanzminister in Hessen nicht leisten können, haben wir Ihnen bereits in der letzten Plenarsitzung dargelegt. Indes, die Mehrheit hat beschlossen, dass sie ihn uns weiter zumuten will. Das kann gewiss keine sachlichen Gründe haben, denn über das Chaos des Haushalts ist schon viel gesagt

worden und wird von mir auch noch einiges dargestellt werden.

Bei dieser Entscheidung diktiert allein Angst die Entscheidung. Herr Kollege Lortz, schauen Sie nicht so skeptisch. Wenn nämlich der nächste schwarze Stein fällt – das wissen wir doch alle –, dann kippen alle mit, und die Dominoregierung liegt am Boden. Davor haben Sie Angst, und deshalb ist die Ultima Ratio dieser schwarz-gelben Koalition: Man muss jetzt stehen bleiben, koste es, was es wolle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Lortz macht die richtige Handbewegung. Es ist ihm egal, wie die Fakten aussehen.

Schauen wir uns doch – das darf in der Plenardebatte um den Nachtragshaushalt 2001 nicht ausgelassen werden – das Charakteristikum dieses Prozesses, die „Seele des Desasters“ an: das Verhalten des Finanzministers. Im Sommer rühmt sich Herr Weimar, die Haushaltsprobleme „selbstverständlich“ ohne Nachtragshaushalt in den Griff zu bekommen. Schließlich sei die Regierung so kollegial und so kooperativ, dass freiwillig Einsparungen zugesagt würden und alles gut werde.

Die Opposition – das waren wir, zusammen mit der SPD – forderte die Vorlage eines Nachtragshaushalts, denn das vornehmste Recht des Parlaments ist es, dass es den Haushalt des Landes tatsächlich bestimmt. Es darf eben nicht sein, dass sich die Obrigkeit, sprich: die Landesregierung, in welchen Zimmern auch immer, auf welche Vereinbarung auch immer verständigt. Nur, der Finanzminister wollte nicht mehr wahrhaben, was er gar nicht so lange davor, als er noch finanzpolitischer Sprecher der Opposition war, selber gefordert hatte. Deshalb wurde der Antrag von der Koalition abgelehnt.

Kollege Lortz, es müsste Ihnen sehr peinlich sein – dem Kollegen von Hunnius, der heute nicht da sein kann, wahrscheinlich auch –, wenn Sie nachlesen, was Sie uns damals von diesem Pult herab als Begründung dafür erzählt haben, warum Hessen im Jahre 2001 keinen Nachtragshaushalt brauche. Ich kann nur sagen: Kein einziges Ihrer Argumente hatte Bestand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann kam der Oktober 2001, und die weimarschen Pressemitteilungen kamen auf uns herabgeregnet. Am 19. Oktober hieß es: „Neuer Belastungsrekord beim Länderfinanzausgleich“. Am 23. Oktober: Nachtragshaushalt mit 732 Millionen DM zusätzlicher Nettoneuverschuldung. Am 25. Oktober: „Das Abrechnungsergebnis konnte in dieser Dimension auch nicht annähernd vorausgesehen werden.“ Zugleich hieß es, personelle Konsequenzen seien unumgänglich gewesen. Am 1. November schließlich lautete die Überschrift der Pressemitteilung: „Absenkung der geplanten Nettoneuverschuldung – Kabinett beschließt Anpassung des Nachtragshaushalts an die aktuelle Entwicklung.“

Ich nenne nur Stichworte, weil die Zeit nicht reicht, das in Ausführlichkeit hier darzustellen, obwohl es eigentlich notwendig wäre. Ich sehe, der Kollege Lortz bedauert das sehr.

Dieses finanzpolitische Rodeo, das uns der Finanzminister hier vorführt, kann doch wohl auch unabhängigen Beobachtern nur ein Bild vermitteln: sprunghaft, windig, wirr. Genau so wurde es gekennzeichnet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aus unserer Sicht ist dies ein eher mildes Urteil über die finanzpolitischen Qualitäten des Ministers und seines Nachtragshaushalts. Dieses Urteil wird nur von denen nicht geteilt, die gemäß der von mir schon dargestellten Dominotheorie ihre politischen Aktivitäten auf das Kopfnicken eingeschränkt haben. Nicht wahr, Kollege Lortz?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dabei wäre in diesem Fall das Kopfschütteln allemal eher angezeigt, was allerdings all denen in der Koalition, die mittlerweile in einer völlig eindimensionalen Welt denken, wahrscheinlich nicht möglich ist.

(Frank Lortz (CDU): Das ist aber frech!)

Meine Damen und Herren, kommen wir nun auf die „unumgänglichen personellen Konsequenzen“ zu sprechen. Da ist das Verhalten des Ministers an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten. Die „unumgänglichen Konsequenzen“, das war die Freistellung des Leiters der Haushaltsabteilung – was auch immer „Freistellung“ beamtenrechtlich tatsächlich heißen möge. Die Öffentlichkeit nahm es denn auch deutlicher wahr: Der Beamte sollte geschasst werden. Damit wurde von Minister Weimar ein tadelloses Beamtenleben irreparabel beschädigt.

Wir haben es sowohl bei den Nachfragen im Haushaltsausschuss als auch hier in der Plenardebatte erlebt. Der Vorwurf lautete: Das Versäumnis der unverzüglichen Information über die Veränderung im Länderfinanzausgleich bzw. in den Steuerdaten insgesamt sei nicht akzeptabel. – Das ist ein wörtliches Zitat von Minister Weimar in der Plenardebatte am 25. Oktober, dreimal hier vorgelesen. Nur, Herr Minister: Das Versäumnis der unverzüglichen Information des Landtags durch Sie, nämlich zur Korrektur der Falschinformation, ist ebenfalls nicht akzeptabel. Sie haben damit gegen Ihre Amtspflicht als Finanzminister eklatant verstoßen. Sie sind dem Parlament für Ihre Handlungen und Ihre Erklärungen verantwortlich – und dafür, dass die Informationen, die Sie uns geben, nicht falsch, sondern richtig sind. Sie waren aber objektiv falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Kurz vor Weihnachten soll jetzt die Affäre Weimar beerdigt und unter den Teppich gekehrt werden. Der Abteilungsleiter hat seinen Schreibtisch wieder eingenommen. Es scheint alles gut zu sein. Zumindest tut die Koalition so. Ja, sie setzt noch einen drauf und lobt den Minister für dieses unmögliche und unwürdige Verhalten, indem in einer Presseerklärung des verehrten Kollegen Lortz vom 5. Dezember von einer „souveränen Entscheidung“ des Finanzministers gesprochen wird.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das pure Gegenteil ist der Fall. Die Freistellung war blanke Willkür, und die Rücknahme ist rechtlich geboten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dies als „souveräne Entscheidung“ verkaufen zu wollen, das schlägt – umgangssprachlich ausgedrückt – dem Fass den Boden aus.

(Frank Lortz (CDU): Unglaublich!)

Wenn personelle Konsequenzen am 25. Oktober vom Finanzminister als „unumgänglich“ bezeichnet wurden, dann müssen Sie schon sagen, warum sie Anfang Dezember nicht mehr unumgänglich sein sollen. Wir hielten und halten personelle Konsequenzen in der Tat für unumgänglich, nämlich Ihre persönlichen Konsequenzen, Herr Finanzminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Erklärung zu Ehren des Abteilungsleiters, den Sie öffentlich zum Sündenbock gemacht haben, haben Sie nämlich verweigert – trotz Nachfrage im Haushaltsausschuss. Sie haben sie bisher auch hier verweigert. Ich sage Ihnen: Das geht nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es mag Sie freuen, dass die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Sie am Sonntag in die Reihe der Leute der Woche eingeordnet hat, und zwar als „Umfaller“. Die Zeitung schreibt: „Enge Mitarbeiter öffentlich bloßzustellen zählt nicht zu den feinen politischen Umgangsformen.“ Wenn der CDU-Mann sein Haus in den Griff bekommen wolle, so solle er das intern regeln und nicht seine Leute beschädigen. – Wohl wahr, Weimar ist in Not.

Der Finanzminister verhält sich wie ein angeberischer großmäuliger Choleriker, der alles andere als souverän mit den Anforderungen seines Amtes umgeht.

(Zurufe von der CDU)

Die Handlungstärkte und Entschlossenheit, die er uns vorzugaukeln versucht, waren von Anfang an hohl und waren nur erzeugt von der in solchen Fällen typischen Überforderung eines Situationspanikers.

Es ist überhaupt nicht witzig, das finanzpolitische Schicksal unseres Landes in solchen Händen zu wissen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein Sicherheitsrisiko wie Karlheinz Weimar kann sich Hessen nach unserer festen Überzeugung nicht leisten. Er beschädigt nicht nur das Ansehen des Landes, z. B. auch im Kreise seiner Finanzministerkollegen, sondern er ruiniert auch die Arbeitsqualität der hessischen Finanzverwaltung, insbesondere im Ministerium. Herr Finanzminister, treten Sie an dieses Pult, und geben Sie dem von Ihnen grundlos im Ansehen beschädigten Abteilungsleiter Satisfaktion.

Erklären Sie dann – als letzte Ihrer Amtshandlungen – Ihren Rücktritt. Sie tun damit dem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern den einzigen Dienst, den Sie noch tun können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie täten es im Übrigen auch für sich selbst zur Rettung Ihrer eigenen Ehre. Meine Damen und Herren, aus der dargestellten Kurzchronologie der Breitseiten der Presseerklärungen des Ministers ist eine weitere Dreistigkeit noch herauszuarbeiten. Ich hatte sie schon zitiert. Am 1. November war eine Überschrift „Absenkung der geplanten Neuverschuldung“. – Überprüfen Sie einmal kurz den Wahrheitsgehalt dieser Aussage. Es sollten 510 Millionen DM mehr Schulden gemacht werden, und der Finanzminister spricht von einer Absenkung der geplanten Nettoneuverschuldung.



Normalerweise würde man einen solchen Menschen, der so etwas tut, einen dreisten Lügner nennen. Indes lässt es der parlamentarische Sprachgebrauch nicht zu. Dennoch ist das, was er gesagt hat, die vollständige Unwahrheit, denn geplant war nach den Aussagen der gesamten Koalition – Kollege Lortz lächelt einmal wieder, weil er weiß, was jetzt kommt – zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als das, was der Haushalt 2001 tatsächlich enthält.

Herr Weimar, Sie selbst und die Koalitionsabgeordneten haben immer wieder auf unser Nachbohren den Nachtragshaushalt erster Versuch, wie wir ihn nennen, für nicht existent erklärt und haben sich geweigert, ihn dem Landtag vorzulegen. Forderungen der SPD und auch von uns in diesem Sinne wurden jederzeit und mehrfach zurückgewiesen. Es gäbe nur den einen Entwurf, der dem Landtag zugeleitet wurde. Wie kann man denn von einer Absenkung der geplanten Nettoneuverschuldung sprechen, wenn es sich tatsächlich um eine Erhöhung handelt?

Meine Damen und Herren, Haushaltsrecht und Haushaltsdaten sind für die meisten keine einfache Materie. Deshalb glauben Sie wohl – ich meine die Kolleginnen und Kollegen von der Koalition –, den meisten Menschen geht es ähnlich, und dann kann man denen etwas aufs Ohr erzählen. Sie blicken nicht durch. Deshalb glauben sie dem Finanzminister, der hier so etwas völlig wahrheitswidrig darstellt, um das Desaster in der Finanzpolitik durch diese Falschbehauptung zu verschleiern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Senkung der Nettoneuverschuldung – während es in Wahrheit um mehr als eine halbe Milliarde DM zusätzlicher Schulden geht. Ich sage an dieser Stelle in aller Klarheit: Meine Damen und Herren, glauben Sie der Landesregierung nichts, glauben Sie ihr kein Wort mehr. Sie will Sie erkennbar für dumm verkaufen, und dafür ist ihr jedes Mittel recht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage das vor allem in Richtung Öffentlichkeit, weil hier im Hause leider die Mehrheit der Abgeordneten schon längst ihre Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, offensichtlich an der Garderobe abgegeben hat und die Nibelungentreue den berühmten drei Affen folgt: nichts hören, nichts sehen und nichts sagen. Sie sind in meinen Augen zum Klub der Claqueure verkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Siebel (SPD))

Meine Damen und Herren, Landesregierung und Koalition spielen ständig die Erfolgreichen. In jeder Rede aus Ihren Reihen kommt das Wort Stolz mehrfach vor. Doch in Wahrheit – das sollten Sie sich einmal wirklich in Ruhe überlegen – haben Sie keinerlei Grund, stolz zu sein. Sie sind Handlanger beim Bau eines Lügengebäudes.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na! Jetzt wirst du frech, du grüner Löffel!)

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt 2001 belastet die Zukunft Hessens mit einer weiteren halben Milliarde DM Schuldenlasten, für die die Bürgerinnen und Bürger des Landes gar nichts bekommen. Denn wie wird von Regierungs- und Koalitionsseite auch noch mit triumphierender Stimme verkündet? „Die zusätzliche Kreditaufnahme dient ausschließlich dem Ersatz fehlender Einnahmen.“

Dieser Satz überrascht doch sehr, denn er ist zunächst einmal völlig banal. Jeder Privatmensch wird keinen Kredit aufnehmen, wenn er genug Einnahmen zur Deckung seiner Ausgaben hat. Wenn er aber weniger Einnahmen hat, dann denkt er doch zuerst darüber nach, wie er seine Ausgaben reduzieren kann, bevor er zur Kreditabteilung seiner Bank geht.

Die Regierung und die Koalition tun genau dies nicht, sondern sagen: Die Erhöhung der Nettoneuverschuldung dient ausschließlich der Deckung fehlender Einnahmen. – Wunderbar, das ist Verfrühstücken der Zukunft, Herr Kollege Lortz, und nichts anderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben einen Nachtragshaushalt vor uns, der keine Anstrengung macht, von rückläufigen Einnahmen auch nur einiges aufzufangen, um die Ausgaben zu kürzen. Wir haben einen Nachtragshaushalt vor uns, der zusätzliche Ausgaben – alleinige Verantwortung dieser Landesregierung – durch Umschichtung aufzufangen versucht und keine Kraft hat, Ausgaben tatsächlich zu reduzieren, um Einnahmeverluste auszugleichen. Das ist die Finanzpolitik des „Nach mir die Sintflut“.

(Frank Lortz (CDU): Entschuldige dich!)

Herr Kollege Lortz, als Opposition könnte man sich über die Selbsteinschätzung der Koalition freuen, denn mehr als 15 Monate Regierungszeit wollen Sie offensichtlich selber nicht mehr haben. Nur haben die Folgen dieses Tanzes auf dem Vulkan alle Hessinnen und Hessen zu tragen – und das ist das Problem –, denn der Schuldendienst fordert wachsende Leistungen, die an anderer Stelle fehlen werden.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Festzuhalten bleibt auf jeden Fall: Am Länderfinanzausgleich hat es nicht gelegen. Dort sind dieses Jahr nämlich 103 Millionen DM weniger zu leisten, als bei der Aufstellung des Haushaltsplanes geplant wurde. Die Debatten hier im Hause über den Strick am Halse Hessens haben sich als echte Geisterdebatten, initiiert vom finanzpolitischen Panikorchester der Koalition, erwiesen – unter der sprunghaft wirren Leitung des Sicherheitsrisikos Karlheinz Weimar, so, wie ihn die Presse beschreibt.

Meine Damen und Herren, schauen wir neben der Finanzwirtschaft die vorgesehenen Veränderungen in den Einzelplänen an. Das sollten wir, denke ich, auch tun. Dann bestätigt sich nämlich im Detail genau das, was ich zum Generellen ausgeführt habe. Wie ich bereits in der ersten Lesung darstellte, ist der Einzelplan 01 in diesem Nachtragshaushalt ein besonderes Ärgernis, denn mit diesem Nachtrag der gleichermaßen inhalts- wie geistlosen Standarderläuterung – ich zitiere: „Kürzung infolge Einsparung“ – wird auch an den Ansätzen im Landtagsetat für Besuchergruppen, für Bücher und Zeitschriften, für Post- und Fernmeldegebühren herumgekürzt.

Wenn man dies auch noch als Auskehr der potenziellen Haushaltsreste noch hinnehmen könnte, ist die Reduzierung der IT-Mittel völlig unakzeptabel. Das habe ich Ihnen bereits in der ersten Lesung gesagt. Ich wiederhole es hier: Dem Haushalt sollen 22 % – das ist fast ein Viertel – vorgesehene IT-Mittel in diesem Jahr noch gestrichen werden. Uns hat nicht einmal vorher irgendjemand gefragt, sondern er desavouiert die Anstrengungen von Enquetekommission und anderen Arbeitsgruppen und Run-



den, die sich darum bemühen, die Ausstattung des Landtags und insbesondere der Abgeordneten zu verbessern, damit sie in der Informationstechnologie mit dem, was die Regierung vorgibt, tatsächlich mithalten können. Das wird auch so einfach mit einem Federstrich in diesem Jahr um immerhin 22 % gekürzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, im Haushaltsausschuss sehen Sie bislang noch nicht ein, sich an dieser Stelle zu bewegen. Wir haben, wie Sie nachlesen können, Anträge gestellt, um genau diesen Fehler zu korrigieren. Es sollte ausnahmsweise möglich sein, dass die Koalition sich auch einmal besinnt und die Anträge akzeptiert. Die IT-Ausstattung des Landtages und insbesondere der Abgeordneten braucht auf jeden Fall dieses zusätzliche Geld, denn derzeit ist der Zustand, den angeblich alle wollen, um nämlich tatsächlich, was die Datenverarbeitungsmöglichkeiten angeht, vor dem Hintergrund der Einführung neuer Steuerungsmodelle mit der Regierung mitzuhalten, nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, der nächste Einzelplan, der in meinen Ausführungen kurz anzusprechen ist, ist Einzelplan 03. Der verdient in der Tat auch die Aufmerksamkeit, weil an dieser Stelle genau das existiert, was vorzuführen ist, was ich Ihnen vorgetragen habe. Die Landesregierung betreibt nur virtuelle Politik, insbesondere auch – das wird sie schmerzen, ist aber die Tatsache – im Bereich der inneren Sicherheit, denn sie stellt Bilder, die nichts mit der Realität zu tun haben.

Groß gefeiert haben in diesem Hause, in der Öffentlichkeit sowieso, der Innenminister und etliche von Ihnen, sprich: von der Koalition, dass die innere Sicherheit in diesem Jahr noch mit zusätzlichen personellen Mitteln und Stellen ausgestattet wird und zusätzlich Sachmittel bereitgestellt werden.

Nur, nach dem Zeitplan wird der Nachtragshaushalt am 18. Dezember verabschiedet. Der Kassenanschlag für die bewirtschaftende Stellen kann also vorher nicht verteilt sein. Da der Kassenschluss aber schon vor diesem Datum liegt, ist es schlechterdings nicht möglich, auch nur eine Mark von diesen angeblich so wichtigen Maßnahmen in diesem Jahr umzusetzen. Deshalb sage ich: Den Nachtrag mit einer Steigerung der inneren Sicherheit zu begründen, ist eine absolute Mogelpackung. Nichts werden Sie in diesem Jahr davon umsetzen können. Deswegen hätte es dafür eines Nachtrages nicht bedurft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, genau auf derselben Geisteshaltung, nämlich mit dieser Mogelpackung den Menschen vorsätzlich und gezielt etwas Falsches zu erzählen, beruht Ihre Selbstlobaktion mit den bezahlten Überstunden bei der Polizei. Sie kürzen die Mittel bei der Bezahlung der Polizeibeamten um knapp 11 Millionen DM und lassen sich anschließend dafür feiern, dass Sie die Überstundenvergütung in Höhe von 5 Millionen DM gesteigert hätten.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen: Beide Maßnahmen sind haushaltsrechtlich gar nicht nötig, weil die Personalausgaben in der Hauptgruppe 4 sowieso deckungsfähig sind. Sie hätten die Überstunden ohne Weiteres bezahlen können. Aber nein, es musste unter Strapazierung des Nachtragshaushalts Buhai gemacht werden, um zu sagen: Wie sind wir doch so toll. – Sie sind

überhaupt nicht toll; denn 700 Stellen im Polizeivollzugsdienst sind nicht besetzt, und dies ist nicht der einzige, aber mit ein Grund, dass Ausgabensätze übrig bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, kommen Sie nun nicht mit der Behauptung, das alles seien Versäumnisse der Vergangenheit. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass Rot-Grün gegen Ihren anfänglich erbitterten Widerstand und auch gegen Ihre sich später immer wiederholenden Versuche, das Thema schlecht zu reden, in Hessen die zweistufige Polizeiaufbahn eingeführt und durchgesetzt hat

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

und damit der hessischen Polizei gleichermaßen einen Qualitäts- und Vergütungsvorsprung verschafft hat, der sich als ausgesprochener Wettbewerbsvorteil gerade bei der Stellenbesetzung erweist. Nachdem jetzt 33 Monate Ihrer eigenen Verantwortung herum sind, sind die Versäumnisse und Mängel ausschließlich die Ihrigen und niemandes sonst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Punkt beim Einzelplan 03, und das darf auch bei der zweiten Lesung nicht unerwähnt bleiben, weil es in meinen Augen eine Unverschämtheit ist, wie Sie sich in dieser Frage aufführen. Sie halten es offensichtlich für richtig, die Zuschüsse an die Sportvereine zu kürzen und damit den anscheinend großzügig versprochenen Beitrag des Landes zur Olympiabewerbung zu bezahlen. Alle Ihre Versicherungen, keinem Verein würde auch nur eine Mark dadurch verloren gehen, sind dabei weder glaubwürdig noch sachlich richtig.

(Ministerin Ruth Wagner: Aber wahr!)

Es gibt erstens genug Projekte und Bedürfnisse, die bedient werden könnten. Zweitens sagen Sie, durch die gekürzten Mittel würde kein Verlust für die Vereine eintreten. – Doch, 700.000 DM von den 1 Million DM sind Mittel der Hauptgruppe 8. Das sind Investitionsmittel, die übertragbar sind. Das heißt, wenn Sie sie nicht kürzen, dann könnten sie im nächsten Jahr für die Förderung der Vereinsarbeit, insbesondere der Baumaßnahmen der Vereine, zur Verfügung stehen. Insoweit ist der Satz „Keinem Verein geht auch nur eine Mark verloren“ schlicht falsch. Mindestens die 700.000 DM gehen ihnen voll verloren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir Anträge gestellt, um genau diesen Schaden zu reparieren. Die Auftritte des Innenministers und auch des Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit und vor den Vereinen erweisen sich, wie ich Ihnen klar nachgewiesen habe, als das, was man leider so oft erleben muss: Sie haben den Leuten etwas vorgeschwindelt. Sie wollen das Geld tatsächlich beim Sport wegnehmen, um Ihr Olympiainage aufzupolieren.

(Clemens Reif (CDU): Falsch!)

Doch das ist gar nicht die wichtigste Seite des Problems, die absolute Höhe der Fördermittel. Viel wichtiger ist das Signal. Die Landesregierung propagiert die Olympiabewerbung und will damit angeblich in der Region Rhein-Main für Aufbruchsstimmung sorgen. Sie erweckt den

Eindruck, dass sie selbst fest an das Projekt glaubt und sozusagen die Lokomotive spielt und selbstverständlich mit Finanzmitteln dabei ist. Doch wir entnehmen dem Nachtrag und der Erläuterung, dass es tatsächlich so ist, wie es da steht: Weniger bei den Sportvereinen zur Deckung der Ausgaben der Olympiabewerbung.

Meine Damen und Herren, genau das hätten Sie nicht tun dürfen. Das sollten Sie nicht tun, und Sie sollten noch einmal darüber nachdenken. Wir geben Ihnen die Chance dazu, bis zur dritten Lesung darüber nachzudenken. Anhand unserer Änderungsanträge können Sie diesen Fehler wieder gutmachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte es schon gesagt: Die Chancen, den Fehlstart bei Olympia zu reparieren, sind gut für Sie. Nachdem bei Gesprächsgelegenheiten und andernorts immer einmal zu den GRÜNEN gesagt wird: „Na ja, wir haben eure Anträge alle abgelehnt, das ist vielleicht gar nicht so gut; der eine oder andere brauchbare Ansatz ist durchaus dabei“ – ich höre das Lob richtig heraus –, nehmen Sie vielleicht die Gelegenheit, wenn Sie sich schon beim Haushalt nicht dazu verstehen konnten, beim Nachtrag zu sagen: Die Nichtkürzung sowohl bei der IT-Ausstattung des Landtags als auch bei den Sportvereinen ist eine Sache, auf die sich das gesamte Haus verständigen kann.

Wir haben uns in der Tradition bisher immer darauf verständigt, den Haushalt des Landtags einvernehmlich zu regeln. Wenn es aber so bleibt, dann werden wir dies nicht einvernehmlich regeln können; denn wir können es nicht mitmachen, dass Sie die IT-Ausstattung so reduzieren.

(Frank Lortz (CDU): Blamier dich nicht! Die Mittel werden doch gar nicht gebraucht!)

Wir halten es auch für sinnvoll, den gemeinsamen Beschluss zu Olympia nicht nach so kurzer Zeit zu gefährden, indem Sie sich an dieser Stelle so schäbig verhalten, wie Sie es offensichtlich zu tun beabsichtigen.

Meine Damen und Herren, normalerweise spricht man bei der Betrachtung von Einzelplänen über das, was die Regierung und die Ministerinnen und Minister vorhaben und wofür Mittel bereitgestellt werden. Das kann man, wenn man den Einzelplan 08, den Sozialhaushalt, betrachtet, nun leider überhaupt nicht tun, obwohl in diesem Jahr sehr viel über den Sozialsektor geredet und diskutiert worden ist. Es ist keinerlei Gestaltungswille zu erkennen, sondern weitere 85 Millionen DM Kürzung in der Verantwortung der neuen Sozialministerin. Der Sozialetat bleibt leider – das sage ich doppelt unterstrichen – zum Plündern freigegeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, sonst noch eher ungewöhnlich ist, dass man den Einzelplan 14, Versorgung, hier besonders anspricht. Aber in diesem Fall muss man es tun. Es sind knapp 100 Millionen, genau 98 Millionen DM, im Nachtrag mehr vorgesehen, als ursprünglich für die Bezahlung der Versorgungskosten in den verschiedenen Bereichen geplant war. Wir haben es aber nachgerechnet, und ich sage Ihnen: Mit diesem Ansatz fehlen Ihnen nach unserer Kalkulation immer noch 32 Millionen DM; denn das, was Sie im letzten Jahr getan haben, trägt jetzt seine negativen Früchte. Sie müssen die Folgen des falschen Weges ausbaden, den die gesamte Regierung gegangen

ist. Die massive Unterstützung der Frühpensionierungen war ein ebenso massiver Fehler. Die Pensionskosten explodieren, und die frei gewordenen Stellen bei Schule und Polizei können Sie gar nicht besetzen, wie wir hier hören können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Für mehr Geld bekommen Sie weniger. Leider ist das ein Markenzeichen der schwarz-gelben Regierung. Es erweist sich, dass die Landesregierung ihr Heil immer noch darin sucht, durch Zahlenjonglieren und vorgetäuschte Aktivitäten ohne materielle Substanz politisch zu punkten. Doch an diesem Nachtrag wird es deutlich: Der Versuch ist gescheitert, und das allzu trostlose Spiel ist durchschaut.

Das Schlimmste ist dabei, wie argumentationslos und wahrheitswidrig die Koalition agiert – wir erleben es derzeit; bisher kam noch kein Redebeitrag – und wie skrupellos sie die Verschuldung des Landes zulasten der Zukunft in die Höhe treibt.

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Von jeglichem Ansatz zur Konsolidierung haben Sie sich vollständig verabschiedet. Ihr neues Motto lautet offensichtlich: Hessen – hier wird die Zukunft verspielt. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege Brückmann für die CDU-Fraktion.

**Uwe Brückmann (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kaufmann, ich sehe das nicht so.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Augen auf, Ohren auf! – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Überraschung!)

– Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist keine Überraschung.

(Michael Denzin (FDP): Es war eine Frechheit!)

Wir sagen: Diese Landesregierung setzt positive Akzente in schwieriger Zeit. Das hätten Sie auch feststellen können.

(Beifall bei der CDU)

Man muss an dieser Stelle auch einmal sagen, dass die Lage der öffentlichen Haushalte sich im Jahre 2001 erheblich verschlechtert hat. Sie müssten hoffentlich auch wahrgenommen haben, dass das kein Problem der Hessen allein ist. Deswegen wundert es mich schon, wenn Sie hier eine Tirade über Dinge vom Zaun brechen, die schlecht gelaufen sind. – Wenn Sie in anderen Ländern geguckt

hätten, dann wäre auch Ihnen aufgefallen, dass es wirklich kein hessisches Problem ist.

Wir haben natürlich – das muss man an dieser Stelle sagen – darunter zu leiden, dass die Konjunkturprognosen schlechter ausgefallen sind. Das Wirtschaftswachstum ist rückläufig. Das hängt auch mit der schlechten Politik zusammen, die in Berlin gemacht wird. Das muss man hier deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es waren mal wieder die anderen!)

Sie haben leider nicht angesprochen, welche Auswirkungen die Steuerreform für uns hat. Wenn Sie die Jahre 2001 bis 2005 addieren, dann werden Sie merken, dass dem Land Hessen 6,5 Milliarden DM fehlen werden. Das sind doch die erschwerten Bedingungen, Herr Kaufmann, das müssen Sie doch auch sehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen wollen Sie noch mehr Steuerreform!)

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ist nicht nur auf den 11. September gegründet, sondern es war eine Entwicklung, die absehbar war. Aber dieser Bundeskanzler hat dies nicht erkannt bei seiner Politik der ruhigen Hand. Er hat zugeschaut, wie sich die Situation in der Bundesrepublik Deutschland dramatisch verschlechtert hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie über Hessen!)

In den europäischen Nachbarländern sieht es viel besser aus als in Deutschland. Ich sage an dieser Stelle: Da rächt es sich, dass die Bundesregierung keine Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt hat, die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht gefördert hat.

Schröder hat einmal gesagt, er will sich an den Arbeitslosenzahlen messen lassen, mit einer Vorgabe von 3,5 Millionen. Jetzt sind wir bei 3,8 Millionen Arbeitslosen, Tendenz steigend. Was macht der Kanzler? Er schaut nur zu. Das ist doch die Situation.

Es rächt sich auch, dass nicht auf breiter Basis Steuern gesenkt worden sind, wie dies die CDU/CSU mit ihrem Konzept gefordert hat. Leider ist das nicht gemacht worden. Ich denke, unter diesen Rahmenbedingungen, die wir in Hessen haben und unter denen wir Haushaltspläne aufstellen und abarbeiten müssen, haben wir doch ein hervorragendes Ergebnis hier vorzulegen. Herr Kaufmann, das muss man doch sagen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 500 Millionen DM Schulden – ein hervorragendes Ergebnis?)

unter diesen schlimmen Bedingungen ist es diesem Finanzminister und dieser Landesregierung doch gelungen, mit dem Nachtragshaushalt 2001 ein gutes Ergebnis vorzulegen

(Beifall bei der CDU)

und auch mit dem Haushaltsentwurf 2002.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Je mehr Schulden, desto besser, oder wie?)

Herr Kaufmann, ich sage, ich habe auch bei Herrn Haupt und bei Herrn Rudolph immer wieder geschmunzelt,

wenn sie dargestellt haben, welche Veränderungen bei uns enthalten sind. Sie haben es nie fertig gebracht, überhaupt einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Sie haben in der Haushaltsrechnung immer nur dargestellt,

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

dass Sie zu enormen Verschlechterungen gekommen sind. Die CDU hat zusammen mit der FDP dafür gesorgt, dass es Haushaltswahrheit und -klarheit gibt.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lothar Quanz (SPD): Das war gut! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du liebe Zeit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Quanz, auch das will ich einmal ansprechen: Im Gegensatz zu Rot-Grün haben wir einen soliden Haushalt.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, dies unterscheidet sich insoweit von Ihnen, dass Sie, was die Haushaltsansätze angeht, hier auch immer hervorragende Zahlen vorgelegt haben, aber wenn wir uns die Haushaltsrechnungen angesehen haben,

(Manfred Schaub (SPD): Es wird immer lustiger!)

dann sahen die miserabel aus.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben nämlich in der Rechnung selbst immer wieder verfassungswidrige Haushalte dargestellt. Das war Ihre Politik, und das hat nichts mit Haushaltsklarheit und -wahrheit zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heinrich Haupt (SPD): Das hat mit Waigel und Kohl zu tun!)

Ich denke, das muss man an dieser Stelle sagen.

Herr Kollege Quanz, Sie fordern mich regelrecht heraus. Was Ihren Doppelhaushalt vor der Landtagswahl des Jahres 1999 angeht, auch da haben Sie uns einen schönen Haushalt vorgelegt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie lieber nicht davon!)

Das war ein Superhaushalt, bei dem wir nach der Landtagswahl feststellen mussten, dass Sie 1 Milliarde DM weniger in der Kasse hatten. Das war Ihr Haushalt. Er hat sich nicht an Haushaltsklarheit und -wahrheit orientiert,

(Heinrich Haupt (SPD): Wer hat denn damals in Bonn regiert?)

sondern er war nur auf den Wahltag ausgerichtet. 1 Milliarde DM Defizit in der Landeskasse – und trotzdem haben Sie die Landtagswahl verloren, das freut mich ganz besonders.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege Brückmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Al-Wazir?

#### **Uwe Brückmann (CDU):**

Ich habe so viele Punkte, die abuarbeiten sind, und daran können wir sie noch anreihen.



(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Dann ist es vorbei!)

Ich habe noch etwas zu Herrn Rudolph und zu Frau Hoffmann zu sagen, auch zu Herrn Kaufmann. Ich habe so viele Punkte, vielleicht können wir das noch am Schluss machen.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Herr Schaub, ich sage Folgendes: Wir haben 1999 sofort aufgeräumt. Wir haben 410 Millionen DM eingespart und den Haushalt 1999 in Ordnung gebracht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nachträglich für einen abgelaufenen Haushalt Schulden gemacht!)

Das haben wir geleistet. Das ist solide Politik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schuldenmachen ist solide Politik? – Manfred Schaub (SPD): Was ist daran solide?)

Das wollen Sie natürlich nicht wahrhaben.

Herr Schaub, ich sage an dieser Stelle, es tut weh, aber wir Hessen haben ein Problem, wir sind doppelt belastet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir Armen, jetzt kommen uns aber die Tränen!)

Erstens hatten wir einen Ministerpräsidenten Eichel, der eine wirklich desaströse Finanzpolitik hinterlassen hat, und jetzt haben wir ihn noch in Berlin, wo er uns sehr schlechte Rahmenbedingungen setzt. Das ist doch die Situation.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Kahl (SPD): Steuerermehreinnahmen!)

Im Rahmen dieser miserablen Rahmenbedingungen haben wir doch etwas Hervorragendes geleistet. Das wollen Sie nicht wahrhaben.

(Heinrich Haupt (SPD): 1,6 Milliarden DM hat er uns beschert!)

Wir sagen Ihnen das aber eindeutig. An dieser Stelle kann man auch sagen, wir hätten in der Bundesrepublik Deutschland kein positives Wirtschaftswachstum, wenn wir Hessen mit unseren hervorragenden Zahlen nicht entscheidend dazu beigetragen hätten.

(Heinrich Haupt (SPD): So ein Unfug!)

Sonst wäre Herr Schröder bundesweit in ein so genanntes – leider gab es das auch einmal – Minuswachstum gerutscht. Das ist doch die Situation.

(Manfred Schaub (SPD): Wie denn?)

Herr Kaufmann, ich musste schon ein wenig schmunzeln, als Sie die Situation, die wir haben, dargestellt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Wahrheit tut weh, Herr Kollege!)

– Ja, Herr Kaufmann, die Wahrheit tut weh.

(Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist zu einer hinteren Bankreihe gegangen.)

Herr Kaufmann, ich glaube, Sie haben sich schon abgewendet, weil Sie genau wissen, was es für Sie bedeutet und was Sie mit diesen Haushaltsplänen in den vergangenen

Jahren angestellt haben. Ich sage Ihnen, wir haben Hervorragendes geleistet,

(Heinrich Haupt (SPD): Waigel und Kohl haben das angestellt!)

wenn man sich vor Augen führt, was wir hier übernommen haben. Dieser Finanzminister und diese Landesregierung haben Hessen nach vorne gebracht. Das muss man hier herausstreichen.

An dieser Stelle sage ich auch: 613 Millionen DM haben wir weniger an Steuereinnahmen – Einbrüche bei der Körperschaftsteuer, bei der Umsatzsteuer und erhebliche Mindereinnahmen bei den Gewerbesteuerumlagen.

Ich gebe auch zu, wir haben Zuwächse bei der Lohnsteuer, der Einfuhrumsatzsteuer und unerwartete Erstattungen im Rahmen der Abrechnung der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich.

(Reinhard Kahl (SPD): Wieso denn unerwartet?)

Dies reicht aber nicht aus, um die enormen Einbrüche abzudecken. Das ist doch die Situation. Genau das, was Sie dem Finanzminister vorwerfen, hat doch überall in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden, und das müssen Sie doch auch wahrhaben. Ich denke, das sehen Sie auch.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was er uns vorgeführt hat, hat in der Tat nur hier stattgefunden! – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Diese Probleme haben nicht nur die Hessen, sondern auch die anderen Bundesländer. Wenn man diese Mehreinnahmen und die Wenigereinnahmen bei den Steuern zusammenrechnet, dann kommt eben eine Mehrbelastung in Höhe von 510 Millionen DM heraus.

(Reinhard Kahl (SPD): Und dann machen wir einfach mehr Schulden!)

Herr Kahl, wie legen sehr viel Wert darauf,

(Reinhard Kahl (SPD): Gehen wir einfach zur Bank!)

diese Erhöhung der Nettokreditaufnahme von 510 Millionen DM darf nur stattfinden, um die Steuerausfälle auszugleichen, die diese Landesregierung und diese Koalition nicht zu vertreten haben, die eindeutig darin begründet sind,

(Heinrich Haupt (SPD): Aber die 1,6 Milliarden DM, die haben Sie zu vertreten?)

dass in Berlin keine vernünftigen Rahmenbedingungen gesetzt worden sind. Dies hat nicht der Finanzminister Karlheinz Weimar zu verantworten.

An dieser Stelle sagen wir auch, es handelt sich um eine vorübergehende Erhöhung der Nettoneuverschuldung von 1,3 auf 1,81 Milliarden DM.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nächstes Jahr gehts weiter!)

Herr Kaufmann, Ihre Rücktrittsforderung – darüber kann man wirklich nur noch lachen.

(Heinrich Haupt (SPD): Na, na, na!)

Darüber kann man wirklich nur noch lachen. Wenn Sie einmal die Steuermindereinnahmen in der Bundesrepublik Deutschland sehen:

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen sollte mit diesem Finanzminister das Lachen vergehen!)

in Hessen 510 Millionen DM weniger, in Baden-Württemberg 250 Millionen DM weniger, in Bayern 737 Millionen DM weniger, in Rheinland-Pfalz 587 Millionen DM weniger, jeweils im Haushalt des Jahres 2001. In Nordrhein-Westfalen sind es allein im laufenden Haushaltsjahr 2001 4 Milliarden DM weniger. Dann hätten Sie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland alle Finanzminister zum Rücktritt auffordern müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Reinhard Kahl (SPD) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die müssen alles das aushalten, was Sie in Berlin nicht geleistet haben. Herr Kaufmann, das muss man an dieser Stelle sagen, es ist einfach so.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben in diesem Jahr mehr Steuereinnahmen als in der Vergangenheit!)

Ich denke, die Situation ist doch die, dass wir auf der Einnahmenseite Einbrüche haben, die wir in Hessen nicht zu verantworten haben. Auf der Ausgabenseite aber gibt es auch Veränderungen.

(Heinrich Haupt (SPD): Wo sind denn die 1,6 Milliarden DM hin? Ausgegeben?)

Zu diesen Veränderungen stehen wir auch. Wir haben ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der inneren Sicherheit. Die Mehrarbeitsvergütung ist bereits angesprochen worden. Wir verstärken das Landesamt für Verfassungsschutz und geben dort mehr Mitarbeiter hinein,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was in diesem Jahr überhaupt nicht greift!)

wir stellen mehr Geld für Sachausstattung zur Verfügung. Wir machen etwas beim Katastrophenschutz für 2 Millionen DM,

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und wir unterstützen auch die Olympiabewerbung, Herr Al-Wazir.

Ich denke, auch das muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden: Wir haben im Bereich der inneren Sicherheit eine hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn Herr Rudolph von seinen Besuchen bei den Polizeistationen berichtet, zu denen Sie generalstabsmäßig ausgeschwirrt sind,

(Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD))

dann habe ich bei Ihren Beiträgen immer geschmunzelt, weil Sie ein paar Jahre zu spät gewesen sind. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie zu Ihrer Zeit in die Polizeistationen gegangen wären

(Beifall bei der CDU)

und sich über die miserable Situation dort informiert hätten, und nicht in einer Zeit, in der wir das, was Sie zu ver-

antworten haben, aufarbeiten. Jetzt fangen Sie an und sagen, was alles schlecht ist. Sie hätten sagen müssen, was wir bisher alles geleistet haben. Das ist doch die Situation, die wir haben. Deshalb kommt schon leichtes Schmunzeln auf.

Ich denke, wir haben hervorragende Arbeit geleistet: Die Polizei erhält weitere 350 Kräfte, massive Verstärkung der Ausbildung bei der Polizei, Modernisierung der Informationstechnik, Überstundenausgleich bei der Polizei, Stärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz – das habe ich schon genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ein schlimmes Erbe übernommen. Ich habe es bereits angesprochen. Herr Bökel hat 650 freie Stellen bei den Polizeibeamten hinterlassen. Das ist doch das Erbe, das wir angetreten haben. Ich sage Ihnen auch: Polizeibeamte müssen wir erst ausbilden. Wir können nicht jeden nehmen, um für die Sicherheit zu sorgen.

(Manfred Schaub (SPD): Doch, doch, ihr wollt jeden freiwillig nehmen!)

Wir machen eine vernünftige Ausbildung für die Polizeibeamten.

(Manfred Schaub (SPD): Das passt überhaupt nicht zusammen!)

Wir haben mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Wir arbeiten auch diese Erblast ab. Das tut Ihnen weh. Dafür habe ich Verständnis. Demnächst sage ich Ihnen: Ein bisschen früher mit den Besuchen ansetzen. – Leider ist der Kollege Rudolph nicht da. Er hätte in der Zeit etwas tun sollen, als Sie in der Verantwortung waren. Wir arbeiten es jetzt auf – umso besser.

(Heinrich Haupt (SPD): Die Polizei hat sich sehr gefreut, dass wir da waren!)

Alle Hessen spüren, dass sich hier etwas tut.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Vielzahl von Punkten. Herr Kaufmann, Sie haben die Sportförderung angesprochen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo Sie den Vereinen Geld wegnehmen!)

– Das ist doch eine Milchmädchenrechnung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Milchmädchenrechnung! Tatsachen! – Manfred Schaub (SPD): Frag mal bei deinem Sportamt nach!)

– Herr Schaub, Sie wissen doch ganz genau – Sie kommen doch auch aus dem Bereich –, wie Haushaltspläne abgewickelt werden.

(Manfred Schaub (SPD): Ja!)

Bei Ihnen ist es doch so gelaufen, dass Sie zum Ende des Jahres alle Mittel haben verfallen lassen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die nehmen Sie weg!)

Wir nehmen 1 Million DM aus dem Bereich heraus und stecken sie in den Einzelplan 17. Da bleiben sie zumindest erhalten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt eine völlig neue Argumentation! – Manfred Schaub (SPD): Jetzt reitet er sich aber hinein!)

Ansonsten wären die Mittel verfallen gewesen. Ich habe mich darüber informiert. Herr Schaub, wir haben doch sogar noch Mittel, die nicht gebunden sind, die noch abgerufen werden können. Es gibt die Zusicherung, dass diese Mittel bleiben.

(Manfred Schaub (SPD): Es gibt aber auch noch Anträge! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Mittel stehen zur Verfügung. Es gibt überhaupt keine Einschränkung. Das muss an dieser Stelle auch gesagt werden.

(Manfred Schaub (SPD): Wir haben dafür Belege!)

Herr Schaub, wenn wir bei Erblasten sind: 1996 hatten Sie für die Förderung des Sports noch 7 Millionen DM zur Verfügung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kennen wir schon, Herr Kollege!)

Im Entwurf 2002 werden wir 14,4 Millionen DM zur Verfügung haben.

(Beifall bei der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

Wir haben den Ansatz fast verdoppelt. Man muss wirklich über die Kritik lachen, die Sie hier anbringen. Sie glauben sie wahrscheinlich selbst nicht mehr.

Wenn ich sehe, was Herr Rudolph und Herr Haupt zu den Feuerwehren gesagt haben: Ich denke, auch da ist einiges geleistet worden. In meinem Wahlkreis stelle ich fest, dass ich jetzt fast jede Woche ein Fahrzeug mit übergebe.

(Heinrich Haupt (SPD): Ich habe überhaupt nichts zur Feuerwehr gesagt!)

– Herr Haupt, dann war es der Kollege Rudolph.

Auch bei den Feuerwehren hat der Innenminister hervorragende Arbeit geleistet. Wir bauen den Antragsberg ab. Überall im Land können Sie sehen, wie neue Fahrzeuge in die Kreise kommen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch dort können wir Ihre Kritik so nicht stehen lassen. Ich denke, das haben Sie selbst auch eingesehen. Wir arbeiten wirklich alles konsequent ab.

(Heinrich Haupt (SPD): Keine müde Mark haben Sie den Feuerwehren mehr gegeben! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles auf Pump! Die Gemeinden bezahlen!)

Auch im Umweltbereich und im Wissenschaftsbereich wird sich einiges tun. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind nur einige Schlaglichter, was wir in diesem Land reparieren.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Wir reparieren das, was Sie uns hinterlassen haben. Es ist auch gut so, dass dies gemacht wird.

(Zurufe der Abg. Manfred Schaub (SPD) und Dr. Walter Lübcke (CDU))

Diese hervorragende Arbeit, die wir hier leisten, kommt allen Hessen zugute.

(Beifall bei der CDU)

Herr Haupt, Sie haben auch die Mehrausgaben in der Versorgung angesprochen: 98 Millionen DM.

(Heinrich Haupt (SPD): Krasse Fehleinschätzung!)

Versorgungsreformgesetz, Frühpensionierungswelle sind die Fakten, die wir auch zur Kenntnis zu nehmen haben. Viele Beamte haben die Möglichkeit genutzt.

(Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist denn daran wieder schuld?)

Ich sage: Es wird noch dramatischer werden. Herr Kaufmann, bei Ihnen wäre es so gewesen, dass Sie keinen Nachtrag gemacht hätten, sondern diese Zahlen hätten Sie im Rahmen der Haushaltsabwicklung in Ihren Rechnungen stehen gehabt, und niemand hätte jemals etwas gesehen. Zu den Rechnungen habe ich Ihnen auch schon einmal etwas gesagt, nämlich dass Sie immer wieder verfassungswidrige Haushalte vorgelegt haben. Wir legen es offen. Wir handeln nach Haushaltsklarheit und -wahrheit.

(Axel Wintermeyer (CDU): Transparent! – Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD))

Es ist auch wichtig, dass man das noch einmal anspricht. An dieser Stelle sage ich: Wenn man gesehen hat, wie bei Ihnen Haushalte entstanden sind, in welchen Mammutsitzungen und wie mit Tränen und Geheule die Haushaltspläne aufgestellt worden sind, dann muss man sagen: Bei uns läuft das doch hervorragend.

(Heinrich Haupt (SPD): Ach Gott! Ach Gott! Lassen Sie sich etwas Neues einfallen! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Märchen! – Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Da gibt es doch nichts einzuwenden. Wir haben Superzahlen. – An dieser Stelle darf ich auch den Ressorts dafür danken, dass sie bereits im Sommer angesetzt haben und im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung 250 Millionen DM eingespart haben. Das ist doch auch etwas, was bei Ihnen überhaupt nicht stattgefunden hat. Ich denke, dass dies eine bemerkenswerte Aktion ist, die man hier auch darstellen muss. Das zeigt einmal mehr, welche solide Finanzpolitik dieser Finanzminister macht. Das muss man auch herausstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir arbeiten die Programme der Landesregierung ab, und zwar in den Bereichen Schulen, Hochschulen, Wirtschaft, innere Sicherheit und Justiz. Diese Programme werden in vollem Umfang fortgeführt. Wir können diese Programme auch bezahlen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? – Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD))

Es ärgert Sie, dass wir das machen und dass wir das erfüllen, was wir versprochen haben. Das ist doch die Taktik, die Sie im Moment haben. Das haben wir erkannt.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich sage ihnen: Wir machen einiges, auch in Fragen der Haushaltspolitik, Personalkostenbudgetierung. Wir haben ein Immobilienmanagement. Die Landesverwaltung



bekommt SAP R/3. Die kaufmännische Buchführung wird eingeführt. Dort sind wir bundesweit Spitze. Sie sehen: Es tut sich etwas.

Dann darf ich vielleicht am Rande anmerken, dass dieser Landeshaushalt 2001 inklusive dem Nachtrag nach der Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung eine Punktlandung ist. Was wollen Sie da noch an Kritik anfügen? Das ist so. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU – Heinrich Haupt (SPD): Bruchlandung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als wichtige Botschaft können Sie mitnehmen, dass wir in Hessen etwas dazu leisten, dass die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen oberste Priorität haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr Schulden, das ist die Parole!)

Hessen hat mit einem Plus von 7,1 % bundesweit den höchsten Ausgabenzuwachs im Bildungsbereich. Da sind wir Spitze. Das muss man an dieser Stelle sagen. Das ist alles bezahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ärgert Sie. Das ist auch ein Steinbruch, den Sie hinterlassen haben.

(Zurufe der Abg. Heinrich Haupt (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

4.500 Lehrer- und Referendarstellen im Haushaltsplan 2002 sprechen eine eindeutige Sprache, was diese Landesregierung und dieser Finanzminister in Hessen geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Flächendeckende Betreuungsmöglichkeiten an Grundschulen will ich in dem Bereich auch noch nennen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt die rot-grünen Zahlen aus 1993 und 1995!)

Ich will auch den Bereich Hochschulen und Wissenschaft ansprechen. Die Ausgaben für die Grundmittel im Bereich Forschung und Lehre sind inzwischen bei 2,26 Milliarden DM. Sie sind also deutlich ausgeweitet worden. Das bedeutet finanzielle Planungssicherung auch für die Hochschulen. Wir haben einen bundesweit einmaligen Hochschulpakt initiiert. Da sind wir Hessen fortschrittlich. Wir packen die Probleme an. Die Landeszuschüsse für Sach- und Investitionskosten werden bis zum Jahre 2005 in diesem Rahmen jährlich um 15 Millionen DM erhöht. Sie sehen, wir tun einiges für dieses Land. Wir investieren in die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Hessen sind überhaupt Spitzenreiter. Wir sind Nummer eins bei dem Abbau der Arbeitslosigkeit,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ha!)

Nummer eins bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, Nummer eins beim Wirtschaftswachstum. Wir sind das Bundesland mit der höchsten Wirtschaftskraft aller Flächenländer. Das wissen Sie ganz genau. Hier wird hervorragende

Arbeit geleistet. Dies muss man hier auch darstellen. Das habe ich versucht in wenigen Sätzen zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt eine Vielzahl von Punkten, die ich noch darstellen kann. Ich denke, die Ruhe, die bei Ihnen eingekehrt ist,

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

zeigt einmal mehr, dass auch Sie erkannt haben, dass sich da etwas getan hat.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nachtragshaushalt 2001 zeigt: Trotz schwierigster Rahmenbedingungen, für die zum Großteil die rot-grüne Bundesregierung die Verantwortung trägt, ist es uns gelungen, ein tragfähiges Gerüst zu schaffen,

(Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD))

mit dem wir unsere gesetzten Ziele schultern können. Wir machen Hessen zum Bildungsland. Wir machen Hessen zum Land der modernen Arbeitsplätze. Wir machen Hessen zu einem Land mit mehr Sicherheit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles zwischen dem 18. und 31. Dezember! – Zuruf von der SPD: Und Schulden, Schulden!)

Zum Ende der Legislaturperiode werden wir eine Leistungsbilanz vorlegen, die trotz widriger Rahmenbedingungen aus Berlin Spitze sein wird.

(Manfred Schaub (SPD): Schulden!)

Herr Schaub, wir nutzen unsere Chance, damit wir für die Zukunft gewinnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Schaub (SPD): Schulden!)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege Brückmann, Sie wollten dem Herrn Kollegen Al-Wazir Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben. Es ist noch Zeit dafür.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege, die Frage von vorhin ist nicht mehr aktuell, aber ich stelle jetzt einfach eine andere.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– Ja, ja. – Nach dieser Rede: Würden Sie uns bitte ganz glaubwürdig erklären – ich glaube, das könnten Sie auch schaffen –, dass gerade jetzt draußen die Sonne aufgeht?

#### **Uwe Brückmann (CDU):**

Herr Al-Wazir, wenn Sie genau hinsehen würden, könnten Sie feststellen, dass die Sonne immer noch scheint. Sie ist noch nicht untergegangen. – Das ist das, was Ihnen Schwierigkeiten bereitet. Diesen Theaterdonner um den Finanzminister haben Sie noch einmal veranstaltet, weil Sie genau über diesen Punkt hinwegschiffen wollen.

(Heiterkeit bei der CDU – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frank-

**Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Hinwegschiffen wollen!)

– Ich weiß nicht, ob er schiffen kann. Ich meine, dieser Ausdruck stammt aus der Seemannssprache. Herr Kollege Kaufmann, was denken Sie denn von mir?

Herr Al-Wazir, ich denke, Sie haben genau erkannt, dass Sie uns eine schlimme Hinterlassenschaft vermacht haben. Wir müssen aufräumen und das Bundesland Hessen nach vorne bringen. Das muss ich hier noch einmal deutlich sagen. Ich denke, die Ruhe, die jetzt eingekehrt ist, macht einmal mehr deutlich, dass sich in Hessen etwas tut. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Der Disput über die auf- oder untergehende Sonne hat deutlich gemacht, wie dringend wir einen Plenarsaal mit Fenstern benötigen.

(Allgemeiner Beifall – Lothar Quanz (SPD): Vielleicht scheint die Sonne schon länger!)

Ich rufe Herrn Kollegen Siebel auf. Er spricht für die SPD-Fraktion zu Einzelplan 15.

#### **Michael Siebel (SPD):**

Abgesehen davon, dass ein neuer Plenarsaal dringend notwendig ist, darf ich feststellen, dass es draußen schon dunkel ist. Das wollte ich an dieser Stelle einmal gesagt haben.

Ein Nachtragshaushalt ist normalerweise eine relativ undramatische Angelegenheit. Ich spreche zu Einzelplan 15. Dazu hatten wir schon einige Diskussionen. Vom Einzelplan 15 – das ist derjenige, der sich mit Wissenschaft und Kunst befasst – kann man allerdings nicht behaupten, dass er undramatisch sei. Ich möchte das an zwei zentralen Aussagen – Kernargumenten – deutlich machen.

Die Oppositionsfraktionen haben bei der Verabschiedung des Haushalts 2001 die Regierung bezichtigt, bei der Aufstellung des Einzelplans 15 mit Taschenspielertricks zu arbeiten. Diese Äußerung ist bei den Koalitionsfraktionen auf heftigen Widerstand gestoßen. Aber es geht hier und heute nicht darum, Semantik zu betreiben, sondern ich möchte anhand sehr einfacher, aber harter Haushaltszahlen deutlich machen, dass bei diesem Einzelplan – insbesondere jetzt, nach der Vorlage des Nachtragshaushalts 2001 – weiterhin mit Taschenspielertricks gearbeitet wird.

Die Landesregierung rühmte sich dessen, dass die Mittel für den Einzelplan 15 um 70 Millionen DM aufgestockt wurden. Ich habe schon damals ausgeführt – übrigens im Einklang mit den Hochschulen –, dass diese Steigerungen vor dem Hintergrund von Erfolgsbeteiligung und globaler Minderausgabe ganz erheblich zusammengeschrumpft sind. Es ist festzustellen – auch darin sind wir uns in Bezug auf die Hochschulen einig –, dass ein Großteil der übrig gebliebenen Steigerungen bei unter 1 % liegt.

(Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Darin sind wir uns nicht einig!)

Abzüglich dessen, was ich schon erwähnt habe, liegen die Steigerungen der Zuschüsse für die Hochschulen bei unter 1 %.

Es steckt ein zweiter Widerspruch im Einzelplan 15. Der hessische Finanzminister hat ausgeführt, dass bei den Ausgaben ein Rückgang von 47 Millionen DM zu verzeichnen ist. Frau Staatsministerin, wir sind uns darin einig, dass die Gesamtausgaben eine Minderung von 47.289.300 DM erfahren haben.

Jetzt liegt uns der Nachtragshaushalt vor. Was bedeutet dieser Nachtragshaushalt ganz konkret für den Einzelplan 15? Was passiert in diesem Bereich? – Die Summe der Einsparungen bei den Hochschulen liegt bei 10.437.000 DM. Bei der Max-Planck-Gesellschaft und bei den Blaue-Liste-Einrichtungen wurden 2,4 Millionen DM eingespart. Was mich als Sozialdemokrat besonders betroffen macht, ist, dass bei den Ausgaben für das BAföG im Saldo 11,275 Millionen DM eingespart werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich sage das vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung im letzten Jahr in einem riesigen Kraftakt das Bundesausbildungsförderungsgesetz für Schüler und Studenten ausgeweitet hat und dass die Länder durch eine Drittelfinanzierung ihren Beitrag dazu geleistet haben. Es befremdet mich sehr, dass diese Gelder offensichtlich nicht verausgabt werden. Wir sollten uns alle daransetzen und uns überlegen, wie wir das auflösen können, wenn wir denn wollen, dass auch Kinder aus Arbeiterfamilien, die nicht über einen entsprechenden finanziellen Hintergrund verfügen, an unseren Hochschulen studieren können.

(Zuruf von der SPD: Das wollen die doch gar nicht!)

Wir sollten uns Mühe geben und darauf sehen, wie wir das verwirklichen können, statt uns angesichts der Zahlen dieses Nachtragshaushalts noch darüber zu freuen, dass wir in diesem Bereich Einsparungen vornehmen können. Was die Mittel für die Wissenschaft anbetrifft, ist also eine erhebliche Verschlechterung festzustellen. Wir müssen meines Erachtens ehrlich eingestehen, dass die Landesregierung in der Hochschulpolitik nicht so segensreich agiert, wie sie das immer zu vermitteln versucht. Vielmehr ist der Grat, auf dem wir uns bewegen, sehr, sehr schmal.

Ein zweiter Punkt, weshalb der Nachtragshaushalt 2001 besonders wichtig für den Einzelplan 15 ist. Der Haushaltsplan 2001 ist nämlich die Basis für den Hochschulpakt, über den wir morgen noch zu reden haben. Man muss sich einmal genauer anschauen, wie diese Basis eigentlich aussieht und wie sie im Vollzug immer weiter aufbröseln. Ich habe die Zahlen bereits genannt. Im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt mache ich für die SPD-Fraktion unmissverständlich klar, dass wir dafür stehen, dass die Hochschulen eine solide Finanzausstattung, die über einen langen Zeitraum reicht, bekommen.

(Nicola Beer (FDP): Wir nehmen Sie beim Wort! Das werden wir morgen sehen!)

– Frau Beer, darüber gibt es überhaupt keinen Dissens. Einen Dissens gibt es allerdings im Hinblick auf die Basis, von der Sie ausgehen. Sie gehen von einer Basis aus, die zunächst einmal aufgeblasen, dann im Haushalt 2001 in einer Reihe von Punkten reduziert wurde und die jetzt noch einmal durch die Einsparungen verkleinert worden ist, die Sie im Nachtragshaushalt vollziehen. Ihre Handlungsweise ist nicht lauter, sondern Sie vollziehen letzten Endes einen Beschiss an den Hochschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, auch das muss ich Ihnen sagen: Durch diese Vorgehensweise erzeugen Sie immer

wieder Unruhe an den Hochschulen. Das ist doch die Realität. Warum konnten Sie nicht sagen: „Wir nehmen den Haushaltsplan 2001 unbereinig als Basis für den Hochschulpakt“? Warum war das nicht möglich? Aber Sie haben den strategischen Fehler gemacht, dass Sie immer wieder ein Stück abgebaut und damit die Unruhe an den Hochschulen erzeugt haben. Das ist nichts, was ich mir einfach ausgedacht habe.

(Nicola Beer (FDP): Das stimmt doch jetzt nicht!)

– Frau Beer, seien Sie doch jetzt nicht so aufgeregt. – Um Ihnen zu beweisen, dass ich mir das nicht ausgedacht habe, erlaube ich mir, aus dem Statement des Sprechers der Konferenz der hessischen Universitätspräsidenten zu zitieren, das bei einer Anhörung verteilt worden ist, die der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst durchgeführt hat und zu der alle Präsidenten der Universitäten und Fachhochschulen geladen waren:

Der Haushalt 2001 der Universitäten ist gegenüber dem Haushalt 2000 um eine globale Kürzung des Personalbudgets in Höhe von 11,9 Millionen DM und um die so genannte „Erfolgsbeteiligung“ von 15 Millionen DM verringert worden, zusammen 26,9 Millionen DM. Für den Zeitraum des Hochschulpaktes (2002 bis 2005) sollen nun als Ausgangsbasis die „effektiv verfügbaren Zuschüsse“ des Landes an die Hochschulen im Jahre 2001 dienen (darunter müssen wir den Bruttozuschuss abzüglich globale Minderausgaben Personalbudget abzüglich „Erfolgsbeteiligung“ verstehen). Gleichzeitig ist es aber erklärte politische Absicht, auf eine Erfolgsbeteiligung verzichten zu wollen.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Michael Siebel (SPD):**

Ich darf das Zitat beenden.

Da jedoch die „effektiv verfügbaren Zuschüsse“ die Kürzung um die Erfolgsbeteiligung einschließen, wird sie 2002 bis 2005 faktisch jedes Jahr wieder erhoben, ...

Genau dies war die Kritik der Präsidenten, und diese Kritik haben Sie nicht aufgelöst, auch jetzt nicht im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf zusammenfassen. Sie haben das, was Sie immer so vor sich hertragen, was auch in Ihren Koalitionsvereinbarungen steht, nicht bewirkt: Wissenschaft, Forschung und Bildung zur Grundlage der Selbstentfaltung zu machen. Das sind alles aufgeblasene Worte, die Sie nicht haben umsetzen können.

In einem Bericht, auf den wir uns alle beziehen, nämlich dem Bericht der Hochschulstrukturkommission,

(Michael Denzin und Dorothea Henzler (FDP): Ihre Zeit ist zu Ende!)

habe ich einen wunderschönen Satz gefunden. Den darf ich Ihnen am Ende vortragen:

Reformvorschläge sind Antworten auf Schwächen, die es einer Institution unmöglich machen, ihre Probleme zu lösen.

Was Sie als Basis für diese Reformvorschläge in dem Haushaltsgesetz und in dem Nachtrag vorlegen, ist kein Ansatz zur Lösung der Probleme, von denen dort gesprochen worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege Denzin für die FDP-Fraktion.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Meine Damen und Herren! Ich bewundere die Journalisten, die sich das hier immer noch anhören.

(Heinrich Haupt (SPD): Na, na, na!)

Frau Präsidentin, Sie sollten vielleicht einmal im Ältestenrat über eine Debattenökonomie reden. Wir behandeln heute einen Nachtrag.

(Manfred Schaub (SPD): Das haben wir doch nicht verschuldet! Wer hat denn diesen Unfug verbrochen?)

Wir haben die zweite Lesung des Haushalts mit intensiver Einzellesung im letzten Plenum durchgeführt. Hier wurden mit zum Teil getürkten Argumenten ohne jeden Beleg in der Sache

(Manfred Schaub (SPD): Jetzt ist aber gut!)

Themen aufgerissen und wurde versucht, in Einzelpläne einzusteigen, um beim Nachtrag noch einmal ein Haushaltsspielchen zu machen.

(Ministerin Ruth Wagner: So ist es!)

Meine Damen und Herren, morgen früh haben wir die dritte Lesung des Haushalts 2002.

(Manfred Schaub (SPD): Für das Durcheinander können wir nichts, dafür musst du auf die andere Seite gucken!)

In diesem Haushalt 2002 befindet sich die Politikplanung dieser Landesregierung und der Koalition. Darüber können wir diskutieren und haben wir bisher diskutiert.

(Manfred Schaub (SPD): Das hätte man alles sauber abarbeiten können, wenn man gewollt hätte!)

Der Nachtrag 2001 ist am 11. Dezember im Grunde eine Statusfestschreibung und sonst nichts mehr. Es ist eine richtige Korrektur, weil wir wesentliche Veränderungen gehabt haben und weil wir im Gegensatz zu Ihnen diese Veränderungen dann auch dokumentieren und eine Neuverschuldung ausweisen, die wir nötig haben, an der wir nicht vorbeikommen, obwohl wir vorab 250 Millionen DM eingespart haben. Dann ist das überhaupt kein Grund – außer dass wir qua Nachtrag über die Finanzsituation diskutieren –, in die Einzelfelder zu gehen und hier ein unmögliches Szenario aufzuziehen.

Herr Kaufmann, zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, fällt mir nur noch das Motto ein: je schwächer, desto frecher.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben Pauschalbehauptungen aufgestellt und nicht einen einzigen Beleg angeführt. Wenn Sie über die IT-Aus-



stattung der Abgeordneten sprechen oder diese verlogene Geschichte mit den Sportmitteln anbringen,

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht verlogen!)

dann wissen Sie ganz genau, dass die Sachverhalte ganz anders sind, weil wir sie im Ausschuss ausführlich besprochen haben. Sie wissen ganz genau, dass wir, selbst wenn wir jetzt noch die IT-Ausstattung hereinnehmen würden, in diesem Dezember mit Sicherheit nichts mehr anschaffen könnten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb wollen wir sie übertragbar machen! Lesen Sie doch einmal die Anträge nach!)

Das haben Sie beim Einzelplan 03 im nächsten Satz kritisiert. Aber genau das ist unser Punkt. Ich will nur einmal dieses Beispiel fortsetzen. Wir sind uns doch alle einig, dass wir bei der IT-Ausstattung etwas tun. Wir haben es in der Enquetekommission besprochen. Wir hatten extra noch einen Arbeitskreis, der sich darum gekümmert hat. Wir haben ein Ergebnis erzielt und ein Papier vorgelegt, das von allen getragen wird. Danach wird im nächsten Jahr angeschafft. Aber es hat doch überhaupt keinen Sinn, das am 11. Dezember im Nachtragshaushalt noch zu verankern.

Nein, meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt ist ein Ergebnis. Wir haben dieses Ergebnis vorgelegt und nicht verdrückt, wie Sie es gemacht haben. Soll ich Ihnen noch einmal die Zahlen vortragen? 1997 hatten Sie ohne Nachtrag 3,03 Milliarden DM Fehlbetrag in der Rechnungslegung. Der Haushalt war veranschlagt mit 1,8 Milliarden DM. Was ist das denn, Herr Kaufmann? Da wagen Sie es noch, hier eine solche Rede zu halten? Ich kann Ihnen die anderen Jahre auch noch vorlesen, ich habe sie alle vorliegen.

Oder zu der besonderen hessischen Situation. Der Kollege hat eben vorgetragen, wie sich die Steuermindereinnahmen auf andere Länder auswirken. Was steht denn hier zu Nordrhein-Westfalen? Es wurde schon vorgetragen: Die Steuermindereinnahmen belaufen sich auf über 4 Milliarden DM. Reaktion: 2001 Erhöhung der Nettokreditaufnahme um voraussichtlich 3,3 Milliarden DM. – Jetzt kann ich Ihnen für alle Bundesländer vorlesen, wie die reagieren. Es bleibt allen nicht die Puste, es anders zu machen als über Nettoneuverschuldung, weil die Einsparmöglichkeiten weitgehend ausgereizt sind.

(Hartmut Holzapfel (SPD): Ach!)

Wir haben im Vorfeld, weil der Finanzminister sehr weit-sichtig ist, bereits im Sommer eine interne Kürzungsrunde von 250 Millionen DM durchgeführt, die quer über alle Häuser ging. Das waren genau die Beträge – das wurde zu Recht im Haushaltsausschuss angesprochen – mit diesem viel sagenden Vermerk „Kürzung wegen Einsparung“. Aber dieser Vermerk wurde nicht von Herrn Weimar er-funden, sondern den gab es genauso bei anderen Finanz-ministern in Ihrer Regierungszeit. Umso besser, dass die Erläuterungen jetzt ein bisschen weiter gefasst werden.

(Beifall des Abg. Volker Hoff (CDU))

Aber genau deshalb sind diese vielen Querkürzungen darin enthalten, die sich über die Einzelpläne hinwegzie-hen. Das haben wir gleich mit veranschlagt. Das war eine vorher in den Ministerien gelaufene „Tellersammlung“, und das ist jetzt mit veranschlagt.

Der wesentliche Faktor ist natürlich die Einnahmeent-wicklung; das ist dargestellt worden. Dann haben wir den Länderfinanzausgleich mit den unterschiedlichen Berech-nungen und Erwartungen.

(Reinhard Kahl (SPD): Abrechnungen!)

Da mussten wir zunächst davon ausgehen, dass wir viel mehr hätten veranschlagen müssen. Dass es besser ge-worden ist, ist gut für uns alle. Gott sei Dank, kann ich nur sagen. Aber deshalb bleibt der Länderfinanzausgleich im-mer noch eine Belastung. Das ist keine Verbesserung, son-derm eine geringere Verschlechterung, als wir erwartet hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir leisten uns heute eine wirklich überflüssige Diskussion, die wir morgen in der dritten Lesung des Haushalts 2002 noch einmal so haben werden. Herr Siebel, auf das, was Sie eben zum Hoch-schulpakt gesagt haben, brauche ich überhaupt nicht ein-zugehen, weil das morgen noch einmal diskutiert wird. Dann werden wir das alles wieder zurechtrücken, was hier in den Raum gestellt wurde. Mir tun nur die Leute Leid, die heute Mittag hier oben gegessen haben, diese Hinter-gründe nicht kennen und nur einen Debattenausschnitt verfolgen konnten. Die sind völlig desinformiert aus die-ser Sitzung hinausgegangen.

Die 100 Millionen DM aus dem KFA habe ich mir notiert. Genau aus dem Grund habe ich gesagt: Was soll das denn, wenn die Spitzenverbände zum Nachtragshaushalt im Dezember noch einmal den Finger in eine Wunde legen – in der Tat, es ist streitig – und diese 100 Millionen DM for-dern? Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir am 10. De-zember noch einmal 100 Millionen DM aus der Tasche ho-len. Wo sollen wir die denn einsparen? Das geht doch nur über die Zunahme der Nettoneuverschuldung, die Sie ge-rade vorher kritisiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Man kann über das Thema streiten. Das können Sie mor-gen in der dritten Lesung noch einmal bringen. Da passt es hin, weil wir es da hätten veranschlagen sollen, aber nicht in den Nachtrag. Die Entscheidung ist im letzten Jahr gefallen, als wir diesen Haushalt aufgestellt haben. Die Mehrheit hat sich dazu verstanden, und wir stehen auch dazu. Alles andere, was wir mit den Kommunen ver-einbart haben oder ihnen vor der Wahl gesagt haben, ha-ben wir eingehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Ich werde morgen in der Haushaltsrede noch einmal nä-her darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, wir hätten uns hier sehr viel sparen können, wir hätten nicht mehr in die Einzelpläne einsteigen müssen. Der Nachtrag gibt es überhaupt nicht her. Wenn es wenigstens noch den Sinn einer Regierungskontrolle gehabt hätte – im Sinne einer Arbeitskontrolle: habt ihr eure Politik umgesetzt? –, dann hätte ich es noch verstanden.

Nur das war es auch nicht. Es waren mehr oder weniger pauschale Anwürfe. Es war ein pauschales Herumgehöl-pere über ein paar Punkte der Landespolitik und anson-sten nichts. Daraus ergibt sich kein Bild. Wir brauchen die-sen Nachtragshaushalt. Der Nachtragshaushaltsgesetz-entwurf ist nach bestem Wissen und Gewissen und nach heutigem Stand der Zahlen ordentlich gemacht. Dafür

sage ich Karlheinz Weimar vielen Dank. Jetzt sollten wir den Gesetzentwurf verabschieden. Dann ist Schluss.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Finanzminister Weimar.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion der SPD hat zum Nachtragshaushalt keinen einzigen Änderungsantrag gestellt. Jetzt haben sich ihre Vertreter hierhin gestellt und erklärt, sie wüssten alles besser.

(Manfred Schaub (SPD): Das ist bei so einem Finanzminister keine Kunst!)

Eine solche Fraktion ist doch völlig aus dem Geschäft.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Zu den ganz normalen parlamentarischen Usancen hätte doch gehört – ich gehe darauf gleich ein –, dass Sie sagen, was Sie bei diesem Nachtragshaushaltsgesetzentwurf anders haben wollen.

(Manfred Schaub (SPD): Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie es schon verstanden!)

Übrigens haben Sie das auch nicht zu dem Haushaltsgesetzentwurf des Jahres 2002 gemacht. Um von Ihrem eigenen Versagen abzulenken, bleibt Ihnen nun ausschließlich die Chance, mit unsäglichen und falschen Vorwürfen die Haushaltspolitik und meine Person zu diskreditieren.

(Manfred Schaub (SPD): Dass ein solcher Dilettant noch so reden kann, finde ich schon „Klasse“!)

So etwas kann man schlichtweg vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Herr Kollege Kaufmann, prüfen Sie es einmal selbst. Lesen Sie Ihre Rede nach. Sie bewegen sich mittlerweile auf einem Niveau, das dieses Hauses nicht würdig ist. Was Sie hier ungerügt gesagt haben, ist kaum erträglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Manfred Schaub (SPD): Das von Ihnen!)

Es ist deshalb auch ziemlich vergeudete Zeit, darauf einzugehen und zu hoffen, dass Sie aus den Dingen, die vorzutragen sind und die im Haushaltsentwurf niedergelegt sind, Lehren ziehen würden. Dass dies nicht der Fall ist, hat man eben bei den Wortbeiträgen der Betroffenen gesehen.

Lassen Sie mich trotzdem einige Worte dazu sagen, wie es sich mit diesem Nachtragshaushaltsgesetzentwurf in dieser Zeit verhält.

(Manfred Schaub (SPD): So ein großer Rand und nichts dahinter!)

Ich glaube, man kann schon jetzt im Dezember sagen, dass das Jahr 2001 für das Land Hessen in einem extrem schwierigen Umfeld ein außerordentlich gutes Jahr war. Dazu hat auch die Haushaltspolitik des Landes Hessens beigetragen. Lassen Sie mich das wenigstens an einigen Punkten auflisten.

Wir brechen die Verkrustungen auf, und wir investieren in die Zukunft. Dass dies hoch erfolgreich ist, sehen Sie daran, dass das Wirtschaftswachstum in Hessen in diesem Jahr mit 1,4 % um 0,8 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegt. Das heißt, auf Bundesebene erwarten wir ein Wachstum von 0,6 %, in Hessen erwarten wir 1,4 %. Das ist ein Scheck auf die Zukunft. Denn größeres wirtschaftliches Wachstum sichert die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Wir haben das initiiert. Denn das Wachstum während Ihrer Regierungszeit war anders. Sie haben sich nämlich in der Mitte oder im hinteren Drittel hinsichtlich der Wachstumsraten der Länder der Bundesrepublik Deutschland befunden. Wir stehen ganz an der Spitze. Auch für das nächste Jahr sind 1,5 % Wirtschaftswachstum prognostiziert. Übrigens wurde dagegen die Prognose von 1,3 % Wachstum auf Bundesebene gestellt. Der Finanzminister als der zuständige Minister für die Schätzung des Wirtschaftswachstums hat zwischenzeitlich zum wiederholten Male die Erwartung auf 0,75 % reduziert. Mit 1,5 % Wachstum hätte man dann wieder ein doppelt so hohes Wachstum wie im Durchschnitt der Republik. Das zeigt, welche guten Grundlagen wir in diesem Land gelegt haben und wie wir 2002 hinkommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben natürlich nicht angesprochen, dass wir in diesem Jahr den vorletzten Schritt zur Erreichung der Unterrichtsgarantie angelegt haben. Wir werden das auch im nächsten Jahr weiterhin finanzieren. Wir werden die Unterrichtsgarantie erreichen.

Wir haben den Hochschulpakt abgeschlossen. Wir haben enorme Mittel in die Hochschulen hineingesteckt. Mehr dazu können Sie morgen diskutieren. Aber Tatsache ist, dass während Ihrer Zeit sowohl bei den Schulen als auch bei den Hochschulen permanent die Mittel und das Personal gekürzt wurden. Die Bildung war der Steinbruch der früheren rot-grünen Landesregierung. Bei uns ist das anders. Wir investieren in die Köpfe der jungen Menschen. Darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Kinder sind die Gewinner der Politik dieser Landesregierung und der Mehrheitsfraktionen dieses Landes. Auf die Dauer wird sich sehr auszahlen, dass wir hier die entsprechenden Investitionen vornehmen.

Als nächsten Punkt möchte ich nennen, dass wir die Infrastruktur verbessern. Sehen Sie doch heute einmal in die Zeitung. Nach 20 Jahren der Planung ist heute bei der Umgehungsstraße von Bad Vilbel der erste Spatenstrich erfolgt. Lesen Sie doch einmal die Zeitungen, die es in Hessen gibt. Was haben Sie denn gemacht? Sie haben permanent geplant und ungeplant. Es wurde überhaupt nichts gebaut. 39 Millionen DM waren dafür noch im Haushalt vorgesehen. Das hat nicht einmal ausgereicht, um die Schlaglöcher zuzumachen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir sind mittlerweile dabei, diesen infrastrukturellen Nachteil des Landes aufzuholen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wer zahlt denn das? Das zahlen doch nicht Sie!)

Das ist es, was zählt, und nicht die eingeschränkte Wahrnehmungsfähigkeit der Opposition dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dritter Punkt. Wir stärken die innere Sicherheit. Wenn die Brandstifter nach der Feuerwehr rufen, wird es ganz kritisch.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Frechheit!)

Meine Damen und Herren, 400 Stellen, richtige Stellen, also Personal, haben Sie in den letzten Jahren Ihrer Regierungstätigkeit bei der Polizei gestrichen. Sie haben die Zahl der Auszubildenden dramatisch verringert, obwohl Sie wussten, dass man drei Jahre Ausbildungszeit braucht, um als Polizist überhaupt aktiv tätig sein zu können. Schon damals wurde die Grundlage dafür gelegt, dass wir uns heute schwer tun, die jungen Leute zu bekommen, die für die Polizei geeignet und entsprechend ausgebildet sind. Wir tun dies aber. Wir satteln da sogar noch erheblich drauf. Denn wir wissen, welche Aufgabenstellungen wir in der Zukunft da haben werden. Meine Damen und Herren, Ihre Vertreter haben sich hierhin gestellt und gesagt: Wir waren bei der Polizei, da gibt es Probleme. – So weit an der Sache vorbei war bisher kaum jemand.

Wir haben die Wachpolizei eingeführt. Sie wollten sie doch nicht haben. Mittlerweile hat sie sich als probates Mittel erwiesen, die Probleme der Polizei dieses Landes zu lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Tun Sie doch nicht so, als ob die Anschaffung der Polizeifahrzeuge eine Sache wäre, die man so nebenbei machen könnte. Meine Damen und Herren, Sie haben acht Jahre lang beim Fuhrpark abgebaut. Deshalb sind 1.300 Fahrzeuge der Polizei älter als fünf Jahre. Das ist praktisch die Hälfte der Fahrzeuge. Sie sind bis zu zehn Jahre alt. Jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen: Da müssen Sie etwas tun. – Natürlich müssen wir da etwas tun. Wir tun es auch. Aber Sie haben den Zustand verschuldet. Deshalb hören Sie auf, uns daraus einen Vorwurf zu machen. Vielmehr sollten Sie sagen: Die haben es geschafft.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Dorothea Henzler (FDP))

Sie haben doch ständig öffentlich erklärt, da müsse mehr getan werden. Entschuldigung, wo sind denn Ihre Änderungsanträge dazu? Sie verlangen, dass wir die Nettoneuverschuldung verringern. Wo sind denn Ihre Änderungsanträge und die Deckungsvorschläge hinsichtlich dieser Frage? Beides gibt es nicht. Deshalb ist es so, dass wir die seriöse Haushaltspolitik hinsichtlich dieser Frage machen und Sie Sprechblasen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP) – Manfred Schaub (SPD): Ach du lieber Gott! Der größte Dilettant redet von Seriosität! Das ist unglaublich!)

Bei der Olympiabewerbung ist es doch genau dasselbe. Wir haben Ihnen in der Sitzung des Haushaltsausschusses die Chance gegeben, dieser Thematik mit Fragen nachzugehen. Dort wurde eindeutig erklärt, alle Anträge, die beschleunigungsfähig gewesen sind, sind in diesem Jahr beschleunigt worden. Dieses Geld ist gut angelegt, wenn es für die Olympiabewerbung entsprechend verwandt wird. Meine Damen und Herren, hören Sie mit Ihren anderen Fragen auf. Für das nächste Jahr werden im Haushalt wie-

der mehr Mittel für die Sportförderung vorgesehen sein, als es während Ihrer Regierungszeit je gegeben hat. Deswegen brauchen wir uns von Ihnen nicht erzählen lassen, wir würden die Sportförderung einschränken. Das Gegenteil ist der Fall. Bei uns ist die Sportförderung gesteigert worden. Wir sind darauf stolz. Denn das ist eine gute Investition.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich komme jetzt zu den 100 Millionen DM. Das ist genau dasselbe. Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, die Nettoneuverschuldung des Landes müsse eigentlich sinken. Jetzt sagen Sie im Dezember, wir sollten den Gemeinden zusätzlich 100 Millionen DM zur Verfügung stellen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Sie ihnen geklaut haben!)

Abgesehen davon, dass sich aus meiner Sicht in dieser Frage hinsichtlich der Grundlagen nichts geändert hat, muss ich Sie doch fragen: Wie würden Sie es denn bezahlen? – Hinsichtlich dieser Frage dokumentieren Sie doch wieder nur die halbe Wahrheit. Sie sagen nicht, wie Sie es machen wollen, wenn Sie die Nettoneuverschuldung nicht erhöhen wollen.

Zum Konnexitätsprinzip möchte ich Ihnen Folgendes sagen, damit das auch ganz klar ist. Die Auflösung des Landesjugendamtes haben wir mit den Kommunalen Spitzenverbänden per Vertrag einvernehmlich geregelt. Dabei übernehmen wir zugunsten der Kommunen die Kosten. Bei der Unterbringung der Aussiedler haben wir erneut einen Vertrag über die Verteilung der Aussiedler über das Land Hessen abgeschlossen. Dies erfolgte einvernehmlich mit den Landkreisen dieses Landes. Mit Zahlung einer Pauschale erfolgt dies bei Kostenübernahme. Das ist ein ordentlicher Umgang mit der kommunalen Familie. Das wird dort auch sehr anerkannt. Unsere Gespräche mit der kommunalen Familie sind außerordentlich gut. Ich denke, wir können ein bisschen stolz darauf sein, dass wir dort Verkampfen abgebaut haben. Wir sind tatsächlich zu einem gutem Arbeitsverhältnis gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zu der Feuerwehr. Wir haben Anträge vorgefunden, die über zehn Jahre alt waren. Sie haben einen Antragsstau in Höhe von 160 Millionen DM hinterlassen. Zurzeit werden in diesem Land 400 Feuerwehrgerätehäuser gebaut. 300 Großgeräte werden angeschafft.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben ein 100-Millionen-DM-Sonderprogramm für die Feuerwehren aufgelegt. Also suchen Sie sich Ihre Kritikfelder ein bisschen sorgfältiger aus.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben die Probleme übernommen, und Sie fangen jetzt an, nach Haaren in der Suppe zu suchen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir haben in diesem Jahr freiwillig 250 Millionen DM eingespart. Das war ein Akt der Vorsorge, der uns jetzt zugute kommt. Diese Maßnahme ist auch im Verfahren einmalig positiv verlaufen. Ich bin sehr stolz darauf, dass die Kabinettskolleginnen und -kollegen die Einsparpotenziale des Haushalts aus ihrer Sicht dargestellt haben. Wir haben nicht die Rasenmähermethode angewandt, wie das



in der Vergangenheit der Fall war, als Sie pauschal über den Haushalt gegang sind.

An dieser Stelle muss es möglich sein, zu sagen, dass alle Ausgabenverschlechterungen, die ich in der ersten Lesung vorgetragen habe, und die Sonderausgaben für die innere Sicherheit und für die Olympiabewerbung aus dem Haushalt und den Einsparungen bezahlt werden können. Wir haben die Ausgabenseite fest im Griff. Auf diese Feststellung lege ich allergrößten Wert. Wir können sagen, hinsichtlich der Ausgaben, die wir im Wesentlichen bestimmen können, haben wir ein positives Ergebnis zu erwarten.

Auf der Einnahmenseite können wir aber die Steuerausfälle nicht auffangen. Wenn Sie sich z. B. die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer betrachten, dann sehen Sie, dass auch alle anderen Länder damit ein Riesenproblem haben. Es ist schon gesagt worden: Nordrhein-Westfalen hat in diesem Jahr ein Minus von 4,1 Milliarden DM und eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung um 3,3 Milliarden DM. Ich käme doch an dieser Stelle nicht darauf, den Kollegen Steinbrück einen schlechten Finanzminister zu nennen. Aus der inneren Struktur Nordrhein-Westfalens ist es eben so, dass es sich um derartige Größenordnungen dreht.

Wir haben uns eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung um 510 Millionen DM vorgenommen. Wir müssen sie uns vornehmen. Wir haben keine Chance, anders zu handeln. Vergessen Sie nicht, dass man in einer Situation, in der sich die Wirtschaftsentwicklung wie in einer Spirale ständig nach unten dreht – Herr Eichel hat im November vorigen Jahres ein Wirtschaftswachstum von 2,8 % prognostiziert, dann ging er langsam auf jetzt 0,6 % herunter –, in der öffentlichen Diskussion nicht den Eindruck erwecken darf, die öffentliche Hand sei nicht mehr in der Lage, die aufgelegten Programme zu finanzieren. Im Übrigen können Programme für Kinder, für die Hochschulen, für Studenten und im Bereich der Wirtschaftsförderung und der inneren Sicherheit nicht ohne weiteres abgebrochen werden.

Deshalb ziehen wir das durch. Wir haben in erheblichem Umfang die Grundlagen dafür gelegt, dass wir, wenn ein Aufschwung kommen sollte, an der Spitze der Entwicklung sein werden – so, wie wir trotz der negativen Tendenzen derzeit an der Spitze stehen.

Es ist ganz offenkundig, dass die Finanzminister der Länder und auch wir im Lande Hessen darauf warten müssen, was jeden Monat an Steuereinnahmen hereinkommt. Der Dezember ist ein steuerstarker Monat. Wir sind durch unseren Nachtragshaushalt punktgenau auf eine Linie mit dem Arbeitskreis Steuerschätzung gekommen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat sich so festgelegt, und wir werden sehen, wie wir hinkommen. Der Monat Dezember ist aber abzuwarten.

Sie tun fast so, als würden wir fast gar nichts mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen. Wir zahlen wahrscheinlich immer noch deutlich über 5 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich. Ich bleibe dabei: Es hat eine erdrosselnde Wirkung auf ein Land wie Hessen, das sich in einer Aufschwungphase befindet, wenn es anderen viel Geld auszahlen muss.

Lassen Sie mich im Hinblick auf die Nettoneuverschuldung noch eine Betrachtung anstellen. Wenn Sie die Nettoneuverschuldung der Jahre 1995 bis 1998 der rot-grünen Vorgängerregierung betrachten, dann sehen Sie, dass sie über Jahre deutlich höher als die derzeitige Neuverschul-

dung lag. Zweitens sehen Sie – das ist ganz wichtig –, dass wir in dieser Zeit an allem Mangel gelitten haben. Die Schulen haben weniger bekommen, die Hochschulen haben weniger bekommen, der Straßenbau ist eingestellt worden, und in der inneren Sicherheit sind die Mittel dramatisch zurückgeführt worden.

Bei uns ist es so, dass wir bei einer geringeren Neuverschuldung in genau diesen Bereichen in die Zukunft des Landes investieren. Das ist der grundlegende Unterschied. Deshalb sind wir stolz darauf, wie wir mit dieser Situation umgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Wir geben Geld für die Zukunft des Landes aus. Wir gehen dabei den volkswirtschaftlich richtigen Weg, in einer Phase, in der wir in rezessive Tendenzen abgleiten, durch unsere Investitionstätigkeit das Bild in das Land zu stellen, dass es wieder aufwärts geht.

Dieser Nachtragshaushalt kommt Hessen zugute und markiert einen weiteren Schritt in eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Abg. Schaub. Fünf Minuten Redezeit.

#### **Manfred Schaub (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann es nicht so stehen lassen, wenn einer, der sich in den letzten Wochen als der größte Dilettant erwiesen hat, auf eine solche Art und Weise von „Seriosität“ redet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Unabhängig davon will ich an der Stelle die Aussage aufgreifen, dass Sie sich verteidigen müssen. Herr Minister, das ist überhaupt keine Frage. Klar festzustellen ist aber noch einmal, dass Sie sich völlig von jeder Haushaltskonsolidierung wegbewegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie finanzieren den Haushalt trotz günstigster Lage völlig auf Pump.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Günstigste Lage? Traum weiter!)

Sie haben jegliche Transparenz vermissen lassen und das Parlament in einer Art und Weise getäuscht, wie es sich das nicht gefallen lassen kann.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie sind der Osterhase!)

Herr Minister, dazu kommt: Sie klauen den Kommunen Geld und finanzieren Programme auf Pump, die auf Jahrzehnte hinaus abfinanziert werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin nur deshalb noch einmal nach hier vorne gegangen, um klarzumachen: So unseriös, wie Sie mit dem Haushalt umgehen, kann man Ihnen eine solche Rede nicht durchgehen lassen. Ein solches Chaos, wie Sie es

produziert haben, kann erst auf lange Sicht repariert werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Aussprache.

Ich eröffne die Abstimmung über die Einzelpläne – mit Ausnahme des Einzelplans 10, über den wir schon befunden haben.

Ich rufe zur Einzelabstimmung den Einzelplan 01 – Hessischer Landtag – auf. Wer ist für Annahme? – Gegenstimmen? – Die GRÜNEN. Enthaltungen? – Dafür gestimmt haben CDU, SPD und FDP geschlossen, dagegen gestimmt hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das bedeutet Annahme.

Ich rufe Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident – auf. Wer ist für Annahme? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dafür gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen die Oppositionsfraktionen. Das bedeutet Annahme.

Ich rufe Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport – auf. Wer ist für Annahme? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dafür gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen die Oppositionsfraktionen. Das bedeutet Annahme.

Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –: Wer ist für Annahme? – Dagegen? – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen, dafür die Koalition geschlossen, dagegen die Opposition geschlossen. Das ist Annahme.

Einzelplan 15 – Ministerium für Wissenschaft und Kunst –: Wer ist für Annahme?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Mit großer Freude!)

Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dafür die Koalition – eine Fraktion mit großer Freude, hat aber keine Verdoppelung zur Folge –, dagegen die Opposition. Das bedeutet Annahme.

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz –: Wer ist dafür? – Dagegen? – Enthaltung? – Dafür die Koalition, dagegen die Opposition. Ersteres war die Mehrheit. Angenommen.

Einzelplan 06 – Ministerium der Finanzen – in Verbindung mit Einzelplan 14 – Versorgung –, Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung – und Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –: Müssen wir getrennt abstimmen oder können wir es zusammenpacken?

(Stefan Grüttner (CDU), Manfred Schaub (SPD), Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zusammen!)

Wir machen alles zusammen: Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dafür Koalition, dagegen Opposition. Ersteres Mehrheit. Annahme.

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung – mit Einzelplan 19 –

Förderung des Wohnungs- und Städtebaues –: Wer ist dafür? – Dagegen? – Enthaltungen? – Dafür Koalition, dagegen Opposition. Das heißt hier Annahme.

Einzelplan 08 – Sozialministerium – mit Einzelplan 16 – Wiedergutmachung –

(Manfred Schaub (SPD) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Getrennt!)

– Alles klar. Ich rufe Einzelplan 08 – Sozialministerium – auf: Wer ist dafür? – Dagegen? – Enthaltung? – Keine. Dafür die Koalition, dagegen die Opposition. Annahme.

Einzelplan 16 – Wiedergutmachung –: Wer ist hier für Annahme? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Einzelplan 09 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten –: Wer ist dafür? – Dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dafür die Koalition, dagegen die Opposition. Angenommen.

Einzelplan 10 braucht nicht aufgerufen zu werden, weil keine Änderung.

Einzelplan 11 – Rechnungshof –: Wer ist für Annahme? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Meine Damen, meine Herren, nach § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages wird ein Gesetzentwurf, der in drei Lesungen zu beraten ist, dem Ausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 (Nachtragshaushaltsgesetz 2001) in der vom Haushaltsausschuss empfohlenen Fassung, Drucks. 15/3464 zu 15/3022, mit den dazu aufgerufenen Änderungsanträgen Drucks. 15/3473, 15/3474, 15/3475, 15/3476, 15/3477, 15/3478 zur Vorbereitung der dritten Lesung dem Haushaltsausschuss zu überweisen.

Darüber lasse ich abstimmen: Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Enthaltung? – Dafür, d. h. für eine Überweisung an den Haushaltsausschuss, haben gestimmt CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen die SPD. Das bedeutet Überweisung.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Damit stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf in der im Ausschussbericht empfohlenen Fassung mit den dazu aufgerufenen Änderungsanträgen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Haushaltsausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen wurde.

Eine Kleinigkeit noch am Schluss. Es ist noch ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland, Drucks. 15/3480, eingegangen – ist auch schon längst verteilt. Ist hier die Dringlichkeit umstritten? – Dies ist nicht der Fall. Dann wird das Tagesordnungspunkt 54.

Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 18.35 Uhr)